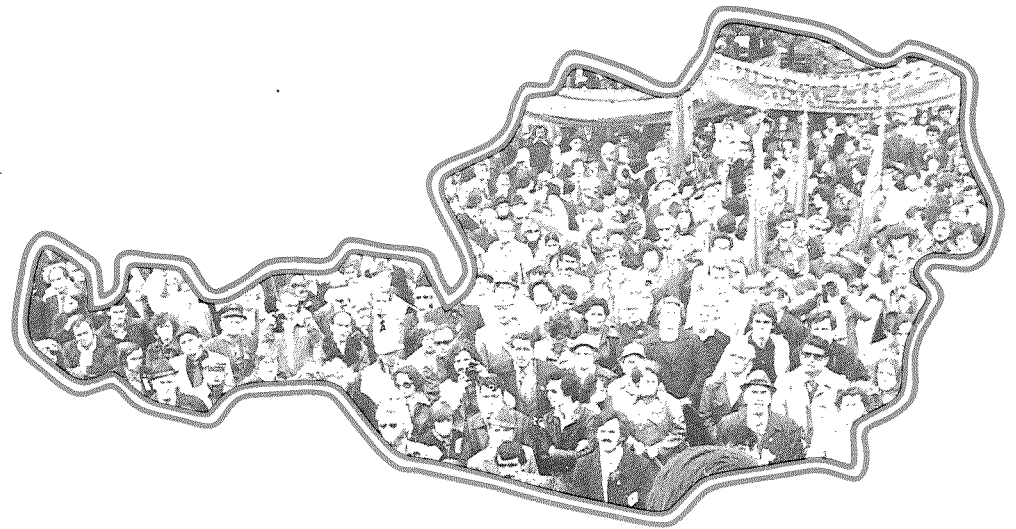


SOZIALISMUS IN ÖSTERREICHS FARBEN



**PROGRAMM DER
KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS**



Vorsitzender Franz Muhri bei der Eröffnungsansprache



Einstimmig wurde das Programm beschlossen



Kennzeichnend für den außerordentlichen Parteitag war die große Anzahl junger Delegierter

Sozialismus in Österreichs Farben

Programm der Kommunistischen Partei Österreichs

SOZIALISMUS IN ÖSTERREICHS
FARBEN

Das Programm der KPÖ

Der 24. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, der vom 6. bis 8. Dezember 1980 in Wien stattfand, beauftragte das neugewählte Zentralkomitee, ein Parteiprogramm auszuarbeiten und dieses 1982 einem außerordentlichen Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen.

Diesem Beschluß entsprechend veröffentlichte das Zentralkomitee im Frühjahr 1981 einen Programmentwurf. Dieser wurde in Mitgliederversammlungen der Partei, in Zirkeln, Diskussionsabenden, bei den Bezirkskonferenzen zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages und in der Parteipresse diskutiert und beraten.

Eine Vielzahl von Anregungen, Abänderungs- und Ergänzungsvorschlägen aus der Diskussion wurde bei der Überarbeitung des Entwurfes berücksichtigt.

Nach dieser ausführlichen, fast ein Jahr lang dauernden Diskussion wurde das neue vorliegende Programm auf dem außerordentlichen Parteitag am 30. Jänner 1982 von 415 gewählten Delegierten einstimmig beschlossen.

Herausgeber und Verleger: KPÖ. Hersteller: Globus,
Zeitungs-, Druck- und Verlagsanstalt GmbH.
Alle 1206 Wien, Höchstädtplatz 3.

Inhaltsangabe:

	Seite
Die Epoche, in der wir leben	5
Übergang zum Sozialismus	6
Die Krise des Kapitalismus	8
Kräfte des weltrevolutionären Prozesses	10
Das Ringen um den Frieden	11
Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Österreich ..	14
Die Funktionen des Staates	14
Die Macht der Monopole	17
Der verstaatlichte Sektor	19
Die Widersprüche der Gesellschaft	20
„Sozialpartnerschaft“ als Herrschaftsform des Kapitals ..	21
Systematische Entdemokratisierung	22
„Sozialpartnerschaft“ überwinden	23
Die wichtigsten Kräfte der Gesellschaft	25
Die Arbeiterklasse	25
Arbeiterklasse und Intelligenz	27
Arbeiterklasse und Bauern	28
Arbeiterklasse und Zwischenschichten	30
Frauen im Kapitalismus	30
Jugend im Kapitalismus	32
Mißbrauch von Wissenschaft und Technik	33
Krise der Moral	34
Krise der Kultur	35
Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse	36
Antikommunismus — Waffe der Reaktion	38
Arbeiterklasse und Bündnisse	39
Für Demokratie	41
Für nationale Unabhängigkeit	41
Für ein antimonopolistisches Bündnis	42
Der Weg Österreichs zum Sozialismus	43
Für eine antimonopolistische Demokratie	45
Sozialismus in Österreichs Farben	47
Sozialismus — konsequente, qualitative neue Demokratie	47
Nationale Besonderheiten und Gesetzmäßigkeiten	49
Wirtschaft im Dienst des Volkes	50
Der Staat der Arbeitermacht	52
Das politische System im Sozialismus	53

	Seite
Funktionen und Wesen der Kommunistischen Partei . . .	56
Grundlage — der wissenschaftliche Sozialismus	57
Sozialistisches Bewußtsein verbreiten	58
Innerparteiliche Demokratie	58
Die Grundorganisationen der Partei	59
Als Kommunist wirken	60
Eine internationalistische Partei	61
FORDERUNGS- UND AKTIONSPROGRAMM	63
Für das Menschenrecht auf ein Leben in Frieden	63
Für das Recht auf Arbeit	66
Gegen die kapitalistische Energiekrise	68
Für eine österreichische Wirtschaftspolitik	69
Für eine antimonopolistische Agrarpolitik	72
Für das Recht auf angemessenen Lebensstandard	74
Für eine soziale Steuerreform	74
Für das Menschenrecht auf soziale Sicherheit	76
Für Verkürzung der Arbeitszeit	76
Für eine gesicherte Altersversorgung	77
Für sozialen Gesundheitsschutz	78
Für die Rechte der Behinderten	79
Für soziale Aufbringung der Mittel	80
Gegen die Zerstörung der Umwelt	81
Die Wohnung darf kein Profitobjekt sein	82
Für eine antimonopolistische Gemeindepolitik	84
Für Ausweitung der Demokratie	87
Gegen Privilegien	89
Für Wahlrechtsreform	90
Verbot neofaschistischer Organisationen und Propaganda!	92
Demokratisierung des Bundesheeres	92
Für das Recht auf Gesinnungsfreiheit	94
Gegen Medienmonopole	95
Für die Rechte nationaler Minderheiten	96
Freie Entwicklungsmöglichkeiten für jeden	97
Für Gleichberechtigung der Frau	100
Demokratie und Familie.	100
Für sinnvolle Freizeitgestaltung	102
Für demokratische Sportförderung	102
Für gleichen Zugang zum Recht	103

Die Epoche, in der wir leben

Rascher als je zuvor ändern die Menschen das Gesicht unserer Erde. Der Sozialismus, die erste von Ausbeutung freie Gesellschaft, ist Wirklichkeit auf mehreren Kontinenten. Seine Kraft bestimmt in zunehmendem Maß den Lauf der Welt. Wir leben in der Epoche der größten Umwälzung in der Geschichte: in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Gewaltige, früher nie geahnte Produktivkräfte schaffen neue Möglichkeiten menschenwürdigeren Lebens. Profitdiktat unterworfen, beschwören sie Gefahren von neuen Dimensionen herauf: für die Lebensbedingungen, für die Natur, als Massenvernichtungsmittel sogar für den Fortbestand der Menschheit.

Völker, jahrhundertlang in Rückständigkeit, Abhängigkeit, Dumpfheit gehalten, haben koloniale Ketten abgeschüttelt, kämpfen für ihre nationale und soziale Befreiung, gegen ungleiche Beziehungen zwischen den Staaten, gegen Ausplünderung durch das internationale Monopolkapital.

Der Imperialismus wird zusehends geschwächt: durch den Vormarsch des Sozialismus, durch die Kämpfe der Arbeiterbewegung der hochentwickelten Länder, durch die nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Und nicht zuletzt durch die Zuspitzung seiner inneren Widersprüche. Er verfügt noch über große ökonomische, politische und militärische Potenzen, über mannigfaltige Mittel der Irreführung, der Manipulation.

Wie alle zum Untergang verdamnten Ausbeuter benutzt er skrupellos jedes noch anwendbare Mittel, um sich sozialem Fortschritt zu widersetzen, um Machtpositionen zu behaupten, ja neue zu erobern, versucht er, den Sozialismus, die Arbeiterbewegung, die Befreiungsbewegungen zu schwächen und zu treffen, wo er nur kann.

Der Übergang zum Sozialismus ist historisch notwendig. Das schließt auch mitunter schwere Rückschläge für die Arbeiterbewegung, für die Befreiungsbewegung nicht aus. Wo krasse Gegensätze zu Lösungen drängen, die sozialistische Umwälzung jedoch unterbleibt, kann Zersetzung der Gesellschaft weit um sich greifen. Versuche des Imperialismus, aus seinen Krisen in Rüstung, in eine Politik des Diktats und Abenteuers zu flüchten, bergen die Gefahren eines

atomaren Weltkriegs, eines Rückfalls der Menschheit in Barbarei, wird ihnen nicht Einhalt geboten. Mehr denn je hängt die Zukunft der Menschheit, das Überleben der Zivilisation vom zielstrebigem Handeln der arbeitenden Menschen, von der Einsicht in ihre ureigensten Interessen, von ihrer demokratischen Selbsttätigkeit, von Bewußtheit und Organisiertheit der Arbeiterklasse als der wichtigsten, geschichtsprägenden Kraft ab. Der breiteste Zusammenschluß aller Kräfte zur Sicherung des Weltfriedens, zur Abwendung der Gefahr atomarer Vernichtung, zur Durchsetzung einer umfassenden Abrüstung wird zur zentralen Aufgabe, zum Gebot der Selbsterhaltung.

ÜBERGANG ZUM SOZIALISMUS

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution leitete einen neuen Abschnitt der Weltgeschichte ein. Mit ihr ging die Alleinherrschaft des Kapitalismus zu Ende, begann dessen Niedergang, dessen allgemeine Krise. Der Sieg dieser Revolution, die ihr folgenden Umwälzungen in der Welt erwiesen den Marxismus-Leninismus als einzige Lehre, welche die Menschen zu bewußten Gestaltern ihres Geschicks erheben kann. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse, von den Volksinteressen ausgehend, legt sie die wichtigsten Triebkräfte und Bedingungen menschlichen Handelns bloß.

Vom ersten Tag an war der erste Staat des befreiten Proletariats, die Sowjetunion, Kraftquell und Rückhalt für die internationale Arbeiterbewegung, für die unterdrückten Völker, für den Friedenskampf. Mit der Zerschlagung des Faschismus im zweiten Weltkrieg, zu der die Sowjetunion entscheidend beitrug, öffnete sich für weitere Völker der Weg zum Sozialismus, entstand das sozialistische Weltsystem. Die neuen Kräfteverhältnisse, der stürmische Aufschwung, den sie den Befreiungsbewegungen verliehen, bewirkten den Zerfall des Kolonialsystems, eine weitere Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Die Staaten des Sozialismus sind die wichtigste Errungenschaft der internationalen Arbeiterbewegung. Verwirklicht ist dort der Grundsatz: Was des Volkes Arbeit schafft, soll dem Volk gehören. Wo es Sozialismus gibt, ist der Hunger verschwunden. Beseitigt sind Vorrechte, die es erlauben, ohne zu arbeiten auf Kosten Arbeitender zu leben. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Befreiung von Ausbeutung macht die Überwindung von Krisen und die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit möglich. Die stetige, planmäßige Entfaltung der Produktivkräfte im Interesse der Befriedi-

gung der Bedürfnisse des Volkes, der wachsende Anteil der sozialistischen Länder an der Gesamtproduktion in der Welt beweisen ihre Überlegenheit.

Grundtendenz des Sozialismus ist die immer aktivere, sachkundigere und bewußtere Teilnahme einer immer größeren Zahl von Menschen an Entscheidungen ihrer Lebensfragen. Solidarität, Verantwortung gegenüber seinesgleichen und der Gemeinschaft werden zur Grundlage zwischenmenschlicher Beziehungen.

Die Entfaltung des Sozialismus erfordert auch die Umgestaltung des Bewußtseins der Menschen; die Überwindung von Haltungen, die ihre Wurzeln in einer langen Reihe vorangegangener Ausbeuterordnungen haben, in viele Generationen währenden Teilungen in Herren und Untertanen, in Ausbeuter und Ausgebeutete.

Auch im Sozialismus ist Fortbewegung nur auf dem Weg der Entstehung und Lösung von Widersprüchen möglich. Jeder Erfolg schafft neue Probleme, jedes Wachstum bringt auch die Gefahr von Disproportionen. Im Gegensatz zum Kapitalismus, dessen unversöhnliche Widersprüche nur durch seine Beseitigung aufgehoben werden können, ist im Sozialismus die Lösung der Widersprüche nicht nur möglich, sondern die spezifische Entwicklungsform und wichtigste Triebkraft. Fortschritt äußert sich nicht in Widerspruchslosigkeit, sondern in zunehmender Fähigkeit, den angestrebten Zwecken in den Ergebnissen näher zu kommen.

Die Verbindung einheitlicher wissenschaftlicher Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft mit der Initiative breitester Schichten ist entscheidender Vorzug und zugleich Bedingung des Sozialismus. Dazu bedarf es einer führenden Kraft, der revolutionären Partei. Die Erfahrung beweist: wird die Partei ihrer führenden Rolle nicht gerecht, büßt auch die Arbeiterklasse ihre historische Kraft ein, bleiben wichtige politische und wirtschaftliche Fragen ungelöst, können die Grundlagen des Sozialismus erschüttert werden.

Um ihrer Aufgabe gerecht werden zu können, braucht die Partei die engste Verbundenheit mit den Massen, deren Vertrauen, die Entfaltung der Demokratie in den Reihen der Partei und in der Gesellschaft, die schöpferische Anwendung und Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus.

Dank der Kraft des Sozialismus ist erstmals die Verhinderung eines Weltkriegs möglich geworden. Noch kann der Imperialismus erzwingen, daß der Sozialismus zur Gewährleistung seiner Verteidigungsfähigkeit große Summen aufwenden muß. Die unablässigen Bemühungen der Sowjetunion, der sozialistischen Länder um Verringerung der Rüstungslasten, um Abrüstung, entsprechen ihren ureigen-

sten Interessen, entspringen dem Wesen ihrer Gesellschaft. Solidarisch leisten die sozialistischen Länder großzügig materielle, politische und moralische Hilfe anderen Völkern in ihrem nationalen und sozialen Befreiungskampf. Die neue Welt entsteht nicht unter ideal erdachten, sondern vorgegebenen Bedingungen. Die Härte der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus ist auch Zügen des Sozialismus abzulesen. Seine Vorzüge treten desto deutlicher hervor, je mehr sich die selbstgeschaffenen, ihm wesenseigenen Grundlagen entwickeln, sich die Voraussetzungen für den Vormarsch zum Kommunismus, zur klassenlosen Gesellschaft entfalten.

DIE KRISE DES KAPITALISMUS

Eine Periode raschen Wirtschaftswachstums in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern nach dem zweiten Weltkrieg ließ den trügerischen Schein entstehen, der Kapitalismus habe Mittel gefunden, um seiner Widersprüche Herr zu werden, um Krisen und Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Die Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus — die Vereinigung der Macht des Staates und der Macht der Monopole zu einem relativ einheitlichen System — war jedoch schon Ausdruck historischer Überlebtheit: der Tatsache, daß ein ständiges, massives Eingreifen des Staates nötig ist, um diese Gesellschaftsordnung der „Privatinitiative“ noch in Gang zu halten.

Ausgeklügelte Methoden des Intervenierens, Regulierens und Programmierens konnten nicht verhindern, daß Mitte der siebziger Jahre eine zyklische Krise fast alle hochentwickelten kapitalistischen Länder tief erschütterte. Sie verflocht sich mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus und leitete in vielen Ländern eine Depressionsperiode ein. Die staatsmonopolistische Regulierung, die Krisen abwenden sollte, ist selbst in die Krise geraten.

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus — daß wenige privat sich aneignen, was Millionen gesellschaftlich produzieren — bricht sich zerstörerisch, scheinbar wie eine Naturgewalt Bahn. Konzentration, Zentralisation und Internationalisierung des Kapitals treiben diesen Widerspruch auf die Spitze: Nur einige hundert Kapitalkolosse verfügen schon direkt oder indirekt über den Großteil der Produktion der kapitalistischen Welt. Krasser Widersinn muß eine Welt kennzeichnen, in der für Besitzer der wichtigsten Produktionsmittel Produktion, ja gesellschaftliche Aufwendungen überhaupt, lediglich Sinn haben, wenn sie hohe Profite abwerfen oder ermöglichen. Was nicht mehr in Kapital

verwandelt, ihm dienstbar gemacht werden kann, wird brachgelegt, ohne nach ungestillten Bedürfnissen zu fragen. „Überschuß“ wird zur Quelle von Not, von Mangel, von Massenarbeitslosigkeit.

Hunderte Millionen Menschen darben, ja verhungern — aber Milliardensummen werden für Rüstung verpulvert. Sie ist ein Bombengeschäft — für Monopolkapitalisten. Mit der Weltbevölkerung wächst der Bedarf an Gebrauchsgütern, an Lebensmitteln. Doch Anbauflächen und Produktionskapazitäten bleiben ungenützt. Vielen Millionen Menschen wird das Recht auf Arbeit vorenthalten. Bei den Massen wird an Lebensnotwendigem gespart. Zugleich wird massenhaft Überflüssiges, ja Schädliches erzeugt, ihnen aufgedrängt, weil sich daran verdienen läßt. Verkehrtheit verrät diese Gesellschaftsordnung auch dadurch: In ihren Händen kehren sich zusehends Wissenschaft und Technik gegen Mensch und Natur.

Grundtendenz des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist die Entdemokratisierung, die Bürokratisierung, die Monopolisierung der wichtigsten Entscheidungen, wie es der Konzentration ökonomischer Macht entspricht. Supermonopole verfügen über Arbeit und Existenz von Hunderttausenden, ja Millionen, über Grenzen hinweg, in verschiedenen Kontinenten. Dafür verkünden Verfassungen, jeder Arbeiter sei den Milliarden „grundsätzlich“ gleich. Die Ausdehnung der Macht der Monopole geht Hand in Hand mit nationaler Unterdrückung. Nationalitäten, Minderheiten werden diskriminiert. Die Unterdrückungsorgane werden ausgebaut, die Militarisierung wird vorangetrieben. Frauen wird Gleichberechtigung vorenthalten.

All dies ruft in den Massen demokratische Bestrebungen hervor. Korruption, Privilegierung, obrigkeitliche Willkür, von bürgerlicher Demokratie nicht zu trennen, lassen jedoch vielen jede Demokratie als käuflich, verkommen, als Übel erscheinen. Die Herrschenden mobilisieren und mißbrauchen alle verfügbaren wissenschaftlichen und technischen Mittel zur Verbildung, Abstumpfung und Entsolidarisierung. Herrschaft des Monopolkapitals birgt die Gefahr, daß seine reaktionärsten Kräfte bei Bedarf versuchen, zu autoritären, terroristischen, ja faschistischen Herrschaftsmethoden überzugehen.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus ist allseitig: Kein Gebiet der Gesellschaft, wo sie nicht ihre Spuren hinterläßt. Aus zeitweiligen Gebrechen werden chronische. Sie verbindet sich mit zyklischen Krisen, mit Strukturkrisen ganzer Wirtschaftszweige; sie äußert sich in Staatsverschuldung, Inflation, in Währungs-, Handels-, Finanz-, Rohstoff-, Ener-

gie- und Umweltkrisen ebenso wie in wachsender politischer Labilität, in Verklüftung der herrschenden Moral, in mannigfaltigsten Erscheinungen des Zerfalls und der Zersetzung.

Als Folge der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung haben sich neben den USA zwei weitere Zentren des Imperialismus formiert: Japan und Westeuropa. Die Rivalitäten zwischen imperialistischen Staaten und Staatengruppen verschärfen sich. Zugleich wächst der Zwang, ihre Strategien gegen Bewegungen des Fortschritts zu koordinieren. Die Integrationsprozesse in der kapitalistischen Welt heben die ihr innewohnende Anarchie nicht auf. „Übernationale Einrichtungen“ werden zu Instrumenten der Bevormundung, der Unterordnung und der Benachteiligung von Schwächeren.

KRÄFTE DES WELTREVOLUTIONÄREN PROZESSES

In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern bildet die Arbeiterklasse die Mehrheit der Bevölkerung, wächst ihre Organisiertheit, das Ausmaß der Klassenkämpfe. Immer wieder nötigt ihre Stärke das Kapital zu Konzessionen, zum Manövrieren. Sie bildet auch einen gewissen Damm gegen materielles und physisches Elend. Zuweilen werden diese Erfolge zur Quelle von Illusionen über einen „humanisierten Kapitalismus“. Mehr denn je bedient sich der Monopolkapitalismus mannigfaltiger Methoden der Bestechung, der Spaltung, des Betrugs gegenüber der Arbeiterbewegung, um sich behaupten zu können. Doch mit der Verschärfung der allgemeinen Krise und der Ausbeutung — nicht allein der Arbeiterklasse, sondern auch anderer Schichten — werden soziale und politische Voraussetzungen für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, für antimonopolistische Bündnisse günstiger. Zugleich werden die Kampfbedingungen komplizierter. In der vordersten Reihe der Bewegungen zur Verbesserung der sozialen Lage, zur Abwehr von Belastungen, für die Verteidigung und Erweiterung demokratischer Rechte und sozialer Errungenschaften stehen die kommunistischen Parteien. Sie orientieren auf Zurückdrängung und Brechung der Macht des Monopolkapitals, um den Weg zum Sozialismus zu bahnen.

Eine mächtige Strömung des weltrevolutionären Prozesses sind die Befreiungsbewegungen. Die Überwindung alter Kolonialsysteme und halbkolonialer Abhängigkeit stellt vor die komplizierte Aufgabe, auch die aufgezwungene Arbeitsteilung, das weiterwirkende System ungleicher Beziehungen zu durchbrechen, also die ökonomische Unabhängigkeit vom

Imperialismus zu erringen. Multinationale Konzerne, die gefräßigsten und gefährlichsten Kapitalgebilde, eignen sich einen beträchtlichen Teil des Nationalprodukts der Entwicklungsländer an. Wer immer in diesen Ländern sozialen Fortschritt zu fürchten hat, schlägt sich auf die Seite des Imperialismus, wird zu dessen „natürlichem“ Handlanger. So gewinnt der Kampf für nationale Befreiung zunehmend sozialen Charakter, bewirkt der Grundwiderspruch in der Welt auch in Entwicklungsländern eine Verschärfung des Klassenkampfes. Zahl und politisches Gewicht der Arbeiterklasse nehmen zu. In einer wachsenden Zahl von Staaten sind die fortschrittlichen Kräfte bemüht, den Weg einer nichtkapitalistischen Entwicklung einzuschlagen, um ihre nationale Unabhängigkeit zu schützen und soziale Probleme lösen zu können.

Der Übergang zum Sozialismus in der Welt ist ein historisch langer, komplizierter Prozeß. Die an ihm beteiligten Kräfte wirken unter sehr verschiedenen Bedingungen, auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen. Gemeinsamer Feind der sozialistischen Staaten, der Arbeiterbewegung, der Befreiungsbewegungen ist der Imperialismus. Das Zusammenwirken dieser revolutionären Ströme ist ausschlaggebend für die Zukunft der Menschheit.

DAS RINGEN UM DEN FRIEDEN

Das Nebeneinanderbestehen von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung macht die friedliche Koexistenz zur Notwendigkeit, zur einzigen Alternative eines verheerenden Krieges zwischen den Systemen. Den Klassengegensatz in der Welt und innerhalb des Kapitalismus kann sie keineswegs aufheben, also Klassenkämpfe weder abschaffen noch „einfrieren“. Sie ist vielmehr selbst ein Ergebnis des internationalen Klassenkampfes. Sie richtet sich gegen den Krieg zwischen Staaten. Sie verlangt politische Bemühungen zur Regelung zwischenstaatlicher Beziehungen an Stelle von Drohungen und der Anwendung bewaffneter Gewalt. Sie gebietet Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Achtung der Souveränität von Staaten wie des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Sie schließt folglich das Recht auf Revolution im eigenen Land ebenso ein wie das Recht auf Widerstand und tätige internationale Solidarität gegen Fremdherrschaft, Annexion oder Aggression.

Auch die Normen der friedlichen Koexistenz müssen stets von neuem durchgesetzt werden. Ihre Verwirklichung schafft die günstigsten Bedingungen für das Selbstbestimmungs-

recht der Völker, für den Kampf um sozialen Fortschritt, für industriellen Komplexes und gegen die Verstrickung Österreichs in die Entwicklung des Sozialismus, für den Wettstreit zwischen reichs in die Geschäfte des internationalen Rüstungskapitals. den Systemen. Darum mißfällt sie der äußersten Reaktion. Sie treten für die Auflösung der Militärblöcke ein, für aktive Diese erblickt im Frieden eine „Gefahr“, in der Entspannung Neutralitäts- und Friedenspolitik, für Entspannung und ein „Übel“.

Das Zusammenwirken der drei großen Strömungen des weltrevolutionären Prozesses und die Entwicklung einer breiten Friedensbewegung, vor allem aber die vorsichtgebietende Abwehrkraft des Sozialismus haben die Welt durch Jahrzehnte vor einem Weltkrieg bewahrt. Diese Vereinigung von Kräften zwingt den Imperialismus zur Berechnung von Risiken, die er eingeht, folgt er dem Drang zur Expansion, Aggression, Intervention und Subversion, der seinem Wesen entspricht. Weil keine Macht sein Wesen ändern kann, muß der Kampf für den Frieden täglich, unaufhörlich von all jenen geführt werden, die ihn brauchen und wollen.

Eine hauchdünne, doch überaus mächtige Minderheit in der kapitalistischen Welt profitiert an der Erzeugung von Massenvernichtungswaffen. Andere, nicht minder Mächtige erhoffen sich, entgegen jeder Erfahrung, von der Rüstung ein „Übergewicht“, um Vorrechte gegenüber anderen Völkern, Möglichkeiten zur Bereicherung auf Kosten anderer zu bewahren oder durchsetzen zu können. Wo immer eine Minderheit von Herrschenden, von Ausbeutern in akuten Gegensatz zum Volk gerät, nimmt sich der Imperialismus ihrer an, um seine eigenen Ziele zu verfolgen. Wo immer Nationalismus sich nicht gegen Zentren des Imperialismus, sondern gegen andere Völker wendet, gebraucht ihn die internationale Reaktion für ihre Zwecke — auf Kosten der betroffenen Nation. Darum ist der Kampf für den Frieden eine ständige Aufgabe, die erst mit dem Ende des Imperialismus verschwinden wird.

Die immerwährende Neutralität ist eine große Errungenschaft des österreichischen Volkes. Sie kam erst zustande, als sogar die Herrschenden begriffen: Die Macht des Imperialismus reicht nicht aus, um Österreich zu einem Bestandteil seines Militärsystems zu machen. Klassensolidarität mit Staaten des Imperialismus veranlaßt jedoch immer wieder Herrschende in Österreich, Ursachen des Wettrüstens, der Gefährdung der Neutralität unseres Landes, ja des Weltfriedens zu verschweigen oder zu entstellen. Sogar Bewaffnung und Struktur der österreichischen Armee werden auf NATO-Pläne abgestimmt. Österreichs Kommunisten kämpfen gegen alle Abhängigkeiten von „Europäischer Gemeinschaft“ oder anderen internationalen Agenturen des Monopolkapitals, gegen jede Verbindung — welcher Art auch immer — mit der NATO. Sie kämpfen gegen die Entwicklung eines militärisch-

Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Österreich

Jahrzehntlang konnte Österreich kraft einiger Besonderheiten als Insel der „Ausgeglichenheit“, des „sozialen Friedens“ im Kapitalismus erscheinen. Doch auch in der Republik Österreich herrschen privatkapitalistische Eigentumsverhältnisse vor. Sie bestimmen den Klassencharakter des Staates und letzten Endes auch die Funktion der verstaatlichten Wirtschaft. Wie in allen anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern haben sich auch hier die Macht des Monopolkapitals und die Macht des Staates zu einem relativ einheitlichen System verbunden — zum „staatsmonopolistischen Kapitalismus“.

DIE FUNKTIONEN DES STAATES

Kaum gibt es noch einen gesellschaftlichen Bereich, wo der Staat nicht systematisch im Interesse des Kapitals eingreifen muß, um das System funktionsfähig zu erhalten. Mit direkten und indirekten Subventionen, Prämien, Begünstigungen aller Art, durch Finanzierung der Wissenschaft, Forschung, Entwicklung, Bildung und Infrastruktur — allerorts ist der Staat bemüht, dem Kapital Risiken und Kosten abzunehmen, die vorteilhaftesten Bedingungen für seine Verwertung zu schaffen. Die „neuen Funktionen“ des Staates in der Ökonomie heben seinen Klassencharakter keineswegs auf. Sie prägen ihn noch stärker aus.

Auf jede erdenkliche Weise sorgt dieser Staat dafür, daß sich die Produkte der gesellschaftlichen Arbeit von Millionen in privaten Reichtum von Multimillionären verwandeln können. Der Staat ist zur Herz-Lungen-Maschine fürs Großkapital geworden. Dafür läßt er die große Mehrheit — Arbeiter, Angestellte, Intellektuelle, Bauern, Handwerker, Kleinhändler — zur Ader. Seine Finanzkrise ist Folge der Praxis, öffentliche Mittel nicht bei den Reichen und Superreichen zu holen, sondern bei den Massen, um die Kapitalanhäufung zu begünstigen.

Aus dem Ausschuß zur Erledigung der gemeinschaftlichen Geschäfte im Interesse der gesamten Bourgeoisie, welcher der

Staat einmal war, ist längst vor allem ein Ausschuß zur Besorgung der Geschäfte des Großkapitals geworden.

Staatliche Einrichtungen wie Post, Kommunikationen, Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen sind längst unentbehrlich: für die Sicherung der allgemeinen Produktionsbedingungen, für die gesellschaftliche Wiederherstellung der Arbeitskraft. Darauf beruft sich die Lüge, daß der Staat „über den Klassen“ stehe. Doch wichtige Staatsorgane dienen keineswegs der Erledigung „gemeinschaftlicher Geschäfte“, vielmehr ausschließlich dem Bedürfnis der herrschenden Klasse, ihre Herrschaft unter allen Bedingungen zu behaupten.

Das sind vor allem die Spitzen der Verwaltungsbürokratie, der Justiz, der Armee, Polizei und die Staatspolizei. Systematisch werden — auch in den Jahren „sozialen Friedens“ — Unterdrückungsorgane auf- und ausgebaut, wird eine nur aus Berufssoldaten bestehende Kadertruppe, werden „Objektschutzeinheiten“ formiert. Alles im Hinblick darauf, daß die kapitalistische Ordnung brüchiger wird. Wäre der Staat nur Gewalt, er könnte nicht die Geschäfte der Monopole wirksam besorgen. Doch für den Fall, daß die große Mehrheit sich ihrer Interessen bewußt wird und gegen das System wendet, hält er Organe der Unterdrückung bereit.

Ein System, das auf Ausbeutung und Ausplünderung der Mehrheit beruht, muß ständig bedacht sein, diese Mehrheit zu belügen, hinter das Licht zu führen. Die Massenmedien sind ein fürs Kapital unentbehrliches Mittel zur Erhaltung seiner Herrschaft. Sie sollen dafür sorgen, daß die Ideologie der Herrschenden auch die vorherrschende bleibt. Die Entwicklung kostspieliger elektronischer Medien, wie Fernsehen und Rundfunk, die technologischen Neuerungen bei der Presse, die Kapitalkonzentration — sie alle fördern die Konzentration der Verfügungsgewalt über die Massenmedien in kleinsten Gremien des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Hier wird der Klassencharakter des Staates offenkundig: Von ihm kontrollierte Medien operieren — unabhängig von der jeweiligen Regierungszusammensetzung — im gleichen reaktionären Sinn wie vom Privatkapital direkt kontrollierte oder „sozialpartnerschaftlich“ gelenkte Medien.

Die gepriesene Vielfalt der bürgerlichen Medien ist nur Schein. In Österreich ist die Presse noch stärker in wenigen Händen konzentriert als in vergleichbaren kapitalistischen Ländern. Dies bewirkt als Regel: Das Informationsangebot ist beschränkt, einseitig. Die entscheidenden gesellschaftlichen Alternativvorstellungen werden unterschlagen, verstümmelt, verfälscht. Zur Verwirrung Unzufriedener werden Scheinalternativen entwickelt, wird „Radikalität“ in Neben-

fragen zugelassen. Sachliche Information über die eigene gesellschaftliche Lage der arbeitenden Menschen, über die Arbeitswelt wie über die fortschrittlichen Strömungen der Gegenwart fehlt weithin. Über die revolutionäre Arbeiterbewegung, über die sozialistischen Staaten, über den antiimperialistischen Freiheitskampf, über den Friedenskampf wird, sofern überhaupt, verzerrt oder verleumderisch berichtet. Die Steuerung dieser Medien sorgt für die ständige Verbreitung von Vorurteilen des Antikommunismus, des Rassismus, von Obskurantismus, um den arbeitenden Menschen möglichst ihre Urteilskraft zu nehmen.

Das Aufgebot eines Heeres von Spezialisten zur Verheerung von Köpfen ist Ausdruck der Verkommenheit des Systems, aber auch seiner Schwäche: der Tatsache, daß es für seinen Bestand der täglichen großen Lüge bedarf, der faustdicken und der feinen. Das frühe Bürgertum war stolz darauf, mit der Beseitigung staatlicher Zensur Voraussetzungen für Meinungsfreiheit und Vielfalt geschaffen zu haben — vor allem für die Bürger. Mit der Konzentration des Kapitals, den immer größeren Kosten für Presseerzeugnisse ist an die Stelle der einstigen staatlichen Zensur das faktische Monopol der privaten Mediengiganten und des Staats getreten.

Die ans System gebundenen Parteien und Verbände betuern, vor der „Allmacht des Staats“ zu schützen. Doch sie sind wichtige Glieder zur Verbindung der Macht der Monopole mit der des Staates. Sie sind mit der staatlichen Hochbürokratie eng verflochten. Sie dienen dem Staat als Schutzschild gegenüber den Staatsbürgern. Sie tragen zur Erhaltung der staatsmonopolistischen Herrschaft bei, durch die Bemühungen, Interessenkonflikte zu verdunkeln, in den „Schranken der Ordnung“ zu halten, zu einem „Konsens“ zu gelangen.

ÖVP und FPÖ sind in Politik und Programmatik unverblümt antisozialistisch. Wann und wo immer sie Demokratie, persönliche Freiheit sagen, meinen sie letzten Endes Privatbesitz an Produktionsmitteln, Bereicherung und Vorrechte von wenigen, Erhaltung des Bestehenden, also der Herrschaft des Monopolkapitals, die den Interessen der großen Mehrheit widerspricht. Darum trachten ÖVP und FPÖ ständig, ihren wahren Klassencharakter „christlich“, „sozial“, „national“ oder „liberal“, als „Parteien der Mitte, der Reformen“ zu tarnen.

Angesichts des Wucherns des Staates, seiner Apparate, klingt der Ruf „Zu viel Staat!“ plausibel. Doch die Schreier meinen stets nur Einrichtungen, die, wenn auch unzulänglich, der Befriedigung von Bedürfnissen der Bevölkerung dienen. Was hingegen die Hochbürokratie, die zahllosen kapitalfördernden Funktionen, Instrumente der Repression

und Manipulation — also die reaktionäre Staatsmaschinerie — betrifft, gibt es für sie immer noch „zu wenig“ Staat.

Die Sozialistische Partei hat auch in vielen Jahren des „Alleinregierens“ Österreich dem Sozialismus nicht um einen Schritt näher gebracht. Ihrer sozialen Zusammensetzung nach Teil der Arbeiterbewegung, hat sie doch immer wieder dem Kapital als Stütze gedient, in entscheidenden Augenblicken der Geschichte — 1918, 1945 — als Retter. Ein Teil ihrer Führung ist mit der herrschenden Schicht des staatsmonopolistischen Systems verwachsen, hat sich Profitdenken und bürgerliche Verhaltensweisen zu eigen gemacht. Dieser Teil hebt sich immer deutlicher von den reformistischen Traditionen dieser Partei ab. Seine Orientierung auf dauernde Zusammenarbeit mit dem Kapital steht im Gegensatz zu den Klasseninteressen der großen Mehrheit der sozialistischen Mitglieder und Wähler, auch wenn das vielen noch nicht bewußt ist. Die Kommunisten betrachten es unter allen Bedingungen als eine ihrer wichtigsten Pflichten, die Sozialisten für gemeinsame Kämpfe gegen den gemeinsamen Feind — das Kapital und seine Helfer — zu gewinnen. Sie werden nichts unversucht lassen, um mit den Sozialisten, auch mit der SPÖ, gemeinsames Wirken für die Verteidigung des Friedens zu erreichen.

DIE MACHT DER MONOPOLE

Die Gegensätze zwischen den ökonomisch Mächtigen, dem Großkapital einerseits und der großen Mehrheit der Lohnabhängigen, den Zwischenschichten andererseits, verschärfen sich, auch wenn sie nicht leicht zu durchschauen sind. Die Masse des Kapitals wächst. Ein immer größerer Teil davon wird in wenigen Händen zusammengeballt. Einige Hundert besitzen einen großen Teil des Gesamtvermögens in der Republik. Das Monopolkapital beherrscht wichtige Banken, das Versicherungswesen, einen beträchtlichen Teil der Industrie. Finanzkolosse und Agrarmonopole unterwerfen Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, enteignen Bauern, Klein Händler, Gewerbetreibende. Heilig ist dem Großkapital nur sein Eigentum, der Maximalprofit, der Monopolprofit, den er als Tribut von Lohnabhängigen wie von kleinen Selbständigen eintreibt.

Alljährlich werden Milliardenwerte, vom österreichischen Volk geschaffen, dem Land entzogen und als Kapital — auch von verstaatlichten Unternehmen — zur profitableren Anlage ins Ausland exportiert. Wichtige Bereiche wie Gesundheits- und Bildungswesen bleiben weit hinter dem schon Möglichen

zurück, weil sie keinen Profit abwerfen. Der soziale Wohnbau wird ausgehungert, die Wohnung zur Profitquelle für Finanzkapital, Bodenspekulanten und Baukonzerne. Unverschämte Gewinnsucht setzt sich über menschliche Bedürfnisse hinweg, auf Kosten menschlicher Beziehungen durch. Sogar die Natur, die Umwelt muß fürs Profitsystem bezahlen: mit Verschandelung, Verwüstung, Vergiftung.

Das Großkapital „wirtschaftet“ nicht bloß. Es „unternimmt“ nicht nur Arbeitskräfte. Es herrscht, es bestimmt, es verfügt über die Arbeits- und Existenzbedingungen der großen Mehrheit. Es korrumpiert, kauft Politiker, finanziert Parteien. Seine ökonomische Macht wird zur politischen Macht. Sie trägt Willkür in sich. Sie drängt zur ständigen Entstellung, Verfälschung, zur Verneinung der Demokratie. Sie trachtet danach, reaktionäre, neofaschistische Reserven aufzubauen und die Trennungslinie zwischen Demokraten und Faschisten zu verwischen. Eine einzige Zwangsorganisation — die „Wirtschaftskammer“, in der das Großkapital den Ton angibt — faßt vertretungsmäßig den gestreuten Besitz straff zusammen, um die ökonomische Macht des Kapitals noch wirksamer auch als politische geltend machen zu können. Einige Besonderheiten Österreichs verschleiern Schalten und Walten des Großkapitals: die Größe des verstaatlichten Sektors; das Gewicht von „Genossenschaften“ mannigfacher Art, die zu Hochburgen des Finanzkapitals entartet sind; der relativ hohe Anteil von Klein- und Mittelbetrieben an der Gesamtwirtschaft. Ein Großteil privater Geschäfte wird unter dem Deckmantel verschiedener Formen öffentlichen oder halböffentlichen Eigentums so gut wie kontrollos betrieben. Der Staat beschleunigt den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß, indem er aus öffentlichen Mitteln Milliarden dem Privatkapital für Fusionierungen und „Strukturbereinigungen“ zufließen läßt.

Besonders offen ist die öffentliche Hand fürs Auslandskapital. Innerhalb weniger Jahre hat es, vornehmlich westdeutsches Kapital, seine Positionen bedrohlich erweitert. Vor allem macht es sich in Zukunftsindustrien, im Versicherungswesen und im Großhandel breit. Schon jeder fünfte Österreicher ist in einem Betrieb beschäftigt, über den die wichtigsten Entscheidungen im Ausland getroffen werden. Die Bindung an die „Europäische Gemeinschaft“ erleichtert ausländischem Großkapital das Eindringen in Schlüsselpositionen. Die fortschreitende Überfremdung bringt eine Überflutung mit ausländischen Waren, eine zunehmende Abhängigkeit in Forschung und Entwicklung, eine Degradierung von Großbetrieben zu „verlängerten Werkbänken“ multinationaler Konzerne mit sich. Milliarden an Profiten, durch

Ausbeutung österreichischer Arbeiter erzielt, werden vom Auslandskapital exportiert — auf Kosten der Zahlungsbilanz des Landes.

Einige objektive langfristige Faktoren haben durch Jahrzehnte Österreich zu einer Sonderstellung innerhalb der verschärften allgemeinen Krise des Kapitalismus verholfen: Vorteile im Handel mit sozialistischen Staaten und Entwicklungsländern, die der Neutralität entspringen; der relative Reichtum an Energiequellen und einigen wichtigen Rohstoffen; der einträgliche, hochentwickelte Fremdenverkehr; der im Vergleich mit NATO-Staaten geringere Anteil von Rüstungsausgaben.

Je stärker die Überfremdung der Wirtschaft unseres Landes, desto schwächer werden einige Faktoren dieser Sonderstellung, desto größer die Möglichkeiten für EG-Staaten, ihre Schwierigkeiten nach Österreich zu exportieren. Die Erhaltung von Arbeitsplätzen, die Erringung einer günstigen Position in der internationalen Arbeitsteilung — sie alle erfordern den Kampf gegen das Monopolkapital, gegen das Auslandskapital, dessen Vordringen die ökonomischen Grundlagen der Unabhängigkeit zu untergraben droht.

DER VERSTAATLICHTE SEKTOR

Die Verstaatlichung zeugt davon, daß die gesellschaftlich betriebene Produktion zu gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln drängt. So ist sie Beweis für Erlahmen und Versagen der vielgepriesenen „Privatinitiative“ auf verschiedenen Gebieten. Darum wollen in Österreich Konservative diesen Sektor einengen, verzichten aber auch sozialdemokratische Regierungen auf eine Erweiterung. Zur allseitigen Förderung des Privatkapitals gehört als Kehrseite die Benachteiligung der verstaatlichten Industrie, sogar gegenüber ausländischen Konzernen. Auch dieser Sektor wird in den Dienst der Maximierung der Profite des Großkapitals gestellt. Die verstaatlichten Banken treiben in ihren Industrieimperien systematisch Verflechtungen mit Privatkapital, insbesondere ausländischem, voran. Als Folge nimmt das Gewicht des staatlichen Sektors in der Gesamtwirtschaft ab.

Erhaltung, Vergrößerung, Finanzierung und Funktionen der verstaatlichten Wirtschaft sind wichtige Kampffragen für die Arbeiterbewegung und darüber hinaus. Auch unter kapitalistischen Bedingungen hängen von ihnen Möglichkeiten einer Regulierung von Teilen der Wirtschaft, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Eindämmung von Überfremdung der Industrie, des Handels und der Forschung ab. In

diesem Sektor liegt die Verantwortung des Staates für alle Fragen der Lohn-, Sozial- und Strukturpolitik auf der Hand. Je nach Organisiertheit und Bewußtheit der Arbeiterschaft muß er dem auch Rechnung tragen. Kämpfe mit dem Staat als „zentralem Kapitalisten“ können leichter in politische hinüberwachsen und wesentlich zur Herausbildung antimonopolistischen Bewußtseins beitragen. Wegen der besonderen Größe des verstaatlichten Sektors in Österreich, die historische Gründe hat, kommt diesem Kampfabschnitt besondere Bedeutung zu. Zu einer dem Volke dienenden Schlüsselposition kann die verstaatlichte Industrie nur durch Ausschaltung der Sachwalter und Politiker des Monopolkapitals aus dem Staat und den Verwaltungsorganen des staatlichen Wirtschaftssektors werden.

DIE WIDERSPRÜCHE DER GESELLSCHAFT

Die Verheißungen, man könne mit neuen Instrumenten und Methoden den Kapitalismus „krisenfrei“ machen, haben sich weltweit, auch in Österreich, als Trug erwiesen. Auch jahrelange Alleinregierung der Sozialdemokratie belegt: Man kann den Kapitalismus nicht Schritt für Schritt „sozialer“, „sicherer“ und „menschlicher“ machen, bis man einmal zu einer Art „sozialen Demokratie“ gelangt, auch wenn durch Klassenkämpfe Teilreformen durchgesetzt werden können. Der Kapitalismus ist nicht einfach „abzuwählen“. Auch unter einer sozialdemokratischen Regierung hat die soziale Unsicherheit zugenommen. Die sozialen Ungleichheiten sind größer geworden. Und mit ihnen auch die Unfreiheiten: die offenen und die versteckten Zwänge, Abhängigkeiten, die bürokratischen Drangsale.

Entscheidend für die gesellschaftliche Entwicklung sind zwei engverflochtene Widersprüche: Der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital; die Kluft zwischen dem Großkapital, seiner Bürokratie, seiner Technokratie einerseits und der großen Mehrheit des Volkes auf der anderen Seite, die ausgebeutet, geschröpft und betrogen wird. Die wirtschaftliche Macht des Monopolkapitals, mit der es ständig politische Macht an sich reißt, alles seinem Profitdiktat zu unterwerfen trachtet, versperrt den Weg zur planmäßigen Entwicklung und Nutzung der Produktivkräfte im Interesse des Volkes. Sie ist die Wurzel einer ständigen Tendenz der Bürokratisierung und staatlichen Zentralisierung, auch zum Schaden der Gemeinden. Als unterstes und schwächstes Glied werden sie im staatsmonopolistischen System bei der Aufteilung von Mitteln benachteiligt und mit Aufgaben

überlastet. Sie werden — auf Kosten der Gemeindebürger — zu Leistungen und Geschenken an das Kapital gezwungen. Ihre wachsende Verschuldung trägt dem Finanzkapital Milliarden ein. Mit der Beschränkung ihrer Finanzautonomie wird die materielle Grundlage demokratischer Selbstverwaltung untergraben. Wie auf allen Ebenen des Staates dienen auch in den Gemeinden Privilegien und Pfründe einer Absicherung dieses Systems. Im Kampf für antimonopolistische Bündnisse sind die Gemeinden ein wichtiger Abschnitt, weil Tätigkeiten und Entscheidungen in ihrem Rahmen leichter zu durchschauen und zu beeinflussen sind.

„SOZIALPARTNERSCHAFT“ ALS HERRSCHAFTSFORM DES KAPITALS

Der staatsmonopolistische Kapitalismus hat in Österreich eine besondere Herrschaftsform entwickelt, die seit Jahrzehnten das politische Leben prägt: die „Sozialpartnerschaft“. Voraussetzung für ihr Zustandekommen war die Bereitschaft der Führungen von SPÖ und ÖGB, ihren Frieden mit dem Kapital zu machen, mit ihm im Namen eines „sozialen Friedens“ zusammenzuarbeiten. Die von den sozialistischen Umwälzungen in Österreichs Nachbarschaft und dem großen Oktoberstreik zutiefst erschreckte Bourgeoisie versprach sich davon Vorteile: Politisch verpflichtet diese „Partnerschaft“ doch „sozialistische“ Partner zur Verbreitung der Lüge, daß es zwischen Kartellen und Konsumenten, Multimillionären und Rentnern, Agrarriesen und Kleinbauern, Unternehmern und „Unternommenen“ irgendwelche gemeinsame „gesamtwirtschaftliche Interessen“ und Möglichkeiten eines „Ausgleichs zum Vorteil aller“ gäbe. Materiell nützt sie dem Kapital, weil sie von der Gewerkschaftsführung den Verzicht auf Einsatz der Kampfkraft der arbeitenden Menschen verlangt; sei es um in Konjunkturzeiten das Mögliche herauszuholen oder in Krisenzeiten Belastungen entschieden entgegenzuwirken, sie abzuwehren. „Partnerschaft“ mit dem Kapital verträgt sich nicht mit Umverteilung auf Kosten des Kapitals.

Die nirgends gewählten Gremien dieser „Partnerschaft“ ergeben zusammen ein dichtes, umfassendes Steuerungssystem, das die Instrumente des Staates ergänzt. Sie ermöglichen einen kombinierten Einsatz von Budget-, Lohn- und Preispolitik im Interesse des Kapitals. Die wichtigsten langfristigen Entscheidungen in Wirtschafts- und Sozialpolitik werden außerhalb des Parlaments, weitgehend unabhängig von Zusammensetzung des Nationalrats und der Regierung,

unter Ausschluß der Öffentlichkeit getroffen. Das echte Geraufe zwischen Parteien des Systems um Mehrheiten, um Posten, Pfründe und Plätze am Trog ist ungefährlich für das System, solange es bei Koalition und Kooperation auf der Ebene der Verbände — Wirtschaftskammer und Gewerkschaftsbund — bleibt. Für eine formelle Kontrolle der Preise eines kleinen Teils der Waren erhält das Kapital die Kontrolle über die gesamte Lohnpolitik. Nicht zuletzt spekuliert es darauf, daß die Fortdauer dieser „Partnerschaft“ zur Schwächung, zur Lähmung der Gewerkschaften infolge dauernden Stillhaltens führt.

SYSTEMATISCHE ENTDEMOKRATISIERUNG

Die Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ ist die direkte Verneinung des Grundgedankens der sozialistischen Bewegung: Der Notwendigkeit des Klassenkampfes bis zur Brechung der Kapitalherrschaft. Unweigerlich zieht das System der „Sozialpartnerschaft“ eine systematische, schleichende Entdemokratisierung nach sich. Lebensprinzip der Demokratie ist die Selbsttätigkeit der Massen, ihre aktive, bestimmende Mitwirkung bei der Gestaltung ihres Lebens. Grundprinzip der „Partnerschaft“ mit dem Kapital ist Stilllegung jeder Tätigkeit der Massen, um die Packelei an der Spitze abzusichern.

Das Mehrheitsprinzip wird im Bereich der „Sozialpartnerschaft“ außer Kraft gesetzt. Der „Konsens“ in ihren nichtgewählten Gremien wird zur Richtlinie für gewählte Körperschaften. Das Parlament, die Gesetzgebung, wird zum Nachvollzugsorgan von Weisungen entwürdigt. Verfälscht werden Wahlen und Mehrheiten. Bei der Werbung um Stimmen spiegeln Parteien, die gemeinsam auf dem Boden der „Sozialpartnerschaft“ stehen, abgrundtiefe Meinungsverschiedenheiten vor, insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Gemeinsam geben sie aber Richtlinien der „Sozialpartnerschaft“ in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ihren Segen.

Die Monopolisierung wichtiger Entscheidungen verlangt die Einengung, ja Verhinderung demokratischer Auseinandersetzung über diese Fragen in der Öffentlichkeit. Der widernatürliche „Konsens“ von Kapital und Arbeit — die „Partnerschaft“ — wird in den Massenmedien, im Bildungswesen, in Kultur und Wissenschaft zum Tabu erklärt.

Nicht zu trennen vom staatsmonopolistischen System im allgemeinen, von „Sozialpartnerschaft“ im besonderen, sind Bürokratisierung, Privilegierung, Korruption, Multifunktionäre und „SP-Millionäre“.

Besonders nachdrücklich betrieben wird die Entdemokratisierung, wo die Selbsttätigkeit der arbeitenden Menschen dem Kapital am gefährlichsten werden kann: in den Betrieben und Gewerkschaften. Aus einem Kampforgan und einer konsequenten Interessenvertretung der arbeitenden Menschen sind die Gewerkschaften und die Arbeiterkammern infolge der „Sozialpartnerschaft“ zu einem Hüter der Ordnung des Kapitals geworden, zu Verfechtern eines dauernden Zusammenlebens mit ihm. In diesem Ungeist trachten SP- und ÖGB-Führung danach, aus den gewählten Betriebsräten statt Organe der Interessenvertretung und der Kontrolle durch die Arbeiter Helfer der Unternehmer zur Kontrolle über die Arbeiter zu machen. Die „Sozialpartnerschaft“ verfälscht den in der Arbeiterschaft immer wieder entstehenden Wunsch nach Mitentscheidung in allen Fragen der Arbeitswelt. Allgemeines Gerede von Mitbestimmung soll verdunkeln: Grundsätzlich wird im System der „Sozialpartnerschaft“ über die Köpfe der arbeitenden Menschen hinweg entschieden. Elementare demokratische Rechte werden ihnen vorenthalten: Das Recht auf Wahl aller Gewerkschaftsleitungen, auf Urabstimmung in allen sie betreffenden Fragen. Mitbestimmung ohne diese Demokratie an der Basis ist das Gegenteil einer „Machtposition“ der Arbeitenden: Sie macht „Arbeitervertreter“ unter dem Deckmantel der „Mitbestimmung“ vom Kapital abhängig.

Sowohl der Kampf gegen die „Sozialpartnerschaft“ im besonderen wie gegen das staatsmonopolistische System im allgemeinen verlangt ein ständiges, umsichtiges, konsequentes Eintreten für Demokratie, für Kontrollrechte, für größtmögliche Selbsttätigkeit der arbeitenden Menschen, für uneingeschränkte Freiheit der politischen Betätigung, vor allem in den Betrieben und in den Gewerkschaften. Die Durchsetzung innergewerkschaftlicher Demokratie ist wesentlich für die Umwandlung der Gewerkschaften aus Stützen der „Sozialpartnerschaft“ in selbständige Kampforganisationen der Arbeiterklasse.

„Sozialpartnerschaft“ kann kein Damm gegen Reaktion sein. Sie stärkt die politische und ökonomische Macht des Kapitals. Sie selbst schafft durch Packelei, Privilegierung, bürokratische Willkür den Nährboden für reaktionäre, sozialdemagogische, auch neofaschistische Strömungen.

„SOZIALPARTNERSCHAFT“ ÜBERWINDEN

Auch die „Sozialpartnerschaft“ wird zu Ende gehen. Ihre Funktionen wandeln sich mit der allgemeinen ökonomischen

und politischen Lage. In der langen Periode der Hochkonjunktur gewährte sie an Zugeständnissen gerade so viel als nötig, um zu verhindern, daß die Massen in Bewegung geraten. Unter Bedingungen eines geringeren Wachstums, der Stagnation oder der Krise soll sie dafür sorgen, daß die Massen auch dann stillhalten, wenn ihnen von ihren Errungenschaften etwas genommen wird, wenn sich ihre soziale Lage verschlechtert.

Die Kommunisten, die sämtliche Spielarten der Klassenversöhnung bekämpfen, setzen alle ihre Energien für die Beendigung der widernatürlichen „Zusammenarbeit“ mit dem Kapital ein. Deren Überwindung durch die Arbeiterbewegung würde einen tiefen Einschnitt in der Geschichte unserer Heimat, eine Wende darstellen. Sie würde Kräfte freisetzen, ein neues Selbstbewußtsein erwecken, sie würde neue, weitaus günstigere Kampfbedingungen für die Kräfte des sozialen Fortschritts, der Demokratie, des Sozialismus schaffen.

Die wichtigsten Kräfte der Gesellschaft

DIE ARBEITERKLASSE

Ausschlaggebende und führende Kraft im Kampf für sozialen Fortschritt, Demokratie, Frieden und Sozialismus war, ist und bleibt die Arbeiterklasse. Seit das Kapital in ihr seinen Totengräber erkannt hat, wird es nicht müde, sie tot zu sagen. Doch mit seinem Wachstum bringt das Kapital unweigerlich in vermehrter Zahl die Arbeiterklasse hervor. Schon sind vier Fünftel aller Österreicher Lohnabhängige. Nicht alle Lohnabhängigen gehören zur Arbeiterklasse, jedoch der größte Teil. Zur Arbeiterklasse zählt die große Mehrheit der Angestellten. Auch für sie gilt: Sie besitzen keine Produktionsmittel, müssen zum Lebensunterhalt ihre Arbeitskraft verkaufen, ermöglichen durch ihre Arbeit dem Kapital die Aneignung von Profit und üben keine Leitungsfunktionen aus. Dies trifft auch für einen beträchtlichen Teil der öffentlichen Bediensteten zu. Die ausländischen Arbeiter bilden einen meist besonders brutal ausgebeuteten Teil des Proletariats. Verschiedene Gruppen der Lohnabhängigen, die nicht zur Arbeiterklasse gehören, nähern sich ihr arbeitsmäßig, einkommensmäßig, lohnrechtlich an.

Unaufhörlich werden Selbständige proletarisiert. Schon treffen Kennzeichen des Proletariats auf die große Mehrheit der Bevölkerung zu: keine Produktionsmittel zu besitzen, die Arbeitskraft, um leben zu können, verkaufen und unter dem Kommando des Kapitals verausgaben zu müssen.

Die Arbeiterklasse ist der wichtigste Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums. Ihr Kern ist in der verstaatlichten Industrie und den Betrieben des Großkapitals mit den fortgeschrittensten Produktionsmitteln konzentriert. Mit Entfaltung der Produktivkräfte, der Arbeitsteilung, der wissenschaftlich-technischen Revolution entfällt ein immer größerer Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf Bereiche vor, neben und nach dem eigentlichen Fertigungsprozeß, auf den Dienstleistungssektor, auf Verteilung und Verwaltung. Das Ergebnis sind Verschiebungen im zahlenmäßigen Verhältnis Arbeiter—Angestellte—öffentliche Bedienstete. Alte Berufe und Qualifikationen verschwinden, neue entstehen. Zugleich verbreiten sich industrielle Arbeitsweisen weit über die herkömmlichen Industrien aus. Auch für die große

Mehrheit der Beschäftigten in den nicht unmittelbar produktiven Zweigen trifft zu: Ihre Arbeit bringt dem Kapital weit mehr ein als ihre Arbeitskraft kostet. Auch sie werden ausgebeutet.

Derselbe Fortschritt der Produktivkräfte, der innerhalb der Arbeiterklasse differenzierend wirkt, setzt zugleich unter kapitalistischen Bedingungen Arbeiter wie Angestellte der Gefahr eines Wegrationalisierens von Arbeitsplätzen und der Entqualifizierung aus. Arbeiter und die große Mehrheit der Angestellten unterscheiden sich nicht grundsätzlich hinsichtlich Betroffenheit durch soziale Unsicherheit, Steuerdruck, Inflation und Unzulänglichkeit sozialer Leistungen.

Jahrzehnte ungebrochener Hochkonjunktur haben Illusionen über einen „krisenfreien“, einen „sozialen“ Kapitalismus genährt. Der Zustrom Hunderttausender ehemaliger Bauern, Handwerker, Händler und Kleinunternehmer hat massenhaft kleinbürgerliches Bewußtsein in die Arbeiterklasse geschwemmt. Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse haben das Eindringen bürgerlicher Ideologien erleichtert. Jahrzehntelang haben „Sozialdemokraten“ beschworen, nicht am Ast des Kapitals zu sägen, weil darauf angeblich auch die Arbeiterklasse sitzt.

Die große Krise der siebziger Jahre hat Österreich bei weitem nicht so in Mitleidenschaft gezogen wie die meisten kapitalistischen Länder. Dennoch hat sie auch für unser Land eine Wende gebracht: Außerstande, hohe Wachstumsraten auf lange Sicht zu garantieren, orientiert sich das System darauf, notwendige Lohnerhöhungen zu verhindern, ja die Realeinkommen der Massen zu senken. Der Rationalisierungsdruck steigt, greift auf neue Wirtschaftszweige über. Das Kapital trachtet — Angst um den Arbeitsplatz ausnützend — die Arbeitsintensität, den Ausbeutungsgrad zu erhöhen. Der kapitalistische Staat ist zugleich bestrebt, die gesellschaftlichen Ausgaben für die Wiederherstellung der Arbeitskraft einzufrieren, ja — zunächst vorsichtig dosiert — abzubauen. Inflation und Massensteuern werden benutzt, um dem Kapital Profitmöglichkeiten zu schaffen.

Noch ist der Manövrierraum für Teilzugeständnisse, für Gegeneinanderausspielen der arbeitenden Menschen, für Vernebelung und Täuschung weiter als in vielen kapitalistischen Ländern. Noch treten die Gebrechen des Kapitalismus nicht so grell hervor. Doch es wächst die Notwendigkeit für die Arbeiterklasse, nach Jahrzehnten des „Klassenfriedens“, des einseitig vom Kapital geführten Klassenkampfes, sich gegen Angriffe auf ihre Errungenschaften, gegen Belastungen zur Wehr zu setzen.

Das geschichtliche Ziel der Arbeiterbewegung ergibt sich

nicht aus dem Bewußtseinsstand in diesem oder jenem historischen Augenblick. Es folgt aus der objektiven Stellung der Arbeiterklasse in der Gesellschaft als ausgebeutete Klasse, deren Entwicklung mit der Entfaltung der Produktivkräfte, insbesondere der Industrie, untrennbar verbunden ist. Die Kommunisten betrachten es als ihre allerwichtigste Pflicht, die Arbeiterklasse mit dem Bewußtsein ihrer Lage und ihrer geschichtlichen Aufgabe zu erfüllen, sie kampffähig für den Sozialismus und schließlich für die klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus, zu machen.

ARBEITERKLASSE UND INTELLIGENZ

Mit Entfaltung der Produktivkräfte und der Arbeitsteilung nimmt sowohl die gesellschaftliche Bedeutung der Intelligenz als auch die Zahl jener zu, die berufsmäßig mehr oder weniger komplexe geistige Arbeit verrichten. Zugleich geht eine ständige Umschichtung vor sich. Die Monopolisierung hat schon die überwiegende Mehrheit der Intellektuellen der Freiheit beraubt, selbst über ihre Arbeitsinstrumente und ihre Arbeitsbedingungen zu verfügen.

Die Intelligenz ist jedoch weder eine selbständige Klasse noch eine selbständige politische Kraft. Ein kleiner Teil schließt sich der Bourgeoisie an, ja verschmilzt mit der Hochbürokratie des staatsmonopolistischen Systems oder dem Spitzenmanagement des Großkapitals. Ein weitaus größerer, wachsender Teil der Intelligenz ist auf die eine oder andere Weise mit der materiellen Produktion verbunden. Dieser Teil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz nähert sich der Arbeiterklasse an, auch wenn er sich noch von ihr durch verschiedene Züge abhebt. Der zahlenmäßig stärkste Teil der Intelligenz wirkt im Bereich der Bildung, des Gesundheitswesens, der Dienstleistungen verschiedener Art. Ausschlaggebend ist: Es besteht eine Übereinstimmung von Grundinteressen zwischen Arbeiterklasse und der großen Mehrheit der Intelligenz.

Als Folge des Privateigentums an den Produktionsmitteln wachsen zugleich mit der gesellschaftlichen Bedeutung von Wissenschaft, Technik und Kultur, von spezialisierter geistiger Arbeit überhaupt, auch die Widersprüche: Vor allem zwischen der möglichen Anwendung dieser Errungenschaften und Fähigkeiten im Interesse der großen Mehrheit und dem engen, oft schädlichen, ja zerstörerischen Gebrauch, den Gewinnsucht vorschreibt. Im Klassenkampf wird entschieden, was vom Nationaleinkommen für die Befriedigung von Bedürfnissen des Volkes aufgewendet wird. Folglich hängen

vom Kampf der Arbeiterklasse gegen das staatsmonopolistische System in hohem Maß auch die materiellen und ideellen Bedingungen der Verwendung und Verwertung der Arbeit vieler Intellektueller ab.

Je umfangreicher das angehäuften Wissen, je stärker der Zwang zur Spezialisierung, desto häufiger werden auch für Intellektuelle enge Routinearbeiten, desto realer die Gefahren der Entwertung erworbener Fähigkeiten, desto größer Austauschbarkeit und soziale Unsicherheit. Diese Widersprüche prägen auch die Ausbildungssituation der Intellektuellen. Die Auseinandersetzung mit der materiellen Misere an den Hochschulen, mit unzureichenden Studienbedingungen, mit Reglementierungen, die vor allem sozial Schwächere treffen, hat zur Teilnahme vieler Studenten an sozialen, demokratischen und antiimperialistischen Bewegungen und zur Herausbildung einer fortschrittlichen Studentenbewegung geführt.

Immer gebieterischer verlangt der Fortschritt der Produktivkräfte, daß Kopf- und Handarbeit über Ziele und Zwecke der Produktion, der Bildung, der Forschung entscheiden können. Grundzug des staatsmonopolistischen Systems ist jedoch nicht die Demokratisierung, sondern im Gegenteil die Konzentrierung von Entscheidungen in wenigen Händen. Intellektuelle Tätigkeit verschiedenster Formen leidet darunter, daß die Arbeit von Millionen nicht nach deren wichtigsten und menschlichsten Bedürfnissen ausgerichtet wird, sondern nach den Profiterwartungen einer kleinen Minderheit. Die Befreiung der Arbeiterklasse verlangt auch die Befreiung geistiger Arbeit. Die Kommunisten sehen eine wichtige Aufgabe darin, die Gemeinsamkeit der Grundinteressen der großen Mehrheit der Intelligenz und der Arbeiterklasse, die Notwendigkeit eines Bündnisses gegen das Monopolkapital bewußt zu machen und diese Interessen konsequent zu vertreten.

ARBEITERKLASSE UND BAUERN

Die fortschreitende Unterwerfung der Landwirtschaft unter das Großkapital bewirkt einen tiefgreifenden Wandel im Dorf. Die bäuerliche Bevölkerung wird zusehends kleiner. Die Zahl der in der Landwirtschaft vollberuflich Tätigen wurde binnen zwei Jahrzehnten halbiert. Schon die Hälfte der noch verbliebenen Bauern kann nicht mehr allein von der Landwirtschaft leben. Sie muß Arbeit in der Industrie, in den Städten suchen, oft die erstbeste, schlecht bezahlte, die in Reichweite ist. Extreme Doppelbelastung der Frauen und

Kinder, welche die Landwirtschaft führen, wie der Pendler, die „auswärts“ und daheim arbeiten, sind die Regel.

Mit der raschen Entwicklung der Mechanisierung, der Chemisierung, der Produktivität in der Landwirtschaft verschärft sich der Kampf um Anteile am Markt. Die Stufen vor und nach der bäuerlichen Produktion, von der Versorgung mit Maschinen und anderen Arbeitsmitteln bis zur Veredelung und zum Vertrieb, werden immer mehr vom Kapital organisiert und kontrolliert. Ein wachsender Teil des in der Landwirtschaft erzeugten Werts fließt dem Agrar- und Finanzkapital zu. Die Existenzbedingungen von Klein- und Mittelbauern, wo Größe, Güte des Bodens und Kapitalausstattung enge Grenzen ziehen, werden schwieriger. Viele Kleinbetriebe können nur um den Preis von Überanstrengung und Entbehrungen noch gehalten werden.

Genossenschaften, einst örtliche Organe der Selbsthilfe, des Schutzes bäuerlicher Interessen, sind zu Agrarkonzernen, oft mit internationalen Geschäften, entartet. Längst werden sie nicht mehr von Bauern kontrolliert. Vielmehr kontrollieren und bevormunden sie die Bauern und wirtschaften mit deren Geld wie private Monopole. Diese Agrarriesen, genossenschaftliche wie private, schieben sich zwischen die Masse der Bauern und die Konsumenten und mästen sich auf Kosten beider. Eine wachsende Zahl von Bauern wird mittels Anbau-, Liefer- und Kreditverträgen an die Agrarindustriekomplexe der Monopole und des Großgrundbesitzes gebunden und weitgehend um ihre Selbständigkeit gebracht. Ihr Eigentum steht nur mehr auf dem Papier, im Grundbuch. Sie verlieren die Verfügung über die von ihnen erzeugten Produkte. Die Last des Steuerdrucks nimmt zu. Immer weiter öffnet sich die Schere zwischen den zurückgebliebenen Erzeugerpreisen der werktätigen Bauern einerseits und den Preisen für ihre Arbeitsmittel, für industrielle Konsumgüter andererseits, als Folge der Preispolitik des staatsmonopolistischen Systems und des wucherischen Zwischenhandels.

Noch erkennen viele Bauern nicht den wirklichen Feind, die Ursachen ihrer Mühsal und Nöte. Nicht wenige betrachten als Hauptgegner jene Gewerkschaften, deren Spitze „soziale“ Partnerschaft mit dem Monopolkapital betreibt — auch auf Kosten der Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung. Die Kommunisten halten es für ihre Pflicht, die Übereinstimmung der Grundinteressen der arbeitenden Bauern und der Arbeiterklasse zum Nutzen beider bewußt zu machen. Braucht die Arbeiterklasse für den Sieg des Sozialismus ein Bündnis mit den werktätigen Bauern, so kann nur die Befreiung der Arbeiterklasse ein für allemal vom Dorf den Druck des Großkapitals und des Großgrundbesitzes nehmen.

ARBEITERKLASSE UND ZWISCHENSCHICHTEN

Der Anteil des herkömmlichen „Kleinbürgertums“ — der kleinen Händler und Warenproduzenten — an der Bevölkerung ist geschrumpft. Auch auf ihnen lastet der Druck der Steuern und des Großkapitals. Gegenüber diesem sind sie „Volk“. Gegenüber den Lohnabhängigen empfinden sie sich oft als Bürger. In Marktlücken, die das Großkapital läßt, weil es dort keine großen Profite zu holen gibt, entstehen — gleichzeitig mit der Ruinierung Tausender Selbständiger — immer wieder kleine Warenproduzenten, oft in Abhängigkeit, als Anhängsel großkapitalistischer Unternehmer. Und damit entsteht immer wieder die „Aufsteigermentalität“: die Meinung, es sei nicht nötig, die Gesellschaft besser einzurichten, weil man es sich selber richten könne. Zwischen den großen Klassen stehend, zwiespältig durch diese Stellung, schwanken viele dieser Schichten mit dem Auf und Ab im Kapitalismus, können Teile für die Arbeiterbewegung gewonnen oder neutralisiert werden, aber auch zur äußersten Reaktion umschwenken. Entschieden wird dies vor allem durch die Stärke der Arbeiterbewegung, durch ihre Entschlossenheit und Geschlossenheit im Klassenkampf gegen das Monopolkapital, seinen Staat, gegen die äußerste Reaktion.

FRAUEN IM KAPITALISMUS

Wie es um Demokratie in einer Gesellschaft steht, ist verlässlich der Stellung der Frau abzulesen. Noch die denkbar beste bürgerliche Demokratie gibt lediglich Gleichheit vor dem Gesetz. Auf mannigfaltigste Weise bekommen Frauen zu spüren: Gleichheit vor dem Gesetz ist noch lange nicht Gleichheit im Leben. Industrialisierung und fortschreitende Arbeitsteilung ändern auch die Position der Frau und die Funktionen der Familie in der Gesellschaft. Arbeiterbewegung und Frauenbewegung haben Verbesserungen, insbesondere der rechtlichen Stellung der Frau, erkämpft. Doch besteht nach wie vor eine breite Kluft zwischen der rechtlichen und der sozialen, der ökonomischen Lage der Frau, zwischen ihren Leistungen für die Gesellschaft und dem, was diese Gesellschaft den Frauen schuldig bleibt.

Die große Mehrheit der Frauen gehört zur Arbeiterklasse. Sie hat meist keine Möglichkeit der freien Wahl zwischen Beruf und Familie, wie man weismachen möchte. Einseitig auferlegte Haupt- oder Alleinverantwortung für Haushalt und Kinder, damit verbundene Belastungen ermöglichen es,

sie als Berufstätige besonders auszubeuten, oft als „Dazu-Verdiener“. Meist schon benachteiligt in der Bildung, haben sie auch bei gleicher Ausbildung wie Männer geringere Aussichten auf einen qualifizierten Arbeitsplatz. Für gleichwertige Arbeit erhalten sie eine weitaus niedrigere Bezahlung. In Krisenzeiten wird ihnen meist als ersten das Recht auf Arbeit genommen. Wo Rationalisierung eine Entqualifizierung, eine Abwertung von Arbeitsplätzen mit sich bringt, werden Frauen für schlechte Bezahlung noch zum Lohn-Druck, zu Versuchen der Entsolidarisierung mißbraucht. Als billige Arbeitskräfte und industrielle Reservearmee sind sie eine Quelle zusätzlicher Profite.

Durch Berufstätigkeit, Hausarbeit und Mutterschaft sind Frauen mehrfach belastet. Was der kapitalistische Staat für die Familie, für die Kindererziehung nicht leistet, wird der Frau aufgebürdet. Sie bezahlt dafür mit einem Mindestmaß an Freizeit, an Möglichkeiten der Weiterbildung, der Entfaltung ihrer Fähigkeiten, ihrer Persönlichkeit.

Immer mehr Frauen erkennen, daß ihre Benachteiligung keine „Selbstverständlichkeit“ oder „biologische Zwangsläufigkeit“ ist. Viele wehren sich gegen Diskriminierungen, lehnen sich dagegen auf, ihr Leben auf den Kreis um Herd und Kind zu beschränken. Die Kommunisten unterstützen das Eintreten der Frauen für ihre Interessen. Sie bekämpfen falsche Leitbilder einer Verteilung von „Rollen zwischen den Geschlechtern“, wie sie dem Kapital passen. Sie wirken für gegenseitige Achtung, für die Solidarität von Mann und Frau: im Klassenkampf wie in der gemeinsamen Verantwortung und Arbeit für Haushalt und Kindererziehung.

Wurzel der Nichtgleichberechtigung der Frau ist das Privateigentum an Produktionsmitteln, das immer wieder soziale Ungleichheit hervorbringt, das der Kapitalismus zum Fundament seiner Ordnung erklärt.

Deshalb müssen Versuche, Emanzipationsbewegungen der Frauen von der revolutionären Arbeiterbewegung zu trennen oder ihr gegenüberzustellen, letztes Endes den Frauen und dem gesamten sozialen Fortschritt schaden. Die Kommunisten lassen sich von der Erkenntnis leiten, daß der Kampf um den Sozialismus gleichzeitig den Kampf für die Gleichberechtigung der Frau verlangt, daß die Front nicht zwischen den Geschlechtern, sondern zwischen den antagonistischen Klassen verläuft, daß die volle Gleichberechtigung der Frau die Befreiung der Arbeiterklasse voraussetzt. Das eigentliche Ziel der kommunistischen Bewegung — die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit in der klassenlosen Gesellschaft — ist undenkbar ohne völlige soziale Gleichstellung der Frau.

JUGEND IM KAPITALISMUS

Eine überlebte Gesellschaft wie die Herrschaft des Monopolkapitals ist ihrem Wesen nach jugendfeindlich. Den Wünschen junger Menschen nach einer gerechten Ordnung, nach sinnvollen Lebenszielen steht als greller Gegensatz die Welt des Kapitals gegenüber: des Profitdenkens, der Selbstsucht, der Verstümmelung, Verfälschung, Verkümmern, ja Unterdrückung von Talenten, Eignungen und Neigungen in der jungen Generation.

In vielen Ländern verweigert das Profitsystem jungen Menschen das elementare Recht auf Arbeit. Nirgends hat es der Mehrheit der Jugend eine sichere Zukunft, ein sinnerfülltes Leben zu bieten. Ein System von Bildungsprivilegien, der „sozialen Auslese“ im Schul- und Hochschulwesen dient der Sicherung der Herrschaft von Privilegierten. Schon vom Vorschulalter an sind Arbeiter- und Bauernkinder (vor allem Mädchen) benachteiligt. Im zehnten Lebensjahr werden Kinder sortiert: in Hauptschüler und „höhere Schüler“, wird ohne sachliche Grundlage schon eine Entscheidung über den weiteren Lebensweg getroffen.

Die Berufsausbildung ist nicht auf die Bedürfnisse der Arbeiterschaft nach Vielseitigkeit und Allgemeinwissen, sondern auf Profitinteressen abgestimmt. Ein beträchtlicher Teil der Arbeiterjugend erhält nicht einmal eine unzulängliche Berufsausbildung. Fast alle „niedrigen“ Bildungswege münden in Sackgassen. Das Hochschulstudium wird für Arbeiter- und Bauernkinder durch unsoziale Stipendiensysteme und Studienordnungen zusätzlich erschwert. So gut wie auf allen Stufen des Bildungswesens sind Unterrichtsinhalte und Methoden darauf angelegt, den Kapitalismus als bestmögliche Gesellschaftsordnung erscheinen zu lassen, junge Menschen „kleinzukriegen“, zu Untertanen abzurichten.

Bei den Bemühungen, die Jugend den Interessen des Kapitals anzupassen, sie zurechtzustutzen, ihre eigenen Bedürfnisse durch fremde zu ersetzen, arbeiten Staat und Kapital Hand in Hand. Was der Staat der Jugend an Möglichkeiten sinnvoller Freizeitgestaltung vorenthält, das kommt Monopolen der Unterhaltungsindustrie zugute. Sie gaukelt der Jugend Scheinwelten vor, voll ungeahnter Möglichkeiten individuellen Aufstiegs, Traumwelten, in denen persönliche Leistung Erfolg verbürgt. Was die kapitalistische Wirklichkeit an Entfaltung und befriedigender Leistung versagt, das läßt Manipulation am Ende noch als „persönliches Versagen“ der Opfer erscheinen. Einer wachsenden Zahl junger Menschen wird gewahrt: Sie wird um ein sinnvolles Leben, um vielseitige Bildung, um eine sichere Zukunft

betrogen. Sie spürt die Demokratiefeindlichkeit eines Systems, das von Mitbestimmung und Alltagsdemokratie schwätzt, während es täglich überall nach Bevormundung, Gängelung, Ausschaltung der Jugend von Mitarbeit und Kontrolle trachtet.

Die Kommunisten unterstützen jedes Eintreten für die Grundrechte der Jugend auf Arbeit, Bildung, Demokratie, sinnvolle Freizeit, auf Entfaltung der Persönlichkeit und auf Frieden. Sie betrachten es als Pflicht, bewußt zu machen: Schüler, Lehrlinge, Studenten können ihre Interessen nur durch gemeinsamen Kampf mit der revolutionären Arbeiterbewegung gegen den gemeinsamen Feind — das Kapital — durchsetzen.

MISSBRAUCH VON WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Tempo und Ausmaß des Fortschritts von Wissenschaft und Technik stellen unabweisbar neue Probleme: Dient er den Interessen der großen Mehrheit? Oder schlägt er — mißbraucht zur Profitmaximierung — zu ihrem Schaden zurück? Seit eh und je verfährt der Kapitalismus rücksichtslos mit den zwei Quellen gesellschaftlichen Reichtums: mit der menschlichen Arbeitskraft und der Natur. Je wirksamer die Mittel, die er bei der Jagd nach Profit anbietet, desto verheerender können die Wirkungen werden. Die Kommunisten treten dafür ein: Wo immer Kapitalisten an einer Produktion profitieren, welche Umweltschäden hervorruft, wo immer sie Raubbau an Menschen oder der Natur treiben, sind sie für die Verhinderung oder Beseitigung dieser Folgen haftbar zu machen.

Fortschritte der medizinischen Wissenschaft erleichtern die Erhaltung einer Gesundheit, die mehr als „Arbeitsfähigkeit“, als bloße Ausbeutbarkeit bedeutet. Probleme der Reinhaltung von Luft und Wasser sind weitgehend technisch gelöst oder lösbar. Doch unter dem Gesichtspunkt der Kapitalverwertung haben Erhaltung der Gesundheit der arbeitenden Menschen wie Wahrung des Gleichgewichts der Natur einen unverzeihlichen Nachteil: Sie verursachen Kosten, sie schmälern den Profit.

Je bedrohlicher die Gefahren und Schäden werden, die daraus erwachsen, desto mehr muß den Verantwortlichen daran liegen, Wissenschaft und Technik zu Sündenböcken zu machen. Nicht die Technik ist schuld, wenn Produktionskapazitäten brachliegen, Lager überfüllt sind, Ernten vernichtet werden und es zugleich Hunderten Millionen am Notwendigsten fehlt, lebenswichtige Bedürfnisse ungestillt bleiben.

Nicht die Technik ist schuld, daß menschenwürdige Wohnungen für viele unerschwinglich bleiben. Ihr ist's zu danken, daß man schneller, mit geringerem Arbeitsaufwand bauen kann als vor Jahrzehnten. Nicht Wissenschaft und Technik sind schuld, wenn ihre Errungenschaften ohne Verzug, ohne Abstriche lediglich für den Irrsinn der Rüstung eingesetzt werden. Wer Wissenschaft und Technik anklagt, der spricht — ob er es will oder nicht — den Kapitalismus von seinen Verbrechen frei.

Nie bestimmen Wissenschaft und Technik selber die Zwecke, denen sie dienen. Entschieden werden diese letzten Endes — so wie der Klassencharakter des Staates, der Demokratie — durch die Eigentums- und die Machtverhältnisse. Die wissenschaftlich-technische Revolution macht keineswegs die Gesellschaftssysteme „gleicher“. Sie verstärkt vielmehr die entgegengesetzten Grundzüge der Systeme. Im Kapitalismus spitzt sie die Widersprüche bis zum lebensgefährdenden Widersinn zu. Im Sozialismus dient sie der immer umfassenderen Befriedigung sich entfaltender, neu entstehender Bedürfnisse. Rationalisierung wird im Kapitalismus als Arbeitsplatzliquidierung, als Entqualifizierung meist zum Fluch für arbeitende Menschen. Im Sozialismus, unter Bedingungen der Vollbeschäftigung, befreit sie von Verrichtungen, die Maschinen besser können, vermenschlicht sie die Arbeit.

Wissenschaft und Technik sind unentbehrlich, will man Umweltgefährdung, Erschöpfung begrenzter Rohstoffvorkommen, Hunger und Mangel in der Welt beikommen. Verzicht auf sie, auf Wirtschaftswachstum, müßte Dürftigkeit, ja Elend für einen Großteil der Menschheit verewigen. Die Kommunisten betrachten es als ihre Pflicht, bewußt zu machen: Die Bändigung von zerstörerischen Kräften, die Nutzbarmachung aller Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik im Rahmen einer vernünftigen, humanen und sozialen Planung, sie verlangen die Befreiung von den Fesseln des Profits, die Überwindung des Kapitalismus.

KRISE DER MORAL

In dem Maß, wie das Ende einer Gesellschaftsordnung näherrückt, verkommt auch ihre Moral. Längst ist der Kapitalismus außerstande, ein verbindliches menschenwürdiges System von Werten hervorzubringen. Stets gibt er für seine üblen Folgen anderen die Schuld. Wo soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ins Auge springen, redet er sich auf Unterschiede aus, welche die Natur besorgt hat. Unauf-

hörlich produziert er neue Varianten des Rassismus, des Chauvinismus, des Ungeists, der Menschen — je nach Bedarf und Belieben — in „Überlegene“ und „Minderwertige“ sortiert.

Der Kapitalismus macht eiskalte Berechnung zur Grundlage menschlicher Beziehungen. Die ihm innewohnende soziale Unsicherheit erzeugt Lebensangst. Und er mißbraucht eben diese Angst um die Existenz, um den Arbeitsplatz, um einzuschüchtern, zu vereinzeln, um handelnde Solidarität zu schwächen. Wer immer strebt, die Welt menschenwürdiger einzurichten, wer für seinesgleichen sich mitverantwortlich fühlt, wer nicht käuflich ist, der wird vom Kapital und seinen Helfern zurückgesetzt, schikaniert, geschmäht, verfolgt. Angehalten wird zu Leisetreterei, zu Kriechertum, zu einem Individualismus, einem Karrierismus, der sich um andere nicht kümmert.

Der Name Leistungsgesellschaft, den der Kapitalismus sich beilegt, ist Hohn. Nicht Leistung für die Gesellschaft, für die Interessen der Mehrheit verschafft Geltung, sondern das, was einer sich leisten, was er kaufen kann. Nicht nur der Mensch wird zur Ware gemacht. Auch die Ware wird zum Maß für den Menschen. Invalide, Behinderte, Kranke, Verbrauchte — alle, die nicht profitabel zu „unternehmen“ sind, bekommen es zu spüren: In einer kapitalistischen Gesellschaft zählt lediglich die Arbeitskraft, die dem Kapital zumindest den durchschnittlichen Mehrwert schafft. Hunderttausende leiden — auch in Zeiten der Konjunktur — unter Armut, die nicht weniger drückt, wenn man sie eine „moderne“ nennt, unter Verlassenheit, unter Gleichgültigkeit einer entsolidarisierten Mitwelt.

KRISE DER KULTUR

Eine tiefe Kulturkrise kennzeichnet das Profitsystem. Das gilt für Kultur in engerem Sinn, für Kunst wie für Kultur in umfassendstem Sinn: für die Lebensweise, für die Entwicklung der Persönlichkeit, für die bewußte Meisterung der Beziehungen der Menschen untereinander und zur Natur. Diese Kulturfeindlichkeit äußert sich auf mannigfaltigste Weise: in Arbeitsintensität bis zur Erschöpfung, bis zur Auslaugung. In Arbeitsteilung, Spezialisierung bis zur Zerstückelung, bis zur Unmöglichkeit, im eigenen Tun noch Sinn zu entdecken. In Entwürdigung von Menschen zum Zubehör von Dingen, von Maschinen. In ihrer Unterwerfung bei der Arbeit unter die kleinlichste, gehässigste Despotie. In ungeheurerlicher Vergeudung einer Welt von Talenten, Eignungen,

Neigungen. In Entfremdung des einzelnen von sich, von der eigenen Tätigkeit, von seinesgleichen bis zur eisigen Isolierung. In Entmutigung von Selbstbetätigung, von schöpferischer Selbstbewahrung. In Unterordnung kultureller Aktivitäten unter Gesetze eines Marktes, der längst nicht mehr „frei“ ist. Die große Mehrheit der Kulturschaffenden ist von den nötigen Produktions- und Verbreitungsmitteln getrennt. Diese konzentrieren sich — noch rascher als in der Wirtschaft — in den Händen von Monopolen, die reglementieren, kommandieren und diskriminieren. Geistige Werte verwandeln sich in Waren für einen Handel, der, wenn überhaupt, zuallerletzt nach erzieherischen, sittlichen, ästhetischen Werten fragt.

Mit der gewaltigen Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit, mit der Entwicklung neuer Methoden der Produktion und Reproduktion, sind früher ungeahnte materielle Möglichkeiten zur Entfaltung und Verbreitung von Kultur entstanden. Doch auch sie stoßen an die viel zu eng gewordenen Grenzen des Kapitalismus. Er schließt die überwältigende Mehrheit nach wie vor von vielen kulturellen Werten aus.

Sie darf dafür die Repräsentations- und Renommiersucht einer kleinen elitären Minderheit bezahlen und Staat wie Medienmonopolen als Objekt der Verbildung und Gängelung dienen.

Vorangetrieben vom Klassenkampf, vom Widersinn des staatsmonopolistischen Systems, entstehen schon in ihm Bildungselemente eines neuen streitbaren Humanismus, einer neuen, einer kommenden Gesellschaft. Die Kommunisten unterstützen nach Kräften diese Elemente. Sie wissen sich als Erbe all dessen, was in der Kultur dem gesellschaftlichen Fortschritt gedient hat, denn sie haben dieses Erbe nötig. Sie halten es für ihre Pflicht, bewußt zu machen: die Freisetzung schöpferischer Energien im Volk, die Befreiung der Massen wie der Kulturschaffenden von Bevormundung, von Verbildung durch Meinungsfabriken und Kulturmonopole, sie alle verlangen die Brechung des Profitdiktats.

DIE AKTIONSEINHEIT DER ARBEITERKLASSE

Was die Arbeiterklasse jeweils von ihren Interessen und Zielen durchzusetzen vermag, hängt vor allem von Ausmaß und Festigkeit der Einheit ab, zu der sie sich im Kampf gegen Kapital und Reaktion aufschwingt. Darum fürchtet das Kapital nichts mehr als diese Einheit, die Solidarität der Arbeitenden. Wer immer mit dem Kapital gemeinsame Sache

máchen, dessen Geschäfte besorgen möchte, der trachtet auch danach, diese Einheit zu verhindern, sie zu schwächen, wo sie zustande kommt, die Arbeiterklasse zu zersplittern, Gruppen, Schichten und Branchen gegeneinander auszuspielen, sie zu entsolidarisieren, auseinanderzudividieren. Zu diesem Zweck bedient sich das Kapital der Privilegierung wie der Diskriminierung, der Konzessionen, der Bettelgaben, der Schmeichelei wie der Einschüchterung, der Erpressung und der Unterdrückung.

In Österreich ist es dem Großkapital gelungen, die Führung der Sozialistischen Partei, die in der Ersten Republik — bis zur Niederlage im Februar 1934 — stolz auf ihre „Radikalität“ hinwies, auf seine Seite zu ziehen, zur Zusammenarbeit zu zähmen. Das staatsmonopolistische System hat Spitzen und Teile des Kaders der SPÖ integriert, durch Privilegien eingebunden. An der Klassenlage der großen Mehrheit der sozialistischen Mitglieder und Wähler, an dem Gegensatz zwischen ihren Interessen und jenen des Kapitals, ändert dies nichts. Sie müssen dafür die Zeche bezahlen.

Zwischen dem antikapitalistischen Anspruch in der SP-Programmatik und der tatsächlichen Praxis der SP-Führung — sei's bei Verwaltung des Kapitalismus in der Regierung oder bei Bekämpfung der Aktionseinheit gegen das Kapital — besteht ein tiefer Widerspruch. Die Programmatik verheißt Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Aber die Führung verzichtet prinzipiell auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, auf Entmachtung des Kapitals, die dafür unerläßlich sind. Auf der Basis des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln läßt sich keine ausbeutungsfreie, geschweige denn eine klassenlose Gesellschaft einrichten.

Die Kommunisten sind unbeirrbar für die Einheit aller arbeitenden Menschen in der Verfechtung ihrer Interessen, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, Geschlecht, Alter, Nationalität oder Religion. Sie erblicken darin die wichtigste Voraussetzung des Kampfes für sozialen Fortschritt, für Demokratie. Sie betrachten diese Einheit als entscheidende Bedingung für einen Sieg im Kampf für eine neue Gesellschaftsordnung.

Als Marxisten gehen die Kommunisten davon aus, daß die Trennung der Arbeiterbewegung in einen reformistischen und einen revolutionären Flügel objektive Wurzeln hat. Diese können erst im Sozialismus verschwinden. Das ändert nicht das geringste an der Notwendigkeit, im Kampf gegen das Kapital, gegen Reaktion, stets die größtmögliche Einheit in konkreten Fragen unbeschadet ideologischer Meinungsverschiedenheiten anzustreben.

Kommunisten stellen keinerlei ideologische Vorbedingun-

gen für ein gemeinsames Handeln. Ob es gegen Faschismus oder eine andere Spielart der Reaktion, gegen Kriegsgefahr, gegen imperialistische Expansion oder Intervention geht, für lohn- oder sozialpolitische Forderungen, gegen Verletzung, Verfälschung oder Bedrohung demokratischer Rechte — wer immer sich dagegen wehren will, mit dem sind Kommunisten bereit, zusammenzuwirken.

So wenig sie Vorbedingungen für ein Zusammenwirken stellen, lassen Kommunisten sich Vorbedingungen abverlangen. Im Interesse der kämpfenden Einheit gegen das Kapital können sie nicht auf das Recht verzichten, zu kritisieren, was diese Einheit gefährdet oder schwächt, was verwirrt, was ihre Stoßrichtung gegen das Kapital beeinträchtigen kann.

Die Geschichte unseres Landes beweist eindringlich: Eine Partei der Arbeiterbewegung kann noch so groß sein, sie schadet der Arbeitersache, schließt sie mit dem Kapital Frieden oder weicht aus Angst vor dem Kapital zurück bis zur Selbstentwaffnung. Für die arbeitenden Menschen zählt allein, was für den Fortschritt Geschichte schreibt. Das ist die kämpfende Einheit, die gegen Reaktion, gegen Kapital zwischen Kommunisten, Sozialisten, Christen, Parteilosen zustande kommt. Nur aus dieser Einheit kann in zahllosen Kämpfen verschiedener Dauer, verschiedener Zielsetzung die Kraft entstehen, die imstande ist, mit dem Kapitalismus Schluß zu machen.

ANTIKOMMUNISMUS — WAFFE DER REAKTION

Der Antikommunismus — er hat viele Gesichter: den Antimarxismus, den Antisozialismus, den Antisowjetismus — hat immer der Reaktion gedient. Keine hat je auf ihn verzichtet, um zu verwirren, um zu spalten. Parteien, die es mit dem Kapitalismus halten, haben ihre ideologischen Unterschiede. Doch alle verbinden ihre besondere Ideologie — ob „partnerschaftlich“, „freiheitlich“, „pluralistisch“ oder „sozialdemokratisch“ — mit dem Antikommunismus. Er diene zur Begründung des Hitler-Faschismus und seiner Aggressionen. Und er dient wieder der Rüstung, der Kriegsvorbereitung. Er soll erschrecken, blindmachen für gemeinsame Interessen verschiedener Klassen und Schichten gegen das Monopolkapital. Für alle, die den Kapitalismus erhalten wollen, ist er die wichtigste Waffe. Für jene, deren Interessen eine neue Gesellschaftsordnung verlangen, ist er die Grundtorheit des Jahrhunderts.

Antikommunismus richtet sich nicht bloß gegen Kommuni-

sten. Er zielt gegen alle, die gesellschaftlichen Fortschritt wünschen: Dieser ist nur gemeinsam mit den Kommunisten durchzusetzen. Darum liegt die Entkräftung, die Überwindung des Antikommunismus im Interesse von jedem, der die Überwindung der überlebten Ordnung des Kapitalismus will.

ARBEITERKLASSE UND BÜNDNISSE

Um den Interessen der großen Mehrheit zum Durchbruch zu verhelfen, bedarf es der Kraft, die durch ein hohes Maß an Einheit der Arbeiterklasse entsteht. Und es bedarf der Bündnisse der Arbeiterklasse mit Intellektuellen, werktätigen Bauern, Handwerkern, Kleinhändlern. Dies gilt auch für viele Initiativen der „neuen sozialen Bewegungen“, die Ausdruck der Verschärfung sozialer Widersprüche sind. Oft wenden sie sich gegen Folgen des Profitsystems — gegen Mietenzwucher, Bodenspekulation, Umweltverwüstung, Verkehrs- und Bildungsmisere — ohne noch deren Ursachen zu erkennen.

Noch besteht zwischen der tatsächlichen Lage der Ausgebeuteten, Bedrückten, Beengten, Geprellten und ihrem Bewußtsein eine Kluft. Bei Strafe des Untergangs müssen Großkapital und seine Helfer immer wieder versuchen, eine solche Kluft aufzureißen. Sie zu überwinden — das ist die vordringlichste Aufgabe aller, die den Sozialismus wollen. Daß Sozialismus konsequenter Humanismus ist, offenbart sich gerade darin: Erfolge seiner Sache verlangen es, möglichst viele Menschen zur Einsicht in ihre ureigensten Interessen zu bringen.

In der Bündnispolitik wie in den Bemühungen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gehen die Kommunisten von Grundsätzen aus. Bündnisse entstehen aus dem Zusammengehen für konkrete Ziele. Sie beruhen auf dem Zusammenwirken von Organisationen, die sich durch soziale Zusammensetzung, Teilinteressen, Weltanschauung, Funktionen und Aufgabenstellung unterscheiden. Sie erfordern folglich die gegenseitige Respektierung der organisatorischen und weltanschaulichen Selbständigkeit der Bündnispartner. Kommunisten unterstützen jede Tätigkeit für den gesellschaftlichen Fortschritt, was immer die Motive sind. Sie treten rückhaltlos für die Achtung der Freiheit der Religion wie auch der atheistischen Weltanschauung ein.

Die Arbeiterbewegung hat bei ihrer Entstehung die Kirche keineswegs als Helfer der Entrechteten und Unterdrückten kennengelernt, sondern als Stütze der Unterdrücker, der

Reichen, der Prasser. Ihre wachsende Kraft, die Siege des Sozialismus, die Macht der Befreiungsbewegungen, die Beteiligung von Millionen Gläubigen an den großen sozialen Auseinandersetzungen unserer Zeit bewirken Wandlungen und Differenzierungen auch in der Kirche. Wo immer sie es zuläßt, daß Parteien in ihrem Namen auftreten, daß sie mit herrschenden Minderheiten identifiziert werden kann, bringt dies wachsende Risiken für sie mit sich.

Bekenntnisse zu ein und derselben Religion lassen sich mit sehr verschiedenen, ja entgegengesetzten gesellschaftlichen, moralischen Handlungen und Haltungen vereinbaren. Es wächst die Zahl jener Christen, die für den Sozialismus sind, weil sie als Christen gegen Ausbeutung, Erniedrigung von Menschen durch Menschen sind, weil sie Solidarität arbeitender Menschen als aktive Nächstenliebe in einer klassengespaltenen Gesellschaft bejahen. Nicht wenige rufen in Erinnerung: Im Ursprung war das Christentum eine Bewegung Unterdrückter, für die Reichtum gleichbedeutend mit Sündhaftigkeit war, mit einem schandhaften Leben auf Kosten anderer.

Kommunisten wenden sich im Interesse des gemeinsamen Kampfes für ein menschenwürdigeres Leben gegen jeden Mißbrauch der Religion zur Unterstützung des Kapitals, gegen jeden Einsatz staatlicher Machtmittel zur Durchsetzung konfessioneller Forderungen ebenso wie gegen engstirnige Religionsfeindlichkeit als Reaktion darauf. Sie bemühen sich um ein Zusammenwirken mit Christen für gemeinsame Ziele, gegen Neofaschismus, für Frieden, für soziale Gerechtigkeit, für antiimperialistische Solidarität.

Auch in der Bündnispolitik stellen Kommunisten so wenig ideologische Vorbedingungen, wie sie sich solche — etwa Abstriche von der revolutionären Gesinnung — stellen lassen. Was zählt, ist das Zusammenwirken für das jeweilige freiwillig festgelegte Ziel. Bestimmend für den Charakter von Bündnissen ist die freiwillige, gemeinsame Zielsetzung, sei sie auf Einzelfragen beschränkt, punktuell, antifaschistisch, antimonopolistisch oder sozialistisch.

Stets streben die Kommunisten nach größtmöglicher Einheit für das konkrete Ziel. Gleichberechtigtes Zusammenwirken gegen gemeinsame Widersacher setzt eine Vielfalt von Meinungen und Interessensunterschieden voraus. Es erfordert deren Berücksichtigung. Solche Vielfalt kann jedoch nicht „Pluralismus“ sein. Kern aller Pluralismusformeln ist eine Illusion oder ein Schwindel: die angebliche Ausgleichbarkeit entgegengesetzter Interessen zum Nutzen aller. Stets laufen sie auf Leugnung oder Vertuschung des Klassencharakters von Demokratie, Freiheit und Staat hinaus.

FÜR DEMOKRATIE

Die Arbeiterklasse kann an den Sozialismus nur herankommen, nur Verbündete heranzuführen, wenn sie jeden Schritt auf ihrem Weg mit den demokratischen Forderungen in ihrer konsequentesten und weitestreichenden Ausprägung verbindet. Seit der Wendung des Kapitalismus zum Monopol, zur Reaktion, ist auch das Schicksal der bürgerlichen Demokratie mit der Arbeiterklasse verbunden. Die Arbeiterklasse ist es, die demokratische Errungenschaften erkämpft und gegen die verschiedensten Spielarten bürgerlicher Reaktion verteidigt. Sie ist die ausschlaggebende Kraft gegen Faschismus, gegen dieses Fäulnisprodukt des Kapitalismus, das für seinen rabiaten Antidemokratismus Nahrung in der Verfälschung und Einengung demokratischer Rechte und Einrichtungen durch das Monopolkapital findet und diesem dient. Sie ist es, welche die besten Traditionen des Demokratismus wachhält, weiterträgt und fortsetzt. Doch das Schicksal der Arbeiterklasse ist nicht an das der bürgerlichen Demokratie gebunden. Ihre Befreiung von Ausbeutung verlangt die Aufhebung der Eigentums- und Machtverhältnisse, auf welchen die bürgerliche Demokratie beruht. Der Sozialismus erfordert eine qualitativ neue Demokratie — erstmals in der Geschichte die einer herrschenden Mehrheit.

FÜR NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT

Auch das Schicksal der nationalen Unabhängigkeit ist untrennbar mit der Arbeiterklasse verknüpft, zumal in der Zeit „transnationaler“ Kapitalkolosse, der imperialistischen Integration von Staaten. Geschichtliche Erfahrung beweist: Bornierte Profitinteressen und Klasseninteressen machen Kapitalisten zu jedem Verrat, zu jedem Schacher auf Kosten nationaler Interessen fähig. Es waren Kommunisten, die als erste — angesichts der Bedrohung durch den Nazifaschismus — bewiesen, daß die Österreicher sich zu einer eigenen Nation formieren. Es waren Kommunisten, die in den vordersten Reihen gegen Fremdherrschaft, gegen Hitler-Faschismus kämpften. Es sind Kommunisten, die sich um möglichst breiten nationalen Widerstand gegen wirtschaftliche Überfremdung, gegen Untergrabung der Unabhängigkeit und der staatlichen Neutralität bemühen, um die Weiterentwicklung des Nationalbewußtseins im Sinn der demokratischen Traditionen des österreichischen Volkes und des antifaschistischen Widerstands, im Geist der Unversöhnlichkeit gegenüber allen Arten des Deutschnationalismus. Als Gegner jedes Chauvi-

nismus, Nationalismus und Rassismus vertreten die Kommunisten unbeirrbar die Rechte der nationalen Minderheiten. Innig verbunden fühlen sie sich mit Österreich als Heimat, die durch die Arbeit ungezählter Generationen geformt worden ist. Immer wieder wurde Heimatliebe mißbraucht, auf Kosten des Volkes und des Landes, zur Bereicherung von herrschenden Minderheiten. Die Befreiung der Arbeiterklasse verlangt, daß endlich die Heimat vom Volk in Besitz genommen, zu seinem Heim wird, das es nicht nur baut, sondern auch für sich selber einrichtet.

FÜR EIN ANTIMONOPOLISTISCHES BÜNDNIS

Allein in einer Vielzahl von Aktionen, Bewegungen, Kämpfen können breite, feste Bündnisse entstehen. Mit dem Aufbrechen, Austragen und Bewußtwerden der Klassengegensätze werden auch Wandlungen in den Funktionen von Organisationen, Verbänden und Parteien vor sich gehen. Stets werden Kommunisten im Interesse des sozialen Fortschritts dahin wirken, daß Teilbündnisse sich zu umfassenden erweitern. Auf jeder Entwicklungsstufe stellen sie die Fragen so, daß alles zum Kern der Sache weiterführt: Zur Notwendigkeit der Überwindung des staatsmonopolistischen Systems.

Der Weg Österreichs zum Sozialismus

Es gibt eine untrügliche Bürgschaft dafür, daß jeder Weg zum Sozialismus, wie immer er verläuft, nur ein demokratischer sein kann: Zurückgelegt wird er nur, wenn die Massen für ihn gewonnen werden. Eine so tiefgreifende Umwälzung gegen einen hochorganisierten Widersacher wie der geballten Macht von Staat und Monopolen — sie kann nur vollbracht werden, wo die Massen nicht mehr bereit sind, sich auf alte Weise beherrschen, ausplündern und prellen zu lassen, wo sie entschlossen sind, sich mit allen Kräften für eine tiefgreifende Veränderung einzusetzen.

Jede Umwälzung — ob antimonopolistisch oder sozialistisch — setzt voraus, daß die Arbeiterklasse, geführt von einer starken revolutionären Partei, zur politisch, ideologisch und moralisch führenden Kraft im Volk wird, anders gesagt, die „Hegemonie“ erringt. Das erfordert auch den Kampf auf kulturellem Gebiet in weitestem Sinne: für die Durchsetzung neuer Werte, einer neuen Lebensauffassung, von Wissen über die Veränderbarkeit der Welt und von Entschlossenheit zu ihrer Veränderung. Doch die Erringung der Hegemonie ist noch nicht gleichbedeutend mit der politischen und ökonomischen Entmachtung des Gegners. Solange das Kapital über Machtpositionen in Staat, Wirtschaft und Massenmedien verfügt, wird es mit ihrer Hilfe trachten, Zwietracht im Volk zu säen, zu verwirren, zu korrumpieren, zu entsolidarisieren, einzuschüchtern und — wenn möglich — zu terrorisieren, um die Arbeiterklasse zurückzuwerfen.

Revolutionsmodelle gibt es so wenig wie Sozialismusmodelle. Unleugbar ist: Noch nirgends wurde der Sozialismus auf dem Weg einer allmählichen, gleichförmigen Evolution, einer schrittweisen Umwandlung erreicht. Stets verläuft die Entwicklung ungleichmäßig, ja in entscheidenden Augenblicken sprunghaft. Früher oder später, ungeachtet aller möglichen Zwischenstufen, stellt sich unausweichlich die Aufgabe, mit der Unterdrückungs- und Manipulierungsmaschinerie des alten Staates fertig zu werden, um den Weg zu einer neuen Ordnung freizulegen.

Die KPÖ erstrebt einen Weg zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg. Naiv wäre es, zu hoffen, daß Ausbeuter freiwillig ihre Herrschaft abtreten werden. Ein Weg ohne Bürgerkrieg ist möglich, auch wenn es dafür keine Garantie gibt, wenn die Volksbewegung genügend mächtig und entschlossen ist,

nismus, Nationalismus und Rassismus vertreten die Kommunisten unbeirrbar die Rechte der nationalen Minderheiten. Innig verbunden fühlen sie sich mit Österreich als Heimat, die durch die Arbeit ungezählter Generationen geformt worden ist. Immer wieder wurde Heimatliebe mißbraucht, auf Kosten des Volkes und des Landes, zur Bereicherung von herrschenden Minderheiten. Die Befreiung der Arbeiterklasse verlangt, daß endlich die Heimat vom Volk in Besitz genommen, zu seinem Heim wird, das es nicht nur baut, sondern auch für sich selber einrichtet.

FÜR EIN ANTIMONOPOLISTISCHES BÜNDNIS

Allein in einer Vielzahl von Aktionen, Bewegungen, Kämpfen können breite, feste Bündnisse entstehen. Mit dem Aufbrechen, Austragen und Bewußtwerden der Klassengegensätze werden auch Wandlungen in den Funktionen von Organisationen, Verbänden und Parteien vor sich gehen. Stets werden Kommunisten im Interesse des sozialen Fortschritts dahin wirken, daß Teilbündnisse sich zu umfassenden erweitern. Auf jeder Entwicklungsstufe stellen sie die Fragen so, daß alles zum Kern der Sache weiterführt: Zur Notwendigkeit der Überwindung des staatsmonopolistischen Systems.

Der Weg Österreichs zum Sozialismus

Es gibt eine untrügliche Bürgschaft dafür, daß jeder Weg zum Sozialismus, wie immer er verläuft, nur ein demokratischer sein kann: Zurückgelegt wird er nur, wenn die Massen für ihn gewonnen werden. Eine so tiefgreifende Umwälzung gegen einen hochorganisierten Widersacher wie der geballten Macht von Staat und Monopolen — sie kann nur vollbracht werden, wo die Massen nicht mehr bereit sind, sich auf alte Weise beherrschen, ausplündern und prellen zu lassen, wo sie entschlossen sind, sich mit allen Kräften für eine tiefgreifende Veränderung einzusetzen.

Jede Umwälzung — ob antimonopolistisch oder sozialistisch — setzt voraus, daß die Arbeiterklasse, geführt von einer starken revolutionären Partei, zur politisch, ideologisch und moralisch führenden Kraft im Volk wird, anders gesagt, die „Hegemonie“ erringt. Das erfordert auch den Kampf auf kulturellem Gebiet in weitestem Sinne: für die Durchsetzung neuer Werte, einer neuen Lebensauffassung, von Wissen über die Veränderbarkeit der Welt und von Entschlossenheit zu ihrer Veränderung. Doch die Erringung der Hegemonie ist noch nicht gleichbedeutend mit der politischen und ökonomischen Entmachtung des Gegners. Solange das Kapital über Machtpositionen in Staat, Wirtschaft und Massenmedien verfügt, wird es mit ihrer Hilfe trachten, Zwietracht im Volk zu säen, zu verwirren, zu korrumpieren, zu entsolidarisieren, einzuschüchtern und — wenn möglich — zu terrorisieren, um die Arbeiterklasse zurückzuwerfen.

Revolutionsmodelle gibt es so wenig wie Sozialismusmodelle. Unleugbar ist: Noch nirgends wurde der Sozialismus auf dem Weg einer allmählichen, gleichförmigen Evolution, einer schrittweisen Umwandlung erreicht. Stets verläuft die Entwicklung ungleichmäßig, ja in entscheidenden Augenblicken sprunghaft. Früher oder später, ungeachtet aller möglichen Zwischenstufen, stellt sich unausweichlich die Aufgabe, mit der Unterdrückungs- und Manipulierungsmaschinerie des alten Staates fertig zu werden, um den Weg zu einer neuen Ordnung freizulegen.

Die KPÖ erstrebt einen Weg zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg. Naiv wäre es, zu hoffen, daß Ausbeuter freiwillig ihre Herrschaft abtreten werden. Ein Weg ohne Bürgerkrieg ist möglich, auch wenn es dafür keine Garantie gibt, wenn die Volksbewegung genügend mächtig und entschlossen ist,

wenn es ihr gelingt, einen Teil der Armee, der Polizei auf ihre Seite zu ziehen oder zumindest zu neutralisieren.

Auf keinen Fall ist ein Weg zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg ein kampfloser, glatter, „parlamentarischer Weg“, auch wenn der Ausnützung parlamentarischer Positionen der Arbeiterbewegung große Bedeutung zukommen kann. Die Macht des Kapitals hat ihre Wurzeln außerhalb des Parlaments. Sein Kampf wird vor allem „außerparlamentarisch“ geführt, mit allen verfügbaren Mitteln.

Ausschlaggebend für jede Umwälzung sind die inneren Kräfte. Revolutionen lassen sich ebensowenig importieren oder exportieren wie durch Putsche, Handstreichs, verwegene Komplotte ersetzen. Letzteres glauben nur Abenteurer oder Doktrinäre, die nicht hoffen können, die Massen zu gewinnen. Doch für die Ausschöpfung der Möglichkeiten im eigenen nationalen Rahmen brauchen die fortschrittlichen Kräfte in Österreich die internationale Solidarität, vor allem der sozialistischen Staaten; eine günstige internationale Kräftekonstellation, damit ein massives Eingreifen der Reaktion von außen, ein Export der Konterrevolution, verhindert oder ihm wirksam begegnet werden kann.

Entscheidende Voraussetzung für jede Umwälzung — ob antimonopolistisch oder sozialistisch — ist eine gesellschaftliche Krise, verbunden mit einer einschneidenden Änderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse: eine starke kommunistische Partei, eine in vielen Kämpfen erprobte Aktionseinheit der Arbeiterklasse, ein festes Bündnis mit anderen Schichten, die Zurückdrängung des Antikommunismus und der von der Ausbeuterordnung immer wieder genährten Illusion, man könne gesellschaftliche Grundprobleme lösen, die Demokratie grundlegend erneuern, ohne die Eigentums- und Machtverhältnisse, beginnend beim Monopolkapital, umzuwälzen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung — mit vielen Kapiteln über sozialdemokratische Mehrheiten, die den Sozialismus nicht einen einzigen Schritt nähergebracht haben —, sie erteilt immer wieder die gleiche Lektion: Zugeständnisse an diese Illusion ergeben nicht einen „längeren, ruhigeren, sichereren Weg“ zum sozialistischen Ziel. Sie ergeben einen anderen Weg, ein anderes Ziel: bloße Korrekturen, Flickwerk an der Ausbeuterordnung, deren Löcher und Blößen immer größer werden.

Das Tor zu einer neuen Gesellschaft wurde stets nur dort erreicht und aufgestoßen, wo es der Arbeiterbewegung gelang, trügerische Hoffnungen auf einen „Kompromiß im Interesse aller“ in den eigenen Reihen weitgehend zu überwinden, in Zwischenschichten zurückzudrängen und die

Energien der Massenbewegungen zu einem Stoß gegen die Zentren des Systems zusammenzufassen.

FÜR EINE ANTIMONOPOLISTISCHE DEMOKRATIE

Unter Österreichs Bedingungen ist es wahrscheinlich, daß der Weg zum Sozialismus über eine Etappe — die antimonopolistische Demokratie — führen wird. Objektive Grundlage dafür ist die um sich greifende Krise des staatsmonopolistischen Systems, der tiefe Interessensgegensatz zwischen diesem und der großen Mehrheit der Bevölkerung. Er durchzieht sogar Parteien, die heute auf dem Boden dieses Systems stehen, auch wenn er noch wenig wirksam ist.

Die Kommunistische Partei orientiert zunächst auf eine Etappe der antimonopolistischen Demokratie. Diese ist nur durch eine Umwälzung zu erreichen, auch wenn viele Schritte nötig sein werden, um an sie heranzuführen. Unabdingbare Voraussetzungen sind die Durchbrechung des Systems der Sozialpartnerschaft, eine neue kämpferische Rolle der Gewerkschaften, eine wesentliche Stärkung der Kommunistischen Partei, Bündnisse mit anderen sozialistischen und konsequent demokratischen Kräften.

Für die Errichtung einer revolutionär-demokratischen Macht — wie es der Staat der antimonopolistischen Demokratie wäre — können die Massen nur durch ihre Erfahrungen in Kämpfen für ihre Interessen gewonnen werden, in dem Maß, als sie erkennen: Eine Sicherung und Erweiterung demokratischer und sozialer Rechte verlangt die konsequente Zurückdrängung der politischen und ökonomischen Macht des Monopolkapitals bis zu seiner völligen Entmachtung. In einem solchen Prozeß kann die Bildung einer von diesen Bündnissen getragenen Koalitionsregierung möglich werden. Die Einengung und Überwindung der ökonomischen und politischen Macht des Monopolkapitals durch diese Kräfte gestattet schon tiefgreifende gesellschaftliche Umgestaltungen: durch Herausbrechung des verstaatlichten Sektors aus dem Profitsystem und seine Umwandlung zu einer Position der Arbeiterschaft, durch Verstaatlichung aller monopolistischen Unternehmen, der Agrarmonopole, der Banken, Versicherungsgesellschaften und Handelskonzerne; durch Ausschaltung der Sachwalter und Handlanger des staatsmonopolistischen Systems aus den staatlichen Institutionen und den monopolisierten Massenmedien.

Voraussichtlich wird schon im Kampf um diese Entscheidungen das in- und ausländische Monopolkapital mit allen Mitteln einschließlich des Versuchs zur Errichtung einer

unverblümt reaktionären Diktatur trachten, seine Entmachtung zu verhindern. Es kommt darauf an, ihm einen solchen reaktionären Ausweg zu versperren und ihm nach seiner Entmachtung eine Rückkehr unmöglich zu machen.

Im Staat der antimonopolistischen Demokratie wäre Wirtschaftsplanung bereits möglich. Vor allem mit Hilfe des staatlichen Sektors, seiner Erweiterung und von Investitions- und Kreditkontrollen. In nichtmonopolistischen Betrieben würden kapitalistische Produktionsverhältnisse weiterbestehen. Es würde also auch weiter Ausbeutung und Elemente der Anarchie in der Wirtschaft geben. Die antimonopolistische Demokratie wäre ein enormer Fortschritt, aber sie kann kein Ziel an sich sein. Ihre revolutionär-demokratische Macht würde es erleichtern, den Klassenkampf der Massen voran zu treiben durch staatliche Mittel zu unterstützen und zu ergänzen, mittels politischer, wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen, durch eine fortschrittliche Gesetzgebung im Interesse des Volks günstige Bedingungen für den Kampf um den Sozialismus, für den Sieg der sozialistischen Revolution zu schaffen.

Sozialismus in Österreichs Farben

Ziel der KPÖ ist der Kommunismus: Die klassenlose Gesellschaft, in der die Springquellen der Produktion so reichlich fließen und die Menschen sich so allseitig entwickelt haben, daß der Grundsatz verwirklicht werden kann: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Die Gesellschaft, in der die Freiheit jedes einzelnen Bedingung der Freiheit aller und umgekehrt ist.

Historisch nächste Alternative zum Ausbeutersystem, zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, ist der Sozialismus, die erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation. Er ist noch Klassenherrschaft: die der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Doch erstmals in der Geschichte ist er Volksherrschaft, nämlich Herrschaft der Mehrheit. Sein Staat dient nicht der Verewigung der Klassenherrschaft, sondern der Annäherung und allmählichen Abschaffung der Klassen und damit auch des Staats auf einem langen Entwicklungsweg. Der Sozialismus beseitigt Ausbeutung und Krisen durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel. An die Stelle von Klassenprivilegien setzt er das Leitprinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen.“ Grundmerkmal ist die stetige, planmäßige Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus, die Wohlfahrt und die Sicherheit, die Erschließung und Entwicklung aller schöpferischen Kräfte im Volk.

SOZIALISMUS — KONSEQUENTE, QUALITATIV NEUE DEMOKRATIE

Die sozialistische Revolution ist die demokratischste, tiefgreifendste und fruchtbarste Umwälzung in der Geschichte. Freiheit fürs Kapital bedingt stets Unfreiheit für viele, Abhängigkeiten in allen erdenklichen Formen. Seit in der bürgerlichen Revolution die großen Losungen: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ verkündet wurden, sind sie täglich von der bürgerlichen Wirklichkeit Lügen gestraft worden. Untrennbar ist die Entfaltung der Arbeiterbewegung mit der Einsicht verbunden: Es sind vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, die Eigentums- und Machtverhältnisse, welche letzten Endes bestimmen, was jeweils an Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit möglich ist.

Die bürgerliche Verfassung, welche Gleichheit vor dem Gesetz verheißt, schert sich nicht um die sozialen Ungleichheiten, welche die bürgerliche Gesellschaft unweigerlich immer von neuem, krasser hervorbringt. Das „gleiche Recht für alle“ verwandelt sich unterderhand ins Recht für die ökonomisch Stärkeren, in eine besondere Art Faustrecht.

Außerstände, Freiheit und Gleichheit je in Einklang zu bringen, behaupten Verteidiger des Profitsystems, Freiheit und Gleichheit seien unvereinbare Gegensätze: Mehr Gleichheit könne es nur auf Kosten der Freiheit geben. Freiheit und Gleichheit sind keine unversöhnlichen Gegensätze. Die größte Vorzug des Sozialismus besteht gerade darin, daß in ihm Freiheit und Gleichheit einander bedingen und wechselseitig fördern. Freiheit von sozialer Unsicherheit, von Elend, Arbeitslosigkeit, Ausbeutung, von Bevormundung, Verbildung oder Unwissenheit: Sie kann allein der Sozialismus verbürgen in dem Maß, als er die gesellschaftlichen, materiellen und ideellen Bedingungen für ein Freierwerden schafft.

Der Sozialismus ist kein „Endzustand“. Auch für ihn gilt: Der jeweils erreichbare Grad an Freiheit kann nie höher sein als es die objektiven und subjektiven Bedingungen gestatten: die Entwicklungsstufe der Produktivkräfte, des Kulturniveaus, der Bewußtheit der Massen, der Sozialstruktur, die Bedingungen des nationalen und internationalen Klassenkampfes. Die schrittweise Verbesserung der gesellschaftlichen und individuellen Lebensbedingungen erfordert einen immer größeren Aufwand, der erarbeitet werden muß.

Solidarität und Menschenwürde — sie entstehen schon im Widerstand gegen Ungerechtigkeit, gegen Willkür einer Ausbeuterordnung. Getragen von Solidarität, von Verantwortungsbewußtsein für die Gemeinschaft, für den Nächsten, kann erst eine Gesellschaft sein, die frei von Ausbeutern ist.

Im Kapitalismus prallen unversöhnliche Klassengegensätze aufeinander, setzt sich die gesellschaftliche Entwicklung spontan durch, empören sich die Dinge, die Geschöpfe gegen den Menschen. Mit der Aufhebung des Grundwiderstands, daß wenige sich privat aneignen, was viele gesellschaftlich produzieren, mit dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln als Grundlage, schafft der Sozialismus die Voraussetzung für die größte Befreiungstat der Geschichte: Daß die Menschen, für gemeinsame Interessen wirkend, auf Grund fortschreitender Einsicht in ihre Lebensbedingungen ihr Zusammenleben bewußt, planmäßig, menschenwürdig gestalten; daß sich mit diesen Beziehungen Fähigkeiten und Bedürfnisse, Schöpferkraft und Persönlichkeit der Menschen entfalten; daß die Ergebnisse ihres Handelns sich ihren Absichten annähern. Die materielle Produk-

tion im Sozialismus ist nicht Selbstzweck, nicht Lebenssinn, sondern unentbehrliches Mittel für sinnvollerer Leben.

Grundfrage der Arbeiterbewegung, in die alle Fragen nach Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit, Freisein von Ausbeutung münden, ist die Eigentumsfrage. Zentrale Frage ist die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, um dem Kapital den Boden entziehen, ihm seine Privilegien entreißen zu können. Da führt kein „dritter Weg“ herum.

NATIONALE BESONDERHEITEN UND GESETZMÄSSIGKEITEN

Schon trägt der Sozialismus die Farben vieler Nationen. Je reicher die Vielfalt der Formen des Staates und des politischen Systems mit der Ausbreitung des Sozialismus wird, desto deutlicher treten in der Verschiedenheit Gemeinsamkeiten zutage. So wenig es Gesetzmäßigkeiten „an sich“, losgelöst von konkret-historischen, von nationalen Besonderheiten irgendwo gibt, können nationale Besonderheiten unabhängig von Gesetzmäßigkeiten existieren. Allemal gilt es, beiden gerecht zu werden. Folglich sind „Sozialismusmodelle“ aller Arten untauglich, muß ja in „Modellen“ eines von beiden zu kurz kommen. Nichts kann die schöpferische Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus, seiner allgemeinen Erkenntnisse und internationalen Erfahrungen auf die vorgegebenen nationalen Bedingungen ersetzen.

Unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der Produktivkräfte ist Österreich für den Sozialismus schon reifer als es irgendein Land war, als dort die sozialistische Revolution siegte. Zum Unterschied von den meisten Ländern, wo erst nach dem Sieg der Revolution, oft unter großen Entbehrungen, die materiellen Grundlagen für die neue Gesellschaft geschaffen werden mußten, befindet sich Österreich in einer günstigeren Lage: infolge der stark entwickelten Industrie, des großen verstaatlichten Sektors, einer durch Generationen qualifizierten Arbeiterschaft und Intelligenz sowie der hohen Organisiertheit der Landwirtschaft. All dies garantiert keinen „leichteren Weg“ zum Sozialismus. Es bietet jedoch eine reale Basis dafür. Zugute kommen dabei die Existenz eines Systems von Staaten des entwickelten Sozialismus, die Stärke der internationalen Arbeiterbewegung und der Befreiungsbewegungen. Und nicht zuletzt die Erfahrungen anderer Völker im Positiven wie im Negativen — um Geburtswehen der neuen Gesellschaft abzukürzen und zu mildern. Zweifellos wird der Sozialismus in Österreich eigene Züge tragen, Sozialismus in Österreichs Farben sein.

WIRTSCHAFT IM DIENST DES VOLKES

Auch Wissenschaft ermöglicht nicht Detailprognosen auf lange Sicht. Einzelheiten des Sozialismus sind schon deshalb nicht voraussagbar, weil sie auch davon abhängen, auf welchem Weg er schließlich erreicht wird, welche Kämpfe ihm vorangehen und welche Rolle Institutionen in ihnen spielen. Unter Berücksichtigung langfristig wirkender nationaler Besonderheiten wie allgemeiner Erfahrungen lassen sich jedoch Grundzüge umreißen. Ökonomische Basis eines sozialistischen Österreich wird das Volkseigentum an den wichtigen Produktionsmitteln und Austauschmitteln sein. Verstaatlicht werden in- und ausländische Betriebe, Banken, Versicherungsgesellschaften, der Außenhandel und der Großhandel, um die Wirtschaft vom Profitdiktat zu befreien, die Ausbeutung beseitigen und die Entwicklung entsprechend den materiellen und geistigen Bedürfnissen der Bevölkerung planen zu können.

Eine schlagartige Überführung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum ist keine Gesetzmäßigkeit, sondern eine Unmöglichkeit. Ist das Volkseigentum an wichtigen Produktionsmitteln gesichert, kann der neue Staat mit kleinen und mittleren kapitalistischen Privatunternehmern in der Phase des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus zusammenwirken. Die Möglichkeiten dafür hängen nicht zuletzt vom Verhalten dieser Schichten zur neuen Ordnung ab. Erfahrungen des realen Sozialismus ergeben, daß die Arbeit kleiner Gewerbetreibender und Handwerker für die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung unentbehrlich ist. Der neue Staat wird sie entsprechend ihrem Beitrag zur Befriedigung von Bedürfnissen unterstützen. In einem sozialistischen Österreich wird das auf persönlicher Arbeit beruhende Eigentum und dessen Vererbbarkeit verfassungsmäßig geschützt. Die Entwicklung genossenschaftlicher Formen in Handwerk und Gewerbe wird gefördert.

Großgrundbesitz wird aufgeteilt oder in gesellschaftliches Eigentum überführt. (Volkseigentum oder Genossenschaftsbesitz). Der große Forstbesitz wird nationalisiert und der Verwaltung und Nutzung durch Länder, Bezirke und Gemeinden übergeben. Die Entwicklung landwirtschaftlicher Produktions-, Verkaufs- und Verarbeitungsgenossenschaften wird vom Staat als wichtiger Teil des sozialistischen Wirtschaftssektors gefördert.

Der Zusammenschluß zu Genossenschaften — sei es in Landwirtschaft oder Gewerbe — darf ausschließlich auf der Grundlage der Freiwilligkeit und des beiderseitigen Vorteils erfolgen.

Sowohl der staatliche wie der genossenschaftliche Sektor im Sozialismus unterscheiden sich grundlegend von diesen Eigentumsformen im Kapitalismus: Der Arbeitsertrag kommt zum Teil direkt den in diesen Unternehmen Tätigen, zum anderen Teil der ganzen Gesellschaft zugute. Ausbeutung ist beseitigt. Das sozialistische Eigentum ermöglicht und verlangt zugleich eine fortschreitende Demokratisierung der Arbeitswelt. Sämtliche Leiter dieser Sektoren unterliegen ständiger demokratischer Kontrolle durch die gewählten Vertreter der Belegschafts- und Genossenschaftsmitglieder. Sie sind laufend informations- und rechenschaftspflichtig. Die gewählten Vertreter haben das Recht der Mitentscheidung in allen Fragen der Planung, der Arbeitsbedingungen, der Festsetzung von Löhnen, Normen und Prämien. Das sozialistische Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen“ verträgt sich weder mit Gleichmacherei noch mit krassen Einkommensunterschieden. Die Spanne zwischen der Entlohnung qualifizierter Facharbeiter und leitender Funktionäre in Wirtschaft und Staat ist so zu verringern, daß es keine Einkommen gibt, die von den Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Bevölkerung entfernen.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ermöglicht eine gesamt-nationale Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Ihr Grundprinzip ist der demokratische Zentralismus. Jeder Beschlußfassung durch die jeweiligen gesetzgebenden Körperschaften haben demokratische, öffentliche Diskussionen voranzugehen. Die Gesamtplanung ist zu verbinden mit einem Maximum an Autonomie der Betriebe, Konzerne und an selbständigem Entscheidungsraum der Länder und Gemeinden. Ziel der sozialistischen Planung ist der Ausbau einer leistungsfähigen materiell-technischen Basis, die ein stabiles, hohes Wirtschaftswachstum, eine zunehmende Ergiebigkeit der Arbeit bei Verringerung der Belastungen ermöglicht — als Voraussetzung für eine ständige Hebung des Lebensniveaus, die Erweiterung der sozialpolitischen Errungenschaften und die Entfaltung einer neuen, des Sozialismus würdigen Lebensweise. Wesentliche Bedingung dafür ist die Verknüpfung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus.

Sie ermöglicht mit der Erhöhung der Produktivität eine fortschreitende Humanisierung der Arbeitsprozesse: die Einschränkung und schließlich die Abschaffung körperlich schwerer, gesundheitsschädigender Arbeit. Der Sozialismus braucht die fortschreitende Umgestaltung der Arbeit, braucht die Entwicklung von Qualifikationen, Kenntnissen und Fertigkeiten. Unter seinen Bedingungen erweitert Auto-

matisierung den Raum für schöpferische Tätigkeit: Menschen können Dinge für sich verrichten lassen, die sie sonst selbst tun müßten, ohne „überflüssig“, arbeitslos zu werden. In der Sozialismus erhält Arbeit einen neuen Sinn: Sie dient der Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums, nicht mehr der Bereicherung weniger. Auf dieser Grundlage kann eine neue Einstellung zur Arbeit als wichtigste Voraussetzung einer freieren Lebens entstehen.

Die sozialistische Planwirtschaft gestattet und erfordert eine grundlegende Änderung der Finanzierung: Massensteuern werden radikal verringert. Haupteinnahmequellen des Staates sind die Gewinne des sozialistischen Wirtschaftssektors.

DER STAAT DER ARBEITERMACHT

Ausschlaggebend für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft ist die Arbeitermacht, der neue Staat, ist die Verwirklichung einer qualitativ neuen, der sozialistischen Demokratie. Marx und Lenin bezeichneten diesen Staat neuen Typs wissenschaftlich als „Diktatur des Proletariats“. Sie wollten damit unterstreichen: Der Staat ist — vor Ausnahmesituationen abgesehen — ein Organ der Klassenherrschaft, wo immer und so lange es feindliche Klassen gibt. Wieviel Demokratie mit dieser Herrschaft vereinbar ist, wird in letzter Instanz davon bestimmt, welche Klasse herrscht. Im Falle der Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten bedeutet dies Demokratie für die große Mehrheit. Ist die ökonomische und politische Macht des Kapitals ungebrochen, so besteht auch seine Diktatur: in dem Sinn, daß letztes Endes das Monopolkapital seine besonderen Interessen und die des Kapitals im allgemeinen in den entscheidenden Fragen durchsetzt — mit Hilfe von Gesetzen, der Staatsmacht, der organisierten Gewalt. Der sozialistische Staat kann vom ersten Tag an den Interessen der Arbeiterklasse, der großen Mehrheit, nur gerecht werden, vermag er ihre Interessen, ihren Willen in den entscheidenden Fragen gegen damit unvereinbare Sonderinteressen, gegen Profitstreben durchzusetzen, die neuen Errungenschaften des Volkes vor äußeren und inneren Anschlägen zu schützen.

Der neue Staat braucht alle, die der Sache des Volkes dienen können. Er selbst muß mit den Organisationen des Volkes verbunden sein. Er kann niemand brauchen, der mit der alten Ausbeuterordnung verbunden ist.

Die soziale Basis des sozialistischen Staates ist breiter denn je: nämlich die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Die größte Stärke der sozialistischen Ordnung entspringt der

Bewußtheit der Massen, ihrer Fähigkeit, zu urteilen, sich an ihren Interessen zu orientieren, ihrer aktiven Mitwirkung an der Entscheidung aller Lebensfragen. Existenz und Entwicklungsbedingungen dieser Ordnung ist folglich eine unaufhörliche Kulturrevolution, um alles, was Kultur und Wissenschaft je an Fortschrittlichem, Nützlichem und Schönerem hervorgebracht haben, im buchstäblichen Sinn des Wortes zu „Volkseigentum“ zu machen.

DAS POLITISCHE SYSTEM IM SOZIALISMUS

In der sozialistischen Republik Österreich werden die höchsten Organe der Staatsmacht die gewählten Volksvertretungen sein. Sie sind direkt, gleich und geheim zu wählen. Vom formalen Charakter bürgerlicher Vertretungskörperschaften werden sie sich schon dadurch grundlegend unterscheiden, daß ihre Beschlüsse für die Wirtschaft verbindlich sind, daß sie nicht bloß gesetzgebende, sondern auch durchführende Aufgaben zu erfüllen haben. Die Abgeordneten aller Vertretungskörperschaften sollen den Wählern gegenüber rechenschaftspflichtig und auch zwischen Wahlen abberufbar sein. Die sozialistischen Körperschaften werden sich in ihrer Tätigkeit auf vielfältige Formen freiwilliger, ehrenamtlicher Mitarbeit, auf Komitees in verschiedenen Bereichen als Organe der direkten Demokratie stützen.

Auch in einer sozialistischen Republik wird es noch verschiedene Weltanschauungen geben. Schon in den großen Klassenkämpfen, die an den Sozialismus heranführen, werden sich voraussichtlich Parteien und Organisationen herausbilden, in denen nicht mehr der Einfluß des Großkapitals oder Ideologien der „Versöhnung“ mit ihm dominieren. Unter dieser Voraussetzung strebt die KPÖ einen Übergang zum Sozialismus in Form eines Mehrparteiensystems an. Dieses ist besonders wahrscheinlich, wenn der Weg zum Sozialismus über eine Etappe der antimonopolistischen Demokratie führt. Unverbrüchlicher Grundsatz der Kommunisten ist es — sowohl vor der sozialistischen Umwälzung als auch danach —, sich um Bündnisse mit allen Kräften zu bemühen, die zur Erreichung gemeinsamer Ziele beitragen wollen und können. Im Verhältnis zu Bündnispartnern — ob Parteien, Organisationen oder Strömungen — läßt sich die KPÖ von der Erkenntnis des wissenschaftlichen Kommunismus leiten: Es kommt darauf an, alle Kräfte, Gruppen, Parteien, Klassen, die innerhalb des Landes wirken, in Rechnung zu stellen und die Politik keineswegs nur aufgrund der Wünsche und

Auffassungen, des Grads der Kampfbereitschaft und des Klassenbewußtseins bloß einer Gruppe oder Partei zu bestimmen.

Die endgültige Befreiung der arbeitenden Menschen von Ausbeutung, der Aufbau des Sozialismus, bedarf einer führenden Kraft: der organisierten Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei. Die Unerläßlichkeit eines Bündnisses mit anderen Klassen und Schichten gebietet, daß diese führende Rolle in gleichberechtigter Zusammenarbeit mit anderen, auf der Grundlage einer Übereinstimmung im Wesentlichen wie der Berücksichtigung bestehender Unterschiede in Interessen und Anschauungen verwirklicht wird.

Die führende Rolle der revolutionären Partei kann nicht angeordnet werden. Sie kann allein Ergebnis der Fähigkeit sein, mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus, einer entwickelten innerparteilichen Demokratie, Einheit und Disziplin auf die jeweils gemeinsam erreichbaren Ziele zu orientieren. Sie erfordert den selbstlosen, umsichtigen, beispielhaften Einsatz für die Sache der Befreiung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, für die Wohlfahrt der neuen Gesellschaft. Sie muß also stets von neuem — mit dem Vertrauen der Massen — errungen werden.

Als umfassendste Klassenorganisationen sind einheitliche Gewerkschaften eine wichtige Kraft für die Entwicklung des Sozialismus. Durch die Überwindung des Kapitalismus, durch Errichtung einer Arbeitermacht ergeben sich für sie neue Möglichkeiten und Funktionen. Sie vertreten konsequent die Interessen ihrer Mitglieder, üben Kontrollfunktionen aus, achten auf Einhaltung aller Verträge, bekämpfen Eigenmächtigkeit, Fehlentscheidungen und bürokratisches Verhalten von Leitungen und Verwaltungen. Sie wirken für die Entfaltung der Produktion, für die Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums. Sie erziehen zu solidarischem Verhalten, zu aktiver Mitarbeit und Mitentscheidung. Der Sozialismus braucht all diese Funktionen der Gewerkschaften, um Widersprüche zwischen lang- und kurzfristigen, zwischen Gesamt- und Teilinteressen überwinden zu können. Jede Vernachlässigung einer Funktion müßte den anderen schaden.

Im politischen System des Sozialismus kommt den gewerkschaftlichen und betrieblichen Vertretungsorganen, den Verbänden der Frauen, der Jugend und anderen Massenorganisationen großes Gewicht zu, besonders bei der Entfaltung von Formen direkter Demokratie.

Im sozialistischen Staat werden die Zeitungen und Verlage in die Hände der demokratischen gesellschaftlichen Organisationen gelegt. Das öffentliche Rundfunkmonopol wird

gewährleistet. Durch Sicherung einer umfassenden wahrheitsmäßigen Information, durch Diskussion aller wichtiger Anliegen der Gesellschaft, durch Vermittlung eines humanistischen Inhalts, einer neuen Moral wird eine reale Freiheit der Meinung und Kritik gewährleistet. Abgeschafft wird die Freiheit zur gemeingefährlichen Lüge, zur Verherrlichung von Ausbeutung, Kriminalität und Militarismus, zur Verbreitung von Rassismus und nationaler Verhetzung, zur Verdummung, Verrohung, zur geistigen, moralischen und ideellen Deformierung der Menschen.

Der sozialistische Staat gewährleistet die Freiheit des Glaubens und des Gewissens, der Kirche und des Atheismus auf der Grundlage der Trennung von Kirche und Staat.

Der sozialistische Staat gewährleistet und verwirklicht grundlegende Freiheits- und Menschenrechte, die der Kapitalismus in der Phrase bejaht, aber täglich einschränkt und schuldig bleibt:

Die Gleichberechtigung der Frau im Gesetz wie im Leben.

Das Recht auf Bildung und Möglichkeiten zur Entwicklung von Talenten und Fähigkeiten für jeden Bürger.

Die uneingeschränkte Gleichberechtigung nationaler Minderheiten.

Das Recht auf menschenwürdiges Wohnen durch ein umfassendes System des sozialen Wohnbaus und der Förderung des Eigenheimbaus.

Das Recht auf Betreuung durch einen gesamtnationalen Gesundheitsdienst.

Der sozialistische Staat wird dafür Sorge tragen, daß die Natur als Quelle des Lebens, des Reichtums, der Gesundheit und der Freude erhalten bleibt.

Sozialismus ist unmöglich ohne Weiterentwicklung der Demokratie. Demokratie für das Volk und durch das Volk bedeutet Sozialismus.

Funktionen und Wesen der Kommunistischen Partei

Die KPÖ ist hervorgegangen aus dem jahrhundertelangen Kampf der österreichischen Arbeiterbewegung gegen feudale Reaktion, Habsburgerei und Kapital, gegen Imperialismus und Krieg. In ihren Reihen lebt unauslöschlich das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands, des nationalen Freiheitskampfes. Als revolutionäre, der Zukunft zugewandte Partei schöpft sie Kraft auch aus den Traditionen aller fortschrittlichen Bewegungen der Vergangenheit unseres Volkes. Sie ist stolz auf die Streiter der Bauernbewegung und die radikalen Aufklärer des 18. Jahrhunderts, auf die Barrikadenkämpfer von 1848 wie auf die Februarkämpfer von 1934, die vor dem Faschismus nicht in die Knie gingen.

Die Kommunistische Partei versteht sich als Erbe und Fortsetzer jener revolutionären Sozialdemokratie, die im Hainfelder Programm es als ihre eigentliche Aufgabe bezeichnete, „das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten“. Zwei Ereignisse bestimmten Bedingungen und Zeitpunkt der Geburt der KPÖ: Der Sieg der ersten sozialistischen Revolution in Rußland, erfochten unter einer unbeirrbareren, kampferprobten Arbeiterpartei; der Übergang der Führung der Sozialdemokratie Österreichs im ersten Weltkrieg ins Lager des Krieges und des Klassenfeindes, des „eigenen“ Kapitals.

Zum Leid der arbeitenden Menschen, zum Schaden der Nation, hat die Geschichte unseres Landes gleich mehrmals bewiesen: Auch eine große Partei kann die Arbeiterklasse nicht zum Sieg, zur Selbstbefreiung führen, wenn sie einen „Ausgleich“ sucht, wo eine Entscheidung nötig ist, mögen die Massen sich noch so selbstlos und opferbereit schlagen. Ohne starke revolutionäre Partei ist auch unter den günstigsten Bedingungen eine Umwälzung überlebter, zuweilen lebensgefährlicher Verhältnisse nicht möglich. Eine revolutionäre Partei ist, unabhängig von ihrer Größe, unersetzlich für die Arbeiterbewegung: In den Kämpfen des Tages als vorwärtstreibende, in den großen gesellschaftlichen als richtungweisende Kraft.

Die Stärkung der Kommunistischen Partei, ihre Entwicklung zur Massenpartei, ist eine Schlüsselfrage: Für den

gesellschaftlichen Fortschritt, nicht für irgendwelche „kommunistische Sonderinteressen“; für die Herausbildung einer festen Aktionseinheit der Arbeiterklasse und stabiler Bündnisse mit anderen Schichten; für eine Durchbrechung der Sozialpartnerschaft, des Systems der permanenten Packelei mit dem Kapital; für eine Freisetzung von Kräften der arbeitenden Menschen, die das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten einschneidend verändern. Sie ist unentbehrlich für

den Kampf um eine antimonopolistische Demokratie, für den Sieg des Sozialismus.

Es gibt viele Organisationen der Arbeiterklasse — Gewerkschaften, Frauen-, Jugend-, Sport- und Kulturorganisationen. Sie alle streben Teilziele an, oft nur für Teile der Klasse und beschränkt auf den Rahmen der gegebenen kapitalistischen Gesellschaft. Die KPÖ führt und verbindet den Kampf auf politischem, ökonomischem und ideologischem Gebiet, wie es die Vorherrschaft des Kapitals erfordert. Sie vertritt jeweils die Gesamtinteressen der arbeitenden Menschen. Und sie vertritt auch die zukünftigen Interessen der Gesamtbewegung, weil sie alles dem Ziel ein- und unterordnet: der Befreiung der Arbeiterklasse und mit ihr aller werktätigen Schichten.

GRUNDLAGE — DER WISSENSCHAFTLICHE SOZIALISMUS

Die gesamte Tätigkeit und die Zielsetzung der KPÖ beruhen auf dem wissenschaftlichen Sozialismus. Unvereinbar mit ihm sind kleinliche, demagogische Erwägungen, welche jede Politik charakterisieren, die sich mit der Herrschaft des Kapitals abfindet. Die Lehren von Marx, Engels, Lenin sind eine unentbehrliche Quelle der Erkenntnis der Bewegungsgesetze der Gesellschaft, der realistischen Einschätzung des Gegners, des Erfassens der eigenen Möglichkeiten, der Zuversicht. Ihre theoretischen Sätze sind verallgemeinerter Ausdruck tatsächlicher Verhältnisse im Klassenkampf. Mit den Verhältnissen müssen sie ständig weiterentwickelt werden. Ein Erfolg der Arbeitersache ist nur zu erringen, wo bestehende und neu entstehende Bedingungen des Klassenkampfes analysiert und die Ergebnisse im Klassenkampf angewendet werden.

Kommunisten prüfen den Reichtum der Erfahrungen der Völker auf seine Anwendbarkeit unter nationalen Bedingungen und verwerten ihn. Die revolutionäre Arbeiterbewegung braucht das Aufdecken der wichtigsten Wahrheiten, wo andere ein Zudecken nötig haben. Um sich zu festigen und zu entwickeln, braucht sie den Meinungsstreit: Gegen den

rechten Opportunismus, der nie um einen Grund verlegt Bedingungen. Ihr Kern ist der demokratische Zentralismus, war, sich mit der Kapitalherrschaft zu versöhnen, wie gegedder erstmals von Marx und Engels entwickelt und in der Anarchismus, „linken Opportunismus“, die den Kampf für Praxis vertreten wurde. Er verbindet breiteste innerparteiliche Tagesinteressen, für Reformen verschmähen, die vergesse che Demokratie mit der zentralisierten Einheit des Handelns, daß nicht „Eliten“, nicht Vorsätze die Geschichte mache die gegen einen hochorganisierten Gegner unentbehrlich ist. sondern die Massen. Erst die Verbindung wissenschaftliche Der demokratische Zentralismus gründet sich: auf das Recht Erkenntnisse mit der Arbeiterbewegung hat den wissen aller Mitglieder, an Erörterung und Erarbeitung der Politikschaftlichen Sozialismus ergeben und erst die Verbindung der Partei mitzuwirken; auf das Recht zur geheimen Wahl mit der Wissenschaft die moderne Arbeiterbewegung. Dies aller Leitungen von unten nach oben; auf die Rechenschaftsenge Verbindung ist kein einmaliger Akt. Sie muß immer pflicht aller gewählten Organe und aller Organisationen an wieder vollzogen werden. Unabdingbar dafür ist die in de übergeordnete Leitungen und der Leitungen gegenüber den Arbeiterklasse verwurzelte, revolutionäre Partei.

SOZIALISTISCHES BEWUSSTSEIN VERBREITEN

Kommunisten halten es mit Marx, Engels und Lenin Überall heben sie die Eigentums- und Machtverhältnisse auf der einen Seite, die Masseninitiative auf der anderen als das letzten Endes Ausschlaggebende hervor. Im Sinne des Hauptfeldes Programms treten sie „jeder Verdunkelung und Verhüllung des Klassengegensatzes“ energisch entgegen. All eine ihrer wichtigsten Aufgaben verstehen sie die allseitige Enthüllung: die beharrliche und geduldige Darlegung der wichtigsten gesellschaftlichen Zusammenhänge, anknüpfend an konkrete Situationen und Erfahrungen. Jahrzehntelang Predigten der „Sozialpartnerschaft“ über eine „Versöhnbarkeit aller Interessen zum Vorteil aller“ machen diese Aufklärung nötiger denn je.

Kommunisten halten es für ihre ureigenste Pflicht, der Arbeiterklasse und allen Opfern des staatsmonopolistischen Systems die Gemeinsamkeit wichtiger Interessen bei allen Unterschieden, ihren unversöhnlichen Gegensatz zum Macht- und Profitstreben des Großkapitals bewußt zu machen. Die Kommunistische Partei ist eine Kampfgemeinschaft, nicht eine Gruppe von Aufklärern. Deshalb beherzigt sie stets: Unentbehrlich ist die Selbsttätigkeit der Massen, die Aktion, in der viele erst anhand ihrer eigenen Erfahrungen empfänglich für Aufklärung werden. Um für den Sozialismus siegen zu können, ist es nötig, alle Formen der Arbeit und des Kampfes zu meistern.

INNERPARTEILICHE DEMOKRATIE

Aufbau und Arbeitsweise der Kommunistischen Partei als freiwillige Kampfgemeinschaft werden nach selbst bestimmten Normen geregelt. Diese sind die Summe der Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung unter verschiedensten

Mitgliedern und Organisationen. Beschlüsse werden nach demokratischer Diskussion mit Mehrheit gefaßt. Die Mitglieder verpflichten sich, diese Beschlüsse zu vertreten und durchzuführen.

Beschlüsse übergeordneter Organe sind für alle Organe und Mitglieder verbindlich. Höchstes Organ ist der Parteitag, zwischen den Parteitagen das von ihm gewählte Zentralkomitee. Pflicht aller Leitungen und Mitglieder ist es, auf maximale Einhaltung der Normen zu achten. Fraktionsbildungen sind unvereinbar mit Einheit des Handelns und diesen Normen.

Die Geschichte der KPÖ wie der gesamten Arbeiterbewegung bestätigt: Die Partei kann die schwierigsten Situationen nur meistern, wenn ihre Einheit erhalten bleibt. Rückschläge für die Partei und schwerer Schaden für die gesamte Arbeiterklasse waren die Folge, wo die Einheit des Willens und des Handelns verloren ging, wo die Normen des Parteilebens gröblich verletzt wurden.

Kommunisten fühlen sich verantwortlich dafür, daß Kollektivität und persönliche Verantwortung, Offenheit in der Meinungsbildung und Disziplin bei der Durchführung von Beschlüssen das Parteileben kennzeichnen. Sie bemühen sich um Kameradschaft, gegenseitige Hilfe und Solidarität. Durch Kritik und Selbstkritik helfen sie Mängel und Fehler in der Arbeit und politischen Orientierung zu überwinden. Kommunisten sind bestrebt, neben ihrer aktiven Tätigkeit im Sinne der Partei ihr marxistisches Wissen zu erweitern.

Die Mitglieder aller Leitungen, insbesondere die führenden Genossen an der Spitze der Partei, sollen Vorbilder in der Durchsetzung dieser kommunistischen Prinzipien im Parteileben und in ihrem persönlichen Auftreten sein.

DIE GRUNDORGANISATIONEN DER PARTEI

Die Partei braucht die Mitgestaltung und Umsetzung der Politik durch die Grundorganisationen (Betriebs- und Wohn-

organisationen). Deren Tätigkeit entscheidet weitgehend über Kampf- und Ausstrahlungskraft der Partei. Diese können jeweils nur so stark sein, wie die Vielzahl von Organisationen, wie deren Tätigkeiten und Verbindungen nach außen, wie die Vielfalt von Erfahrungen, die dadurch erfaßt werden.

In der Grundorganisation hat jeder Kommunist die Möglichkeit, sowohl zur Linie der Partei Stellung zu nehmen als auch an ihrer Konkretisierung mitzuarbeiten, Vorschläge einzubringen und Kritik zu üben. In der Grundorganisation kann jeder Kommunist politische Erfahrung sammeln und auswerten, Antworten auf seine Fragen finden. In der Grundorganisation kann jeder Kommunist zur Umsetzung der Parteibeschlüsse und durch die Stärkung der Organisation zur Stärkung der Gesamtpartei beitragen.

ALS KOMMUNIST WIRKEN

Kommunisten unterscheiden sich von anderen Arbeitern — wie Marx und Engels im „Manifest“ feststellten — nur durch die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Ergebnisse der gesellschaftlichen Entwicklung. Darauf beruhen Ideenreichtum, Initiative und Optimismus von Kommunisten. Das befähigt sie, auf verschiedenen Entwicklungsstufen die Interessen der Gesamtbewegung und deren Zukunft zu vertreten. Als Teil der Arbeiterklasse unter Bedingungen des Kapitalismus sind auch sie nicht frei von Auswirkungen dieser Gesellschaft. Weil Kommunisten diese Ausbeuterordnung überwinden wollen, stellen sie hohe politische und moralische Anforderungen an sich selber.

Wo immer arbeitende Menschen sich zur Wahrnehmung ihrer Interessen zusammenfinden, dort wirken Kommunisten. Ob im Betrieb, im Wohngebiet, in Körperschaften — überall handeln Kommunisten als umsichtige, unbestechliche Verfechter der Sache der arbeitenden Menschen. Ihre Aufmerksamkeit gilt allem, was die Massen bewegt. Nach Kräften unterstützen und fördern sie solidarische Handlungs- und Denkweisen, die Völkerfreundschaft. Sie suchen das politische Gespräch, um aufzuklären, um Zusammenhänge in der Gesellschaft klarzulegen. Sie benutzen jede Gelegenheit, um zu beweisen, daß es nützt, sich zu rühren, um die Notwendigkeit des Sozialismus und seine Vorzüge darzulegen. Die Änderung der Welt verlangt, daß auch die Kommunisten sich ändern, ihre Persönlichkeit entwickeln und durch ihr persönliches Beispiel der Arbeitersache dienen.

EINE INTERNATIONALISTISCHE PARTEI

Auf allen Kontinenten, in mehr als hundert Ländern, unter mannigfaltigsten Bedingungen, bestehen revolutionäre Parteien, die sich vom wissenschaftlichen Sozialismus leiten lassen. Ihre Entstehung und ihr Wachstum bestätigen: Die Sache der arbeitenden Menschen braucht diese revolutionären Parteien. Sie sind durch nichts zu ersetzen. Eine solche Partei ist in unserem Land die KPÖ. Als nationale Kraft ist sie zugleich Teil der weltumfassenden kommunistischen Bewegung. Längst ist diese ihren Anfängen entwachsen. Verschiedenheit der Kampfbedingungen und Breite der Bewegung sind unvereinbar mit irgendeinem „leitenden Zentrum“. Jede Kommunistische Partei bestimmt selbständig ihre Politik — im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse des eigenen Landes, gegenüber der Nation, wie gegenüber der internationalen Bewegung, mit der sie Gemeinsamkeit des Ziels und der Weltanschauung verbindet.

Internationalisierung ist — wenn auch dem Inhalt nach im Kapitalismus und Sozialismus wesensverschieden — ein Grundzug der Welt von heute. Ihre bedrohlichste Verkörperung sind die Kapitalmonstren, die „multinationalen Konzerne“, die über Grenzen hinweg agieren und sich über nationale Interessen hinwegsetzen, wo immer sie können. Die positive Seite der Internationalisierung äußert sich auch darin: Internationalistische Haltungen sind heute nicht nur in der Arbeiterbewegung anzutreffen, sondern auch bei Friedensanhängern, bei antifaschistischen, antiimperialistischen Kräften. Um so mehr trachtet die internationale Reaktion, diese Einheit zu schwächen, indem sie jede Tendenz zu engstirnigem Nationalismus, zu Eigenbrötelei und Selbstgenügsamkeit ausnützt.

Je breiter die Bündnisse in einem Land, desto wichtiger ist die Selbständigkeit der Arbeiterklasse und der revolutionären Partei. Je breiter die internationalen Bündnisse gegen die Reaktion, desto wichtiger ist der proletarische Internationalismus. Innerer und internationaler Klassenkampf bilden eine immer engere Einheit. Für konsequente Verfolgung nationaler Interessen ist Internationalismus unabdingbar. Internationalismus verlangt seinerseits die größten Bemühungen zur Stärkung der Kräfte des Sozialismus, des Friedens im nationalen Rahmen.

Wichtigster Faktor für die Erhaltung des Weltfriedens, für das Voranschreiten des weltrevolutionären Prozesses ist die internationalistische Politik der Sowjetunion, ihre Stärke. Der hemmungslose Antisowjetismus der Reaktion zielt noch weit mehr auf Entsolidarisierung und Isolierung der fort-

schrittlichen Kräfte in der Welt als auf die Sowjetunion selber. Die feste Verbundenheit mit der Sowjetunion liegt deshalb im Interesse aller fortschrittlichen Kräfte in der Welt. Für Kommunisten ist sie eine Selbstverständlichkeit. Die KPÖ bemüht sich um eine Vertiefung ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu den Bruderparteien der sozialistischen Staatengemeinschaft. Sie wirkt für eine Erweiterung der brüderlichen Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien. Sie übt aktive Solidarität mit allen antiimperialistischen Bewegungen. Die KPÖ trägt nach Kräften dazu bei, die Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zu festigen.

Die KPÖ besteht nicht um ihrer selbst willen. Sie entstand, weil die Arbeiterklasse sie unbedingt brauchte. Sie ist notwendiger denn je: für Österreichs Volk, für Österreichs Arbeiterklasse.

Das Manifest der Kommunistischen Partei beginnt mit den Sätzen: „Ein Gespenst geht um in Europa. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet.“ Weder Hetze noch Lüge noch Unterdrückung konnten verhindern, daß aus dem „Gespenst“ die Wirklichkeit einer neuen Gesellschaftsordnung in einer Hälfte Europas geworden ist, daß sie auf weiteren Kontinenten Fuß gefaßt hat. Nichts wird verhindern können, daß die menschlichste Sache, die der Kommunisten, weitere Siege erringt.

Forderungs- und Aktionsprogramm

Das Ziel der revolutionären Änderung der Gesellschaftsordnung ist für Kommunisten untrennbar verbunden mit dem aktuellen Kampf für die Rechte der arbeitenden Menschen, für Verbesserungen auf allen Lebensgebieten. Unter dem Druck der revolutionären Arbeiterbewegung und angesichts des Bestehens und der Errungenschaften sozialistischer Staaten ist der Spielraum für die Erringung humanerer Lebensbedingungen auch unter den Gegebenheiten der Kapitalherrschaft größer geworden.

Wesentliche Menschenrechte auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet wurden unter Druck der sozialistischen Staaten und der veränderten Kräfteverhältnisse in den UNO-Konventionen (UNO-Menschenrechtspakte von 1966) als verbindliche Norm auch für kapitalistische Länder beschlossen. Der Kampf um ihre verfassungsmäßige Verankerung und die reale Sicherung ihrer Verwirklichung auf allen Gebieten, auch in Österreich, fällt für uns zusammen mit der Vertretung alter Forderungen der Arbeiterbewegung. Dort, wo Durchsetzung und Sicherung dieser Rechte an die Grenzen der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse stößt, soll es den Betroffenen die Notwendigkeit bewußt machen, diese Grenze zu sprengen. Aktionen und Kämpfe um die hier angeführten Forderungen bestimmen die unmittelbar bevorstehende Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie sind notwendig, um gleichzeitig an den Übergang zur antimonopolistischen Demokratie heranzuführen.

Der Kampf für soziale und demokratische Reformen ist so wichtiger Teil unseres Kampfes für eine sozialistische Zukunft Österreichs.

FÜR DAS MENSCHENRECHT AUF EIN LEBEN IN FRIEDEN

1. Das Recht auf Leben ist das wichtigste aller Menschenrechte. Nur der gemeinsame Kampf aller, die ein neuer Krieg bedroht, gegen jene, die an Rüstung und Krieg profitieren, kann das Menschenrecht auf Leben sichern.

1.1. Die Herstellung von Massenvernichtungswaffen mit immer größerer Zerstörungskraft ist zu einer tödlichen

Bedrohung der Menschheit geworden. Sie bedrohen all das, was der Mensch in seiner Heimat liebt, seine Familie, sein Heim, seine Umwelt. Die in den Arsenalen lagernden Kernwaffen würden jetzt schon ausreichen, jeden einzelnen Bewohner der Erde viele Male zu töten. Dabei werden unter Einsatz eines großen Teils der menschlichen Erfindungskraft ständig neue und stärkere Waffen entwickelt, wird ein immer größerer Teil der staatlichen Budgets für die Rüstung aufgewendet. Die imperialistischen Mächte, voran die USA, verkünden die Entwicklung neuer Waffensysteme. Sie zwingen so, wie schon mehrmals in den letzten Jahrzehnten, auch die sozialistischen Staaten, solche Waffensysteme zu entwickeln.

1.1.1. Die KPÖ unterstützt alle Kräfte, die gegen diesen Rüstungswahnsinn kämpfen. Um die Entspannung zu sichern und unumkehrbar zu machen, fordert sie insbesondere

- ein Verbot aller Atomwaffen, ihrer Erprobung und Erzeugung und die schrittweise Vernichtung aller vorhandenen derartigen Waffen;
- das Verbot der Erzeugung aller Massenvernichtungswaffen und der Entwicklung derartiger neuer Waffensysteme;
- die schrittweise Reduzierung der konventionellen Rüstung, die Senkung der Rüstungsaufwendungen gleichmäßig in allen Staaten und die Verwendung der so frei werdenden Mittel und Produktivkräfte für verstärkte Hilfe an Entwicklungsländer, für Umweltsicherung und soziale Zwecke.

1.1.2. Mit besonderer Sorge erfüllen uns die Versuche, durch die Anhäufung immer neuer Kernraketenwaffengenerationen in Europa, durch die von der NATO durchgesetzte langfristige Erhöhung der Rüstungsausgaben auch der europäischen NATO-Staaten, den Entspannungsprozeß in Europa rückgängig zu machen. Von Europa haben in den letzten zwei Generationen zwei verheerende Weltkriege ihren Ausgang genommen. Ein neuer Weltkrieg hätte vor allem für Europa vernichtende Folgen. Die Erhaltung des Friedens ist daher besonders für Europa eine Frage auf Leben und Tod. Die KPÖ fordert daher:

- Der in Helsinki erreichte Fortschritt der Entspannung in Europa muß durch konkrete Abrüstungsschritte gefestigt und untermauert werden;
- insbesondere müssen raschest Verhandlungen aufgenommen werden, um jede Stationierung neuer Kernraketen Generationen zu verhindern, und die Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Abrüstungsschritte mit mehr Nachdruck geführt werden;
- die Verstärkung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und auf allen anderen Gebieten zwischen allen Staaten

Europas, um so der Entspannung in Europa einen realen Inhalt und ein festeres Fundament zu geben.

1.2. Die immerwährende Neutralität Österreichs kann und muß ein wichtiger Faktor im Ringen der Menschen um die Erhaltung des Friedens sein. Die Anhäufung von immer mehr Kernwaffen, die Stationierung immer neuer Generationen zerstörerischer Atomraketen in der Nähe unserer Grenzen bedrohen unmittelbar auch das Leben in Österreich. Für Atomraketen, für die radioaktive Verseuchung durch einen Atomkrieg gibt es weder Landesgrenzen noch Schutz durch Neutralität. Die Politik der österreichischen Bundesregierung trägt dem nur teilweise Rechnung. ÖVP und FPÖ drängen mehr und mehr auf offene Unterordnung der österreichischen Politik unter die NATO-Bedürfnisse, unter die Wünsche der reaktionärsten Kräfte des amerikanischen und bundesdeutschen Imperialismus.

1.2.1. Die KPÖ fordert die strikte Einhaltung des Verfassungsgesetzes über die immerwährende Neutralität und die Führung einer aktiven Neutralitätspolitik durch die Bundesregierung. Dies liegt im Interesse der Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs und verpflichtet die österreichische Regierung, zur Festigung der internationalen Entspannung, zu konkreten Abrüstungsschritten beizutragen.

Die österreichische Außenpolitik muß der Festigung der Neutralität dienen. Verlust der wirtschaftlichen und nachfolgend der politischen Unabhängigkeit war schon in den zwanziger und dreißiger Jahren Vorspiel für die Umwandlung Österreichs in eine Bastion der Aggression des Hitlerfaschismus gegen Osteuropa. Die KPÖ fordert daher:

- Zurückdrängung des Einflusses der multinationalen Konzerne, der EG und anderer imperialistischer Organe auf Österreichs Wirtschaft und Politik;
- Austritt aus allen die nationalstaatliche Entscheidungsfreiheit beschränkenden Zusammenschlüssen.
- Um dem gegenwärtigen Übergewicht des Einflusses der imperialistischen Staaten und ihrer Großkonzerne entgegenzuwirken, müssen die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen, besonders zu den sozialistischen und den fortschrittlichen Entwicklungsländern, ausgebaut werden.

1.3. Zu den grundlegenden Menschenrechten gehört das Verbot von Kriegspropaganda und Aufhetzung zu nationalem, rassistischem oder religiösem Haß. Das wird selbst in dem UNO-Menschenrechtspakt festgehalten. Die Haßpropaganda, die Unterstützung der psychologischen Kriegführung reaktionärer imperialistischer Kräfte gegen die sozialistischen Länder, wie sie von österreichischen Politikern und

auch Massenmedien (einschließlich des ORF) immer wieder geführt wird, widerspricht dem Status der immerwährenden Neutralität und ist gegen die Menschenrechte gerichtet.

1.3.1. Die KPÖ fordert von der Regierung, von ihren Ministern und von dem der Republik Österreich gehörenden ORF eine Haltung, die diesen Menschenrechten entspricht. Die verlogenen Hetzkampagnen gegen die sozialistischen Länder, die geringschätzig Haltung gegenüber Entwicklungsländern und ihren Angehörigen, die Heroisierung jeder zwielichtigen Figur, die ein sozialistisches Land verläßt, bei entwürdigender Behandlung wirklich politischer Flüchtlinge, muß beendet werden.

1.3.2. Die KPÖ fordert von der österreichischen Bundesregierung in ihrer Außenpolitik und besonders in der UNO:

- Außenpolitische Solidarität mit jenen Ländern, die ihre Unabhängigkeit gegen neokolonialistische Bestrebungen festigen und ausbauen wollen;
- Unterstützung ihrer Initiativen zugunsten einer freien Entwicklung der jetzt unterentwickelten Länder;
- Unterstützung der nationaldemokratischen Freiheitsbewegungen;
- Verstärkung der Entwicklungshilfe, die über karitative Aktionen hinaus wirklich Hilfe zur selbständigen Entwicklung einer den Erfordernissen der Bevölkerung dieser Länder dienenden Wirtschaftsstruktur sein muß.

Die gesamte österreichische Wirtschaftspolitik, besonders die des öffentlichen Sektors, muß diese Ziele berücksichtigen.

FÜR DAS RECHT AUF ARBEIT

2. In der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs sind in den letzten Jahrzehnten Erfolge zu verzeichnen. Die sozialen Errungenschaften sind bedeutend. Aber auch in Österreich treten die dem Kapitalismus eigenen Widersprüche immer deutlicher hervor.

2.1. Alle Menschen haben das Recht auf Arbeit entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen. Das ist eine zentrale Bestimmung auch des UNO-Menschenrechtspakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit ist Voraussetzung für Sicherheit und freie Entfaltung der Persönlichkeit. Aber für den Kapitalismus ist die Unsicherheit der Arbeitsplätze kennzeichnend. Infolge objektiv und auch subjektiv günstigerer Bedingungen gab es in Österreich in den siebziger Jahren keine Massenarbeitslosigkeit. Aber auch in Österreich nimmt die Unsicherheit zu.

Die KPÖ fordert daher eine grundlegende Änderung der Wirtschaftspolitik. Für diese müssen die wesentlichen Menschenrechte und Bedürfnisse der arbeitenden Menschen und die Stärkung der Souveränität des neutralen Österreich maßgebend sein, die nur in ständigem Kampf gegen die Profit- und Machtwünsche des in- und ausländischen Großkapitals durchgesetzt werden können.

2.1.1. Die Sicherung der Arbeitsplätze, der freien Wahl des Berufes, die Schaffung der dazu erforderlichen Zahl neuer Dauerarbeitsplätze ist unter kapitalistischen Bedingungen ein Hauptfeld des Klassenkampfes zwischen Arbeit und Kapital. Dies erfordert, daß gegen die alleinige Entscheidungsgewalt des Kapitals, die Kontrolle und Mitbestimmung der Arbeiterklasse in Betrieb, Industrie und der gesamten Wirtschaft durchgesetzt wird. Hier kann die österreichische Arbeiterklasse desto mehr Erfolge erreichen, je klarer sie die derzeitige Funktion des Staates, der Regierung und des Parlaments sowie der Sozialpartnerschaftsgremien im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus durchschaut und den Kampf gegen deren undemokratische Wirtschafts- und Investitionspolitik, gegen deren unsoziale Umverteilungspolitik aufnimmt und verstärkt.

2.1.2. Der wirtschaftliche Sektor im Eigentum von Bund, Ländern, Gemeinden und Genossenschaften, dessen positive Möglichkeiten in den Krisenjahren deutlich sichtbar wurden, muß geschützt, ausgebaut, ausgeweitet und demokratisiert werden. Durch gemeinsamen Kampf der Werktätigen muß dieser Sektor gegen die Einflußnahme des in- und ausländischen Großkapitals, der EG (Europäische Gemeinschaft) und der IEA (Internationale Energie-Agentur) verteidigt und für mehr wirtschaftliche, soziale und demokratische Sicherheit genützt werden. Neue wirtschaftliche Großprojekte zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sind in erster Linie im Rahmen des öffentlichen Eigentumssektors zu errichten.

● Vorrangig muß die verstaatlichte Industrie unter den Gesichtspunkten der Erhaltung bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze, der Sicherung der vorhandenen Standorte und der Förderung benachteiligter Regionen ausgebaut werden. Dazu gehören die weitere Modernisierung der Hütten, der Ausbau neuer Elektrolysen, die beschleunigte Erweiterung bestehender und die Schaffung neuer Finalindustrien und Produktionen.

● Marktbeherrschende Unternehmungen des in- und ausländischen Großkapitals, alle privaten Großbanken und Versicherungsgesellschaften, die Konzernbetriebe der multinationalen Konzerne sind zu verstaatlichen; die gegenwärtig den Konzernbereichen der verstaatlichten Großbanken ange-

hörenden Betriebe sind branchenweise in die ÖIAG einzugliedern.

- Die ÖIAG muß einer verstärkten parlamentarischen Kontrolle unterstellt, die verstaatlichte Industrie verfassungsmäßig abgesichert werden. Der Bund muß zur Sicherung der Kapitalbasis der verstaatlichten Industrie verpflichtet werden.

- Hauptfunktion der verstaatlichten Banken muß ihre Rolle als Finanzierungsinstrument für den öffentlichen Sektor und die Bedürfnisse der Gebietskörperschaften sein. Erfordernisse der österreichischen Wirtschaftspolitik müssen für sie absoluten Vorrang haben vor spekulativen Auslandsbeteiligungen, Kapitalexport und Bankenprofit.

- Notwendige Wirtschaftskooperationen mit dem Auslandskapital dürfen zu keiner Auslieferung verstaatlichten Eigentums an das Auslandskapital und zu keiner Entqualifizierung österreichischer Arbeitsplätze führen.

- Besonders im öffentlichen Sektor müssen Mitbestimmung und Kontrolle der Arbeiter und Angestellten auf die Unternehmens- und Wirtschaftsführung verstärkt werden.

GEGEN DIE KAPITALISTISCHE ENERGIEKRISE

2.1.3. Zum Schutz Österreichs vor der anhaltenden kapitalistischen Energiekrise fordert die KPÖ:

- Vorrangig Ausbau und Nutzung aller heimischen Energiequellen wie Wasserkraft, Kohle, Erdöl und Erdgas, aber auch Nutzung solcher Energiereserven wie Holz, andere Biomassen und Sonnenenergie für regionale Versorgung sowie langfristig auch der Kernenergie.

- Schaffung einer einheitlichen gesamtstaatlichen österreichischen Elektrizitätswirtschaft, Schaffung eines Erdöl- und Erdgasproduktions-, Import-, Verarbeitungs- und Verteilungsmonopols durch die ÖMV durch Verstaatlichung der Tochterfirmen der ausländischen Erdölkonzerne in Österreich und Lösung der Pipeline-Verträge.

- Austritt aus der imperialistischen Energieagentur.

Verstärkte Orientierung auf Energiekooperation mit den sozialistischen Ländern durch Ausbau der Energieimporte auf der Basis langfristiger Verträge sowie verstärkte Zusammenarbeit mit antiimperialistischen Entwicklungsländern.

Bei allen bestehenden und neu zu schaffenden Kraftwerken und Energieanlagen müssen Umwelt und Bevölkerung durch Einbau der modernsten Technologie weitestmöglich geschützt werden. Die KPÖ ist grundsätzlich für friedliche Nutzung der Kernenergie. Sie macht ihre Haltung zum

Einsatz dieser Energieform in Österreich aber von der Lösung aller Fragen der Sicherheit, insbesondere der Lösung der Endlagerung des Atommülls, sowie von der Schaffung einer öffentlichen demokratischen Kontrollmöglichkeit, vor allem durch die Gemeinden, abhängig.

FÜR EINE ÖSTERREICHISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

2.1.4. Bis zur Durchsetzung von deren Verstaatlichung fordert die KPÖ die Zurückdrängung und Ausschaltung des Einflusses multinationaler Konzerne auf die österreichische Wirtschaft sowie die Loslösung Österreichs vom Einfluß der EG und anderer imperialistischer Wirtschafts- und politischer Vereinigungen. Sie fordert insbesondere:

- Lösung aller österreichische Exporte diskriminierenden Verträge mit der EG, wobei die von der EG geübte Praxis indirekter (nicht tarifarischer) Beschränkungen österreichischer Importe in jedem Fall mit wirksamen gleichartigen Gegenmaßnahmen zu beantworten ist;

- zum Abbau des gefährlichen Handelsdefizits gegenüber der EG — Errichtung neuer Verarbeitungsindustrien zur Produktion bisher importierter Waren;

- die Verpflichtung, daß alle Materialien für öffentliche Vorhaben — sofern technisch möglich — von heimischen Industrien zu beziehen sind;

- alle österreichischen Rohstofflagerstätten sind dem Auslandskapital zu entziehen;

- Beseitigung aller Begünstigungen für importierte Waren auf dem österreichischen Markt, vor allem durch strikte Einhaltung aller für österreichische Waren geltenden Sicherheits-, Qualitäts- und anderen Bestimmungen auch für importierte Waren;

- verschärfte Bestimmungen und deren konsequente Anwendung gegen ausländische Grund- und Betriebsankäufe in Österreich;

- Verhinderung des Gewinntransfers und der Steuerhinterziehung durch die Tochterfirmen der multinationalen Konzerne in Österreich;

- Schluß mit den Subventionen an multinationale Konzerne und dem Gewinntransfer von verstaatlichten Betrieben an diese Konzerne;

- als Gegengewicht gegen den Einfluß des Auslandskapitals auf die österreichische Wirtschaftspolitik, zum Abbau des gefährlichen Außenhandelsdefizits und zur langfristigen Sicherung österreichischer Arbeitsplätze fordert die KPÖ den weiteren verstärkten Ausbau der Handels- und Koopera-

tionsbeziehungen mit den sozialistischen und fortschrittlichen Entwicklungsländern. Die Beseitigung aller noch bestehenden wirtschaftlichen Diskriminierungen gegenüber diesen Ländern ist dafür Voraussetzung und entspricht daher den Interessen Österreichs. Verstärkte wirtschaftliche Kooperation mit den sozialistischen Ländern ist gleichzeitig eine Untermauerung und Festigung der Entspannungspolitik.

Entschieden lehnt die KPÖ eine Orientierung der österreichischen Wirtschaftspolitik auf verstärkte Rüstungsproduktionen und Rüstungsexporte ab. Rüstungsindustrie bietet keinen Ausweg aus der Krise. Die Verstärkung des Rüstungssektors widerspricht der Neutralität und verhindert eine größere Rolle Österreichs im Kampf um Abrüstung und Entspannung.

Die KPÖ fordert das Verbot von Rüstungsexporten in Länder mit faschistischen Regimes, eine Beschränkung der Rüstungsproduktion und öffentliche Kontrolle über sie. In Verbindung mit dem Ausbau der Finalindustrie in der verstaatlichten Industrie und der Entwicklung von Alternativproduktionen zur Rüstungsindustrie ist diese schrittweise abzubauen.

2.1.5. Unter dem Druck der krisenbedingten Arbeitsplatzangst nützt das Kapital die Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur verstärkten Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen. Gleichzeitig wird der physische und psychische Leistungsdruck auf die Arbeitenden ständig verstärkt. Die KPÖ fordert verstärkte Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Verwirklichung der Menschenrechte auf gerechte und humane Arbeitsbedingungen. Dazu sind koordinierte Entwicklungsprogramme unter demokratischer Kontrolle für die wichtigsten Wirtschaftszweige und Branchen, besonders des öffentlichen Sektors, aber auch unter demokratischer Mitberücksichtigung der Klein- und Mittelbetriebe erforderlich. Das hohe Niveau österreichischer Facharbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler und die Neutralität Österreichs müssen für die Ansiedlung internationaler Forschungsprojekte in Österreich genützt werden, die heute nur durch internationale Arbeitsteilung bewältigt werden können. Gleichzeitig fordert die KPÖ eine grundlegende Änderung der Forschungspolitik:

- Die staatlichen Mittel für Forschung müssen wesentlich vergrößert und auf den öffentlichen Sektor konzentriert werden;
- Schaffung öffentlicher Kontrollmöglichkeiten über die bestehenden Forschungsfonds;
- forschungs- und entwicklungsbezogene Auflagen an die

Tochterfirmen multinationaler Konzerne zur Sicherung der österreichischen Interessen;

- die Umsetzung neuester Forschungsergebnisse in die Produktion darf nicht den Profitinteressen, sondern muß den Menschen dienen.

2.1.6. Entsprechend seiner wachsenden Bedeutung muß der Infrastrukturbereich ausgebaut werden, um damit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Einführung der neuesten Technologie muß zur Verbesserung des Leistungsangebots und nicht zum ersatzlosen Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen dienen. Die KPÖ fordert insbesondere ein umfassendes Verkehrskonzept. Mit Verlagerung des Vorrangs auf den öffentlichen Verkehr müssen insbesondere die ÖBB ausgebaut und modernisiert werden. In den Ballungszentren sind die Massenverkehrsmittel auszubauen, attraktiver und billiger zu machen. Das gleiche gilt für die Dienstleistungen von Post, Telegraph und Telephon. Der weitere Ausbau des Straßennetzes muß in Abstimmung mit den anderen Verkehrsträgern fortgesetzt werden.

Angesichts der zentraleuropäischen Lage Österreichs und im Interesse verstärkter Kooperation mit den sozialistischen Ländern ist anstelle der jetzigen Unterordnung unter EG-Interessen die Einbeziehung Österreichs in ein gesamteuropäisches Verkehrs- und Transportkonzept mit entsprechender Abstimmung zwischen Schienen-, Straßen-, Wasser- und Luftverkehr besonders wichtig.

Wo Straßen und Autobahnen in Österreich überwiegend zum Nutzen anderer Staaten, vor allem der EG-Länder gebaut werden, sind diese Staaten nicht nur zur Finanzierung der Straßen, sondern auch zur Finanzierung von Umweltschutzanlagen und zur Sanierung bereits eingetretener Schäden zu verpflichten.

Angesichts der Bedeutung des Infrastrukturbereiches für die Versorgung der Bevölkerung und der hier vergebenen großen öffentlichen Aufträge vor allem für die Bau- und Baunebenwirtschaft sowie die Elektro- und elektronische Industrie usw., muß die öffentliche Kontrolle über die zweckmäßige und korrekte Verwendung der dafür ausgegebenen Mittel bedeutend verstärkt werden.

2.1.7. Für die klaglose und allseitige Versorgung der Bevölkerung, für die Aufnahme jener zahlreichen Gäste, die in der landschaftlichen Schönheit Österreichs Erholung suchen, sind auf vielen Produktions- und Dienstleistungsgebieten zehntausende Klein- und Mittelbetriebe tätig, die mehr und mehr unter dem Druck des in- und ausländischen Großkapitals und seiner staatsmonopolistischen Maßnahmen geraten.

Die KPÖ tritt für die Sicherung und Förderung dieser Klein- und Mittelbetriebe ein. Sie fordert soziale Impulse in der Bauwirtschaft und im gewerblichen Dienstleistungs- und Zulieferbereich durch ein Infrastrukturprogramm. Dazu gehören regionale Entwicklungskonzepte für wirtschaftlich benachteiligte Randgebiete, in denen lebensfähige Klein- und Mittelbetriebe oft die einzige Beschäftigungsmöglichkeit für Nebenerwerbsbauern und für die Landjugend sichern können, die sonst die zusätzliche Belastung als Pendler auf sich nehmen oder ihre engere Heimat verlassen müssen.

Die KPÖ tritt für freiwillige selbständige überbetriebliche und genossenschaftliche Zusammenschlüsse und Zusammenarbeit solcher Klein- und Mittelbetriebe mit kommunalen, genossenschaftlichen und verstaatlichten Unternehmen, die Entwicklung „intelligenter“ Produktionen mit besonderem Zuschnitt auf Klein- und Mittelbetriebe, systematische Einbeziehung solcher Betriebe als Zulieferungs- und Kooperationspartner auch bei Wirtschaftsabkommen mit sozialistischen Ländern ein.

2.1.8. Die Konsumgenossenschaften (Konsum Österreich) sind heute der größte Handelsbetrieb Österreichs und ein großer Nahrungsmittelproduzent. Dieser Sektor könnte eine bedeutende Rolle in einer antimonopolistischen Handels-, Industrie- und Agrarpolitik spielen, wenn er den ursprünglichen Grundsätzen der Arbeiterbewegung verpflichtet wäre. Im Sinne einer Rückkehr zu einem demokratischen Konsumgenossenschaftswesen fordert die KPÖ:

- Echte Kontrolle und Mitbestimmung der Mitglieder in der Geschäftspolitik.
- Einsatz der Macht des Konsums zur Preisdämpfung und zur Sicherung der Nahversorgung.
- Zusammenarbeit mit der verstaatlichten Industrie, den agrarischen Genossenschaften und den österreichischen Klein- und Mittelbetrieben zur Zurückdrängung der Multis aus der österreichischen Nahrungsmittelindustrie und zur Förderung der Inlandsproduktion zur Verbesserung der Handelsbilanz.

FÜR EINE ANTIMONOPOLISTISCHE AGRARPOLITIK

2.1.9. Gegen die immer stärkere Abhängigkeit der bäuerlichen Familien von den den Zwischenhandel, das Genossenschaftswesen, die Verarbeitung und die Agrarpolitik beherrschenden Großagrariern und Agrarmonopolen, gegen den damit verbundenen weitgehenden Verlust der bäuerlichen

Selbständigkeit, gegen den Zwang für immer mehr bäuerliche Familien, ihre Existenz nur von landwirtschaftlichem Nebenerwerb zu erhalten, gegen die wachsende Ausbeutung von Bauern und Arbeiterschaft durch die Erzeuger- und Verbraucherpreispolitik zugunsten der Agrarkapitalisten fordert die KPÖ eine Änderung der österreichischen Agrarpolitik im Interesse der Arbeitenden in Stadt und Land. Sie fordert insbesondere:

- Hebung der Einkommen der arbeitenden Bauern ohne Mehrbelastung der Konsumenten durch wirksame Maßnahmen gegen die wucherischen Zwischenhandelsprofite und durch Stabilisierung der bäuerlichen Betriebsmittelpreise.
 - Die KPÖ ist grundsätzlich für die Abschaffung jeder Produktionsbeschränkung in der Landwirtschaft, solange viele Millionen Menschen in der Welt hungern. Als Sofortmaßnahme ist eine soziale Staffelung der Kontingentierungs-, Krisengroschen- und Agrarsubventionspolitik erforderlich.
 - Verwendung der Schleuderexportsubventionen zur Senkung der Inlandpreise für Grundnahrungsmittel. Erst nach echter Sättigung des Inlandmarktes agrarische Exporte, dabei vor allem in die Hungergebiete der Welt.
 - Schutz, Weiterentwicklung und Demokratisierung des Genossenschaftswesens (Landwirtschafts- und Konsumgenossenschaften, Maschinenringe usw.), das nicht den Profitwünschen der Großagrariern, der Handelsmonopole und Agrarindustriekapitalisten, sondern den Lebensbedürfnissen der arbeitenden Menschen dienen muß; Ausschaltung des Einflusses der Großagrariern und der Monopole, aber auch des parteipolitischen Machtmißbrauches; Ausweitung auf neue Agrarfinałbereiche, die heute durch Importe, vor allem aus der EG, beherrscht werden, Förderung aller Möglichkeiten der Wissenschaft und Technik im Rahmen zwischenbetrieblicher Zusammenarbeit der Bauern.
 - Reform überholter Agrarstrukturen, Grundaufstockung durch Überführung von Großgrundbesitzerboden in bäuerliches Eigentum. Agrarindustriekomplexe dürfen nicht wie jetzt der Profitmaximierung der Agrarkapitalisten dienen, sondern müssen unter demokratischer Kontrolle und in enger Kooperation zwischen demokratischen Genossenschaften der Bauern und der Konsumenten, einschlägigen staatlichen und kommunalen Betrieben und den Arbeitern und Angestellten dieser Industriebetriebe entwickelt werden. Dabei ist die volle Freiwilligkeit und Gleichberechtigung vor allem der bäuerlichen Teilnehmer unbedingt zu sichern.
- Da die Arbeiterklasse entsprechend ihrer Interessenslage am konsequentesten an diesen Zielen interessiert sein muß,

kann nur ein festes, kämpferisches Bündnis der Bauern mit der Arbeiterklasse die Durchsetzung ihrer Interessen ermöglichen.

FÜR DAS RECHT AUF ANGEMESSENEN LEBENSSTANDARD

2.2. Alle Menschen haben das Recht auf einen dem Stand der Produktivkräfte angemessenen Lebensstandard. Wichtigste Grundlage des Lebensstandards der Arbeiterklasse sind die Lohneinkommen. Die Politik der Inflation, des Drucks auf Löhne und Gehälter und der immer unsozialeren Steuerlastverteilung sind Hauptinstrumente zur Vergrößerung der Profite und zur Umverteilung der von der Arbeiterklasse geschaffenen Werte zugunsten des Kapitals.

Die KPÖ fordert eine Hebung der Masseneinkommen zur Sicherung eines der wachsenden Produktivität entsprechenden Lebensstandards auch als wichtigen Impuls für Wirtschaftswachstum, Absatzhebung und Arbeitsplatzsicherung.

2.2.1. Die KPÖ fordert in den Gewerkschaften und anderen Interessensvertretungen der Arbeiter und Angestellten eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik. Dabei muß die Inflation durch einen festen, gleichen Betrag für alle Einkommensbezieher abgegolten werden, muß die steigende Arbeitsproduktivität und die notwendige Rückverteilung des der Arbeiterklasse entzogenen Volkseinkommensanteiles durch prozentuelle Erhöhung der Löhne und Gehälter berücksichtigt werden. Die Laufzeiten der Lohnabschlüsse dürfen ein Jahr nicht übersteigen.

Die KPÖ fordert die Einführung eines gesetzlichen Soziallohnes als Ausgleich einer durch Arbeitsunfall oder Berufskrankheit bedingten Versetzung auf einen geringer entlohnten Arbeitsplatz sowie den Schutz vor Rationalisierungsbedingter Entqualifizierung durch Orientierung auf Lohn- und Gehaltsgarantie auf dem erworbenen Qualifikationsniveau, ferner die Schaffung eines Lohnsicherungsfonds aus Unternehmermitteln, aus dem kündigungsbedingte Lohn- und Sozialleistungsverluste abzugelten sind.

FÜR EINE SOZIALE STEUERREFORM

2.2.2. Die KPÖ fordert eine soziale Steuerreform. Sie verlangt im Sinne von generationenlanger Erfahrung der Arbeiterklasse, daß die gegenwärtig überwuchernde indirekte und daher dem Wesen nach unsoziale Besteuerung (vor

allem durch die Mehrwertsteuer) wieder abgebaut wird. Vor allem sind raschest alle Grundnahrungsmittel und früher nicht umsatzsteuerpflichtige Gebühren, Tarife, Waren und Leistungen von der Mehrwertsteuer zu befreien und die Mehrwertsteuersätze allgemein zu senken.

Für kleinere und mittlere Einkommen ist die Steuerprogression bei der direkten Lohn- und Einkommensteuer bedeutend zu senken. Die Grenze der Einkommen, die von der Einkommensteuer befreit sind, ist jährlich hinaufzusetzen. Ebenso ist der Lohnsteuertarif jährlich in einem solchen Ausmaß zu senken, daß die teuerungsbedingten Lohnerhöhungen nicht weggesteuert werden.

Die KPÖ fordert die Beseitigung der Steuerbegünstigungen für das Großkapital. Es muß gesichert werden, daß das gesamte Kapitaleinkommen steuerlich erfaßt wird und die höchsten Einkommen höher als bisher besteuert werden. Dazu sind die Spitzensteuersätze spürbar anzuheben. Alle Steuerprivilegien für Politiker sind zu beseitigen.

Investitionsförderung darf nur erfolgen, wo die Investitionen den Zielen einer österreichischen Wirtschaftspolitik dienen (Struktur-, Forschungs-, Infrastruktur- und Verstaatlichtenpolitik). Dabei dürfen gezielte Investitionsförderungen an private Unternehmer nur dann gewährt werden, wenn neue Arbeitsplätze geschaffen und durch verstärkte öffentliche Kontrolle diese Auflage durchgesetzt sowie der Nutzen für eine gesamtösterreichische Wirtschaftspolitik auch gewährleistet werden kann.

Die Vermögenssteuer für Großvermögen muß progressiv gestaffelt werden. Ebenso die Erbschafts- und Schenkungssteuer für große Hinterlassenschaften.

Durch diese Maßnahmen kann die Massensteuerbelastung verringert und der Krise des Staatsbudgets entgegengewirkt werden.

2.2.3. Die KPÖ fordert die strikte Anwendung der bestehenden Preis- und Wirtschaftsgesetze gegen das Großkapital. Darüber hinaus müssen diese Gesetze grundlegend reformiert und wirksamer gegen die Preis- und Profitpolitik der multinationalen Konzerne angewendet werden. Die KPÖ fordert:

- Ausschaltung des Groß- und Zwischenhandels, besonders der monopolisierten Großprofitierer bei Grundnahrungsmitteln, Treibstoff, Kfz-Versicherungsprämien und so weiter.
- Ausdehnung der amtlichen Preisregelung auf alle lebenswichtigen Waren, Tarife und Dienstleistungen.
- Die Genossenschaften und der gesamte öffentliche Wirtschaftssektor müssen stärker preisstabilisierend wirken.

Der gesellschaftliche Konsumsektor (öffentliche Dienstlei-

stungen, Strom, Gas, Massenverkehr usw.) muß ausgebaut und billig gehalten werden.

Die KPÖ kämpft gegen Teuerung und Inflation auch deshalb, weil diese durch die ständige Entwertung der Sparguthaben zu einem wichtigen Mittel der zusätzlichen Ausplünderung aller werktätigen Bevölkerungsschichten zugunsten des Großkapitals geworden sind.

Auch die von der KPÖ geforderten wirtschaftspolitischen Maßnahmen zugunsten der Klein- und Mittelbetriebe sowie für die Klein- und Mittelbauern haben mit dem Ziel, auch diesen Bevölkerungsgruppen gegenüber dem wachsenden Druck des Monopolkapitals einen angemessenen Lebensstandard zu sichern.

FÜR DAS MENSCHENRECHT AUF SOZIALE SICHERHEIT

2.3. Das Recht auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen, das Recht auf soziale Sicherheit und das Recht auf Gesundheit sind von der UNO festgeschriebene Menschenrechte. Obwohl Lohn und Gehalt nach wie vor entscheidende Bedeutung für die Reproduktion der Arbeitskraft haben, wird der Bereich der Sozialpolitik für die arbeitenden Menschen angesichts der verstärkten nervlichen Anspannung, des Leistungsdrucks, des zunehmenden Arbeitstempos und der Arbeitsmonotonie immer wichtiger. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt darf nicht länger einseitig der Profitmaximierung bei steigender Arbeitsplatzbelastung dienen.

FÜR VERKÜRZUNG DER ARBEITSZEIT

2.3.1. Zunehmende Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Leistungssteigerung, insbesondere durch die Einführung neuer Technologien (vor allem der Mikroelektronik), machen eine etappenweise Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich notwendig und möglich; die KPÖ fordert daher:

- Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit zunächst auf 35 Stunden, Verkürzung der Jahresarbeitszeit durch längere Urlaube, Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Herabsetzung des Pensionsalters. Eine Woche mehr Urlaub und zwei Stunden weniger Wochenarbeitszeit für Jugendliche.
- Für besonders belastete Arbeiter (Schicht-, Nacht-, Schwer- und gesundheitsgefährdende Arbeit) muß als drin-

gende Sofortmaßnahme für jedes Jahr der Tätigkeit bei solchen Arbeiten eine zusätzliche Anrechnung von zwei Monaten für die Pension erfolgen. Ferner müssen für sie ein zusätzlicher Urlaub, die 6-Stunden-Schicht bei vollem Lohnausgleich, längere Erholungs- und Umstellungszeiten und bessere Angleichung der Schichtzeiten an den normalen Lebensrhythmus eingeführt werden.

- Für Handelsangestellte ist eine echte 5-Tage-Woche zu sichern.

2.3.2. Wir fordern die Zusammenfassung und Neugestaltung (Kodifikation) des gesamten Arbeitsrechts in einem Arbeits-Gesetzbuch, das vor allem folgende Prinzipien verwirklichen muß:

- Volle arbeitsrechtliche Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten.
- Angleichung der Rechte sämtlicher Beschäftigten an den jeweils fortgeschrittensten Entwicklungsstand und Verbesserung der Rechtsstellung für alle Beschäftigten.
- Stärkere Ausprägung des Schutzcharakters des Arbeitsrechts.
- Verständlichkeit und Übersichtlichkeit auch für den Nichtjuristen.
- Einheitliche kostenfreie Sozialgerichtsbarkeit für alle auf dem Sozialgebiet anfallenden Rechtsfälle.
- Verstärkter Kündigungs- und Entlassungsschutz.

2.3.3. Das System der sozialen Sicherheit muß weiter ausgebaut werden. Der Schutz der Lohn- und Gehaltsabhängigen im Alter und gegen die Folgen von Krankheit, Unfall, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit sowie Arbeitslosigkeit ist zu sichern und zu verbessern. Alle Leistungen der verschiedenen Sozialversicherungsträger für andere werktätige Schichten (Bauern, Gewerbetreibende und ihre Angehörigen) sind schrittweise an die Leistungen der allgemeinen Sozialversicherung anzugleichen.

FÜR EINE GESICHERTE ALTERSVERSORGUNG

2.3.4. Es ist notwendig, das Pensionsrecht weiter auszubauen.

- Das Pensionsalter für die normale Alterspension ist etappenweise auf 55 Jahre für Frauen und 60 Jahre für Männer herabzusetzen. Damit die Pensionen nicht ständig weiter hinter den Löhnen zurückbleiben und zu Altpensionen werden, ist die Pensionsdynamik zur vollen Pensionsautomatik auszubauen.

- Alle Zeiten von Arbeitslosigkeit und Krankenstand sollen als Ersatzzeiten angerechnet werden.
- Zur Berechnung der Bemessungsgrundlage soll das Einkommen bis einschließlich des letzten Monats vor dem Stichtag berücksichtigt werden.
- Der Grundbetrag zur Berechnung der Pension ist von 30 auf 35 Prozent anzuheben.
- Der Hilflosenzuschuß soll bei Erreichung des 80. Lebensjahres bei Antrag ohne ärztliche Untersuchung gewährt werden. Hilflosenzuschuß auch an Pensionsbezieher, deren Ehepartner oder Lebensgefährte hilflos ist, jedoch selbst keine Pension und keinen Pflegebeitrag der Sozialhilfe bezieht.

Für ältere Menschen ist neben der materiellen Sicherheit die gesellschaftliche Betreuung von entscheidender Bedeutung. Wir fordern daher:

- Pflegeplätze in den Akutkrankenhäusern durch Schaffung von Abteilungen für Geriatrie.
- Schaffung von mehr Pensionistenheimen.
- Ausbau der Einrichtungen der Sozialhilfe wie Essen auf Rädern, Heimhilfen, Hauskrankenhilfen, Pflegeschwestern usw.
- Beseitigung aller Regreßbestimmungen gegen Verwandte bei Sozialhilfeleistungen in allen Bundesländern.

FÜR SOZIALEN GESUNDHEITSSCHUTZ

2.3.5. Der soziale Gesundheitsschutz muß über die im Kapitalismus vorherrschende Zielsetzung der Erhaltung ausbeutbarer Arbeitskräfte hinausgehen. Er muß unabhängig von Beruf, Können und Alter eine möglichst weitgehende Sicherung des körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens bewirken. Die KPÖ fordert daher:

- Ausbau und Neuerrichtung von Kassenambulatorien, Betriebsambulatorien und Gemeinschaftspraxen; bessere ärztliche Versorgung der Arbeiterwohngebiete und des ländlichen Raumes; kurzfristige und regelmäßige Untersuchung der Kinder durch Fachärzte, angefangen vom Vorschulalter; Ausbau des schulärztlichen Dienstes für Kinder und Jugendliche;
- Ausbau und Verstaatlichung der Heilmittelindustrie und des Heilmittelgroßhandels, Kontrolle und Senkung der Großhandelsspannen.
- Schaffung eines nationalen Gesundheitsdienstes mit gebührenfreien Leistungen;

- die gesetzliche Unfallversicherung ist über Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten hinaus auf alle Bereiche der Gesundheitssicherung in der Arbeitswelt auszudehnen; mehr und qualifizierte Betriebsärzte, die vom Unternehmer unabhängig sind und in die Unfallversicherung eingegliedert werden müssen;
- Errichtung von Gesundheitskommissionen in Betrieben und Gemeinden; Schwerpunkt der medizinischen Betreuung muß auf der Vorsorgemedizin liegen, krankheitsverursachende Faktoren in Betrieb und Umwelt sind zurückzudrängen und auszuschalten, wobei die Arbeitenden selbst zur Mitwirkung aktiviert werden müssen.

FÜR DIE RECHTE DER BEHINDERTEN

2.3.6. Die kapitalistische Zielsetzung der Erhaltung ausbeutbarer Arbeitskräfte wirkt sich in besonderem Maß gegen jene Mitmenschen aus, die durch dauernde Behinderung körperlicher oder geistiger Art weitgehend oder ganz aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen und damit für den Verwertungsprozeß des Kapitalismus überflüssig sind. Besonders von Geburt oder von Kindheit an behinderte Menschen werden vom jetzt erreichten System der sozialen Sicherheit noch weitgehend ignoriert, an den Rand der Gesellschaft gedrängt und zu Sozialfürsorgefällen abgestempelt. Obwohl auch eine Änderung in der Einstellung der Menschen selbst diesen Mitmenschen gegenüber notwendig ist, trägt der Staat die Hauptverantwortung dafür, daß die finanziellen und gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um Ausbildung, Betreuung, Beschäftigungsmöglichkeit und vor allem eine ausreichende materielle Existenzabsicherung für Behinderte zu gewährleisten.

Dazu fordert die KPÖ:

- Bessere Voraussetzungen zur Pflege und Schulausbildung behinderter Kinder, Schaffung von mehr und differenzierteren Berufsausbildungsstätten und den Möglichkeiten der Behinderten entsprechende Integration in den Arbeitsprozeß;
- weitestmögliche Integration behinderter Kinder in Kindergärten und allgemeinbildende Schulen unter Berücksichtigung ihrer besonderen Bedürfnisse;
- Novellierung des Invalideneinstellungsgesetzes und korrespondierender Gesetze in dem Sinn, daß Behinderte volle Gleichstellung erfahren;
- weiterer Ausbau der Rehabilitation zur Eingliederung beziehungsweise Wiedereingliederung der durch Unfall,

Krankheit oder von Geburt an versehrten Menschen in Beruf und Gesellschaft;

- volle Einbeziehung Behinderter, die aus diesem Grund niemals oder nur eine ungenügende Zeit berufstätig waren, in die Leistungen der Sozialversicherung, wobei der Staat die dafür notwendigen Kosten zu tragen hat;
- Schaffung von mehr behindertengerechtem Wohnraum, von mehr sinnvollen Freizeitgestaltungsmöglichkeiten für Behinderte, von behindertengerechten Transportmöglichkeiten usw.

FÜR SOZIALE AUFBRINGUNG DER MITTEL

2.3.7. Die Mittel für die immer größeren Erfordernisse einer zeitgemäßen Sozialpolitik müssen auf soziale Art aufgebracht werden.

- Der Unternehmeranteil an diesen Kosten ist zu erhöhen und soll gleichzeitig so gestaffelt werden, daß besonders kapitalintensive, durchrationalisierte Betriebe stärker herangezogen werden.
- Der Beitrag der Versicherten hat nach dem Solidaritätsprinzip zu erfolgen, das sie entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit belastet.
- Abschaffung jeder Kostenbeteiligung in der Sozialversicherung, wie Medikamentengebühr usw.
- Der Bund muß über die konkreten Finanzierungsverpflichtungen für einzelne Bereiche hinaus die generelle Finanzgarantie für das Sozialwesen übernehmen.
- In der Pensionsversicherung darf sich der Bund seiner gesetzlichen Verpflichtung zur vollen Abdeckung des Fehlbetrages nicht durch ständige Anhebung der Beitragssätze für die Versicherten und durch Umschichtungen innerhalb der Sozialversicherungsträger entziehen.
- Erhaltung und Funktionieren der Krankenhäuser müssen finanziell gesichert und dürfen nicht auf die Krankenversicherungsträger überwältigt werden. Der Aufwand für Anstaltspflege darf 30 Prozent der Gesamteinnahmen der sozialen Krankenversicherung nicht übersteigen.
- Wir fordern die Bestellung der Arbeitsinspektoren durch die Arbeiterkammern. Die Tätigkeit der Arbeitsinspektoren ist weiter der unmittelbaren Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte zu unterstellen. Die Kompetenzen der Arbeitsinspektorate sind zu erweitern, insbesondere durch wirksame Sanktionsmöglichkeiten und Sofortmaßnahmen gegen Arbeits- und Gesundheitsschutzverletzungen durch die Unternehmer.

GEGEN DIE ZERSTÖRUNG DER UMWELT

2.3.8. Immer ernster wird das Menschenrecht auf angemessene Arbeits- und Lebensbedingungen und das Recht auf Gesundheit durch die Beeinträchtigung und Zerstörung der Umwelt eingeschränkt. Luft- und Wasserverschmutzung, Lärmbelästigung, Zerstörung von Pflanzen- und Tierwelt, Bodenverwüstung usw. sind direkte Folgen des hemmungslosen kapitalistischen Profitstrebens. Erfolgreicher Kampf gegen die Umweltzerstörung muß daher eng mit dem Kampf gegen das in- und ausländische Großkapital und die „sozialpartnerschaftliche“ Politik verbunden werden. Die KPÖ fordert daher:

- Die Gesetzgebung zum Schutz der Umwelt im Arbeits- wie im Wohn- und Freizeitbereich ist grundlegend zu verbessern und im Sinne der Schaffung einer Bundeskompetenz im Umweltschutz zu vereinheitlichen, mit dem Ziel der Schaffung eines einheitlichen Bundesumweltschutzgesetzes. Bestehende Gesetze sind voll zum Schutz der Umwelt auszuschöpfen.
- Die Betriebe sind zu verpflichten, alle wissenschaftlich-technisch möglichen Schutz- und Sicherheitsvorkehrungen anzuwenden; Schadstoffe und Lärmbelästigung in Betrieb und Umwelt sind so zu senken, daß ein gesetzlich festzulegendes Höchstmaß nicht überschritten wird; die Kontrolle durch Betriebsräte und Belegschaften sowie Arbeitsinspektorate ist sicherzustellen.
- Straßen, Autobahnen, Wohnprojekte und öffentliche Bauten dürfen nur unter Beachtung des notwendigen Umweltschutz- und Lärmschutzes errichtet und renoviert werden. Wo dies nicht geschehen ist, ist es nachträglich durchzuführen.
- Umweltschutz muß Vorrang vor allen Rechtstiteln auf den Boden haben und durch öffentliche Kontrolle sichergestellt werden. Seine Verletzung ist zu bestrafen.
- Die KPÖ tritt für die Schaffung von Nationalparks und Naturschutzgebieten ein, sie fordert freien Zugang zu den Erholungsgebieten und Seeufern und die Verstaatlichung aller Heil- und Mineralquellen.
- Durch entsprechende Umweltschutz-Forschungsarbeiten in Abfallnutzung und abfallfreien Technologien und deren industrielle Verwertung vor allem im Rahmen der verstaatlichten Industrie können Tausende zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Im Sinne der Konferenz von Helsinki muß Österreich alles tun, um die internationale gesamteuropäische Kooperation im Umweltschutz zu fördern und selbst vor allem mit unseren sozialistischen Nachbarstaaten auf diesem Gebiet zusammenzuarbeiten.

Die Kosten für den Umweltschutz sind von jenen zu tragen, die aus der Zerstörung der Umwelt Profit ziehen; jeder Versuch, durch Manipulierung des Verursacherprinzips die Kosten auf die Konsumenten abzuwälzen, ist zurückzuweisen; aus Beiträgen der Unternehmer, aus den eingehenden Strafen und aus Budgetmitteln ist ein Umweltschutzfonds zu schaffen, der unter öffentlicher Kontrolle große umwelterhaltende Aufgaben zu finanzieren hat. Jährlich ist ein „Bericht für Umweltpolitik“ vorzulegen, der vor der Behandlung des Budgetkapitels „Umwelt“ im Nationalrat öffentlich diskutiert werden muß. Bestehende öffentliche Fonds (Wasserwirtschaftsfonds) dürfen nicht zur Finanzierung rein privater Investitionen oder Rationalisierungsinvestitionen mißbraucht werden; umwelterhaltende Ausgaben, zum Beispiel durch Bergbauern, sind öffentlich zu fördern; ein Teil der Umweltsanierungskosten ist durch Einsparungen bei militärischen Ausgaben aufzubringen.

DIE WOHNUNG DARF KEIN PROFITOBJEKT SEIN

2.4. Das Wohnen ist ein grundlegendes menschliches Bedürfnis. Die ständige Verteuerung von Neubauwohnungen durch Grundstücksspekulation, Profite der Bauwirtschaft und Banken sowie Verringerung der staatlichen Förderung, der Abbau der gesetzlichen Bestimmungen über Mietenhöhe in Altbauwohnungen, die Aushöhlung der Bestimmungen über den Schutz der Mieter, haben die Wohnung wieder weitgehend zu einer Profitquelle gemacht. Die Betriebskosten in Mietwohnungen steigen ständig, unter anderem durch Tarifierhöhungen für kommunale Dienstleistungen. Sie machen oft ein Vielfaches der Grundmiete aus. Dazu kommen beträchtliche zusätzliche Belastungen durch die Bankzinsenerhöhung. Das ist eine schwere Belastung vor allem junger Menschen. Hunderttausende Familien haben keine dem heutigen Standard entsprechende Wohnung.

Die KPÖ fordert daher die Rückkehr zu echtem, sozialem Wohnbau mit öffentlichen Mitteln und durch die öffentliche Hand, unter demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung der Betroffenen.

2.4.1. Die Voraussetzung für ausreichenden sozialen Wohnbau beginnt bei der Änderung der Bodenpolitik, die genügend und billiges Bau- und Siedlungsland für Wohnbauten sichern muß. Die Bodenbeschaffung und Assanierung darf nicht Spekulations- und Profitinteressen, sondern muß einzig den allgemeinen Interessen dienen.

Als sofortige Maßnahmen fordern wir:

- Gesetzliche Preisregelung für Bau- und Siedlungsland zur

Abschöpfung des durch öffentliche Investitionen und Umwidmungen entstandenen Bodenwertzuwachses;

- langfristige öffentliche Bodenvorratspolitik, gesetzliche Verankerung eines echten Bodenvorkaufs- und Bodenenteignungsrechts zum Zweck des sozialen Wohnbaus durch die öffentliche Hand mit kurzfristigem Verfahren. In weiterer Folge: Schaffung eines öffentlichen Bodenfonds und Überführung des Bodeneigentums der Großbanken, Versicherungsgesellschaften und Grundstücksmakler in öffentliches Eigentum;

- Geeignetes öffentliches Bauland ist vorrangig für sozialen Wohnbau und die dazu notwendigen sozialen Infrastrukturen zu verwenden.

2.4.2. Baupreiswucher ist mit sozialem Wohnbau unvereinbar. Um ihn einzuschränken und auszuschalten, fordert die KPÖ:

- Öffentliche Wohnbauaufträge und die Vergabe von Förderungsmitteln sind an die Offenlegung der gesamten Geschäftsgebarung der betreffenden Bauunternehmen zu binden;

- Alle Wohnbauabrechnungen sind unter Beiziehung der Wohnungsbenützer von demokratischen Kontrollausschüssen mit Beteiligung aller Gemeinderatsfraktionen und der Mieterverbände zu überprüfen;

- Die Bauordnungen und die Wohnbauförderungsbedingungen in den einzelnen Bundesländern sind weitestgehend zu vereinheitlichen.

2.4.3. Grundlage jedes wirklich sozialen Wohnbaus ist die Durchführung durch die öffentliche Hand und die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln. Die zusätzlichen Mittel dazu sind durch verstärkte Besteuerung der Großvermögen und des Luxusaufwands aufzubringen. Gleichzeitig muß die rechtzeitige Sanierung des Althausbestandes gesichert werden. Als Sofortmaßnahmen fordert die KPÖ:

- Förderungsmittel vorrangig für den sozialen und kommunalen Wohnbau zur Errichtung von Wohnungen für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, angemessene Förderung des Eigenheimbaues, keinesfalls Förderung des profitorientierten Zinshausbaus, von Zweitwohnungen, Großvillen usw.;

- Heranziehung von zusätzlichen Mitteln aus dem ordentlichen Bundesbudget in Höhe der zweckbestimmten Wohnbauförderungsbeträge für den Wohnungsneubau;

- Niedrig verzinsten Kredite durch die Banken mit zusätzlichem Zinsfußstopp für Wohnungsbau, Hausreparaturen und Wohnverbesserungen.

Die KPÖ fordert die Schaffung eines öffentlichen Repara-

turausgleichsfonds der Länder zur Instandhaltung und Sanierung des erhaltungswürdigen Althausbestandes. Dieser Fonds ist durch die Abschöpfung der Hauptmietzinse zu speisen bei Aufstockung aus dem Budget bis zur jährlich erforderlichen Höhe.

2.4.4. Das bestehende Wohnrecht muß unter Berücksichtigung des sozialen Rechts aller Menschen auf eine zeitgemäße, erschwingliche Wohnung verbessert werden. Das Ziel der KPÖ ist die gesetzliche Verankerung und tatsächliche Durchsetzung eines gleichen Mieterschutzes für alle Mietverhältnisse auf der Basis von allgemein verbindlichen Rahmenmietverträgen. Als wichtigste Maßnahme verlangt die KPÖ:

- Festlegung von Höchstwohnkosten (Mietzins und Betriebskosten), die dem Familieneinkommen, der Familiengröße und der Wohnungsqualität angemessen sein müssen; Abschaffung aller „freien“ Mietzinsvereinbarungen, Verbot der Wertsicherungsklausel in Mietverträgen, Rückführung aller überhöhten Mietzinse auf die gesetzliche Höchstgrenze;
- Abschaffung der Bittleihe bei Studentenheimen; Eigenbedarfskündigung nur bei Beistellung einer gleichwertigen Ersatzwohnung;
- Errichtung von behördlichen Schlichtungsstellen in Mietzinsangelegenheiten bei den Bezirkshauptmannschaften und in den Statutarstädten;
- öffentliche Wohnungsvergabe, Meldepflicht leerstehender Wohnungen, Zuweisungsrecht der Gemeinden, Abschaffung des privaten Makler- und Vermittlerwesens, strafrechtliche Verfolgung bei Kassieren von Ablösen;
- Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten und Sicherung vor jeder Mehrbelastung der Mieten beziehungsweise der Betriebskosten durch etwaige neue Auflagen (Umweltschutz usw.), Senkung der Betriebskosten durch gesetzliche Maßnahmen gegen Überversicherung und überhöhten Verwaltungsaufwand und durch Rückkehr zu sozialer Tarifpolitik durch die Gemeinden.
- Wohnungs-, Wohn- und Mietzinsbeihilfen sind, so lange die Grundsätze des sozialen Wohnbaus nicht verwirklicht sind, entsprechend der ständigen Teuerung der Miet- und Betriebskosten laufend zu valorisieren und müssen aus allgemeinen Budgetmitteln getragen werden.

FÜR EINE ANTIMONOPOLISTISCHE GEMEINDEPOLITIK

2.5. Die Gemeinden haben unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus weit über die historisch gewachsenen Selbstverwaltungs- und Ordnungsfunk-

tionen hinausgehende Aufgaben erhalten. Sie haben durch eine entsprechende Sicherung der Daseinsbedingungen der Arbeitskräfte, der Wohn-, Nahverkehrs-, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen usw., aber auch der Infrastruktur für die Unternehmer immer größere wirtschaftliche Aufgaben zu bewältigen. Wesenszug auch ihrer Tätigkeit ist dabei das Verwertungsbedürfnis des Kapitals und nicht die sozialen Erfordernisse der Gemeindebürger.

Die demokratische Entscheidung und Mitbestimmung der Menschen in Angelegenheiten in ihrem Gemeindebereich werden aber durch zunehmende finanzielle Abhängigkeit der Gemeinden von Ländern und Bund sowie durch ungenügende verfassungsrechtliche Berücksichtigung der zunehmenden Aufgaben der Gemeinden immer stärker eingeschränkt.

Die Kommunisten treten für eine grundsätzliche Änderung der Politik in den Gemeinden und gegenüber den Gemeinden ein. Die Gemeindepolitik darf nicht länger durch die Profiterfordernisse des Kapitals, sondern muß durch die sozialen Bedürfnisse der Menschen bestimmt werden. Die Gemeindegemeindepolitik muß entwickelt und mit echtem Inhalt erfüllt werden, um die Lebensqualität, die Versorgung und die Freizeitmöglichkeiten den Wünschen der Menschen selbst entsprechend zu entfalten.

2.5.1. Die KPÖ fordert die Beendigung des finanziellen Drucks auf die Gemeinden. Dazu ist notwendig:

- Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden durch Verbesserung des Finanzausgleichs zugunsten der Gemeinden;
- ersatzlose Streichung der Landesumlage; Schluß mit dem Druck auf die Gemeinden, Höchstsätze bei Abgaben und Tarifen einzuheben, nur um die ihnen zustehenden Steueranteile und Bedarfszuweisungen auch wirklich zu bekommen;
- Aufstockung und Dynamisierung der Zweckzuschüsse und Förderungsmittel des Bundes und der Länder für wichtige kommunale Vorhaben;
- verstärkte Zusammenarbeit der Gemeinden, um kommunale Großbauten wie Bäder, Mehrzweckhallen, Fremdenverkehrseinrichtungen, Müllbeseitigungsanlagen usw. leichter errichten und besser auslasten zu können.

2.5.2. Die demokratische Mitbestimmung der Gemeindebürger und ihrer Vertreter muß zur Durchsetzung einer sozialen Gemeindepolitik erweitert werden.

Die KPÖ fordert insbesondere:

- Statt Privatisierung — Ausbau des kommunalen Wirtschafts- und Versorgungsbereiches, bei niedrigen Tarifen und unter echter Aufsicht und Kontrolle durch den Gemeinderat

und die Gemeindeöffentlichkeit; verstärkte Kontrolle bei Vergabe von Gemeindeaufträgen, Bekämpfung und strenge Verfolgung von Wirtschaftsdelikten;

- Befreiung der kommunalen Verkehrs- und Energieversorgungsbetriebe usw. von der Mehrwert-, der Körperschafts- und der Mineralölsteuer, wobei die Ersparnisse über eine soziale Tarifpolitik an die Bevölkerung weitergegeben werden müssen;

- Demokratisierung der Gemeinde- und Geschäftsordnungen, die regelmäßige Informierung der Gemeindebürger, Einführung beziehungsweise Intensivierung von Bürgerversammlungen, Volksbefragungen zu echten Problemen, Einführung von Fragestunden, Ausweitung der Möglichkeiten der Gemeindebürger auf Vorschläge an den Gemeinderat, verstärkte Heranziehung von Fachleuten zur Beratung kommunaler Probleme;

- Beseitigung der Politikerprivilegien auf Gemeindeebene, alle Gemeindebezüge der Mandatare sind auf die Vergütung des tatsächlichen Verdienstentganges und Aufwandes zu beschränken;

- die KPÖ verlangt, daß bei der regionalen und örtlichen Raumplanung und Raumordnung der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben wird, von der Vorbereitung bis zur Verwirklichung mitzuarbeiten.

2.5.3. Für die Durchsetzung einer sozialen und demokratischen Politik in den Gemeinden ist die Entwicklung des Föderalismus eine wichtige Voraussetzung. Dazu ist vor allem erforderlich:

- Stärkung der Stellung der Gemeinden gegenüber Ländern und Bund, vor allem bei Verhandlungen über den Finanzausgleich und alle anderen Fragen der Aufgaben- und Verantwortungsteilung zwischen den Gebietskörperschaften. Bei Entwürfen von Gesetzen und Verordnungen, die die Gemeinden und ihre Bevölkerung betreffen, muß das Initiativ-, Mitbestimmungs- und Einspruchsrecht der Gemeinden und ihrer Bewohner gesichert werden;

- Einführung demokratisch gewählter Bezirksvertretungen anstelle der von oben eingesetzten Bezirkshauptleute, um auch die im Bezirksmaßstab zu lösenden Anliegen der Bevölkerung demokratisch zu bewältigen;

- Sicherung der Länderrechte und deren Ausbau dort, wo wirtschaftliche, kulturelle, raum- und landschaftsbedingte Faktoren eine länderweise Verwaltung zweckmäßig und erforderlich machen;

- Ausbau und Stärkung der zentralen Stellen des Bundes in jenen Fällen, wo föderalistische Erwägungen sich als Hin-

dernis für eine zweckmäßige und sparsame Verwaltung und die Herstellung gleicher Rechte und Lebensbedingungen für alle Staatsbürger erweisen.

FÜR AUSWEITUNG DER DEMOKRATIE

3. Das erstarrte System der „Sozialpartnerschaft“ ist Ursache für das zunehmende sogenannte Unbehagen in der Demokratie, das in Wirklichkeit ein Unbehagen über die Aushöhlung der Demokratie, über die Mißachtung der Würde des Menschen ist. Der Kampf um eine demokratische Alternative zu diesem System, um echte Ausweitung der Demokratie, um ihre Erweiterung in alle Lebensbereiche wird ausschlaggebend dafür sein, daß dieses zunehmende Unbehagen nicht schließlich von Feinden der Demokratie für antidemokratische, faschistische Abenteuer mißbraucht werden kann.

3.1. Die KPÖ tritt gegen dieses lähmende System der „Sozialpartnerschaft“, für das in dem UNO-Menschenrechtspakt enthaltene Recht jedes Bürgers auf Teilnahme an der Führung öffentlicher Angelegenheiten ein. Das gilt vor allem auch für alle Bereiche wirtschafts- und sozialpolitischer Entscheidungen.

3.1.1. Die KPÖ tritt für eine Erweiterung der demokratischen Rechte im Betrieb ein. Dazu ist eine umfassende Information und Kontrolle der Belegschaften über Vorgänge, ihre breiteste Aktivierung und Mobilisierung für die Durchsetzung ihrer Interessen erforderlich. Zur Ausdehnung der demokratischen Kontrolle auf alle wesentlichen wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen im Betrieb und zur Zurückdrängung der Unternehmermacht fordert die KPÖ:

- Umfassende Novellierung des Arbeitsverfassungsgesetzes in Richtung auf wirksame Ausweitung des Mitbestimmungsrechtes;

- volle und zeitgerechte Informationspflicht des Unternehmers an Betriebsrat und Belegschaft bei beabsichtigten Rationalisierungen;

- Immunitätsschutz für Betriebsräte, Ersatzbetriebsräte und Jugendvertrauensleute;

- Vetorecht von Betriebsrat und Belegschaft gegen Betriebsstilllegungen oder Massenabbau, wenn nicht entsprechende Ersatzarbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden;

- Gewährleistung der Freiheit für politische und gewerkschaftliche Tätigkeit am Arbeitsplatz;

- ein demokratisches Personalvertretungsrecht sowie eine Demokratisierung des Dienstrechtes;

● Rückführung der Arbeiterkammern aus einem Werkzeug der „Sozialpartnerschaft“ zu ihrem ursprünglichen Zweck, der Arbeiterklasse das Rüstzeug zu geben für den Klassenkampf.

Der Kampf um Mitbestimmungsmöglichkeiten und deren konsequente Ausnutzung ist eine ständige Auseinandersetzung mit dem Kapital um tatsächliche Ausweitung des Einflusses der Arbeiterklasse. So wird er ein Teil des notwendigen Kampfes um die grundlegende Umgestaltung des gesamten Gesellschaftssystems, von der profitorientierten kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung.

3.1.2. Der Österreichische Gewerkschaftsbund muß aus einem Werkzeug der Disziplinierung und Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Wünsche des staatsmonopolistischen Kapitalismus, zu dem ihn die „Sozialpartnerschaft“ gemacht hat, zum Kampfinstrument der österreichischen Arbeiterklasse gemacht werden. Aus diesem Grund fühlen sich die Kommunisten verpflichtet, gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften aktiv in der Gewerkschaft für dieses Ziel zu wirken. An der Mitgliederzahl allein kann die Stärke der Gewerkschaftsbewegung nicht gemessen werden. Entscheidend sind Kampfkraft, Bewußtsein und die Bereitschaft zum aktiven Einsatz für die Ziele der Gewerkschaftsbewegung. Das kann nur durch volle Entfaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie erreicht werden. Nur eine solche von demokratischem Leben und Kampfentschlossenheit durchdrungene Gewerkschaftsbewegung kann auch eine wirksame Mitbestimmung der Arbeiterklasse auf überbetrieblicher Ebene erreichen.

Die KPÖ steht auf dem Boden der Kampfaufgaben des ÖGB, wie sie in seinem Hauptdokument des 1. Bundeskongresses 1948 festgelegt sind. Sie führt den Kampf für mehr Gewerkschaftsdemokratie, für eine grundlegende Änderung der Gewerkschaftspolitik auf dem Boden der von Sozialisten, Kommunisten und christlichen Gewerkschaftern geschaffenen Einheitsgewerkschaft und nicht gegen die bestehenden Gewerkschaften. Sie hält diesen Kampf für einen entscheidenden Beitrag, Passivität und gewerkschaftsfeindliche Stimmungen in der Arbeiterschaft zu überwinden und eine echte Stärkung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zu erreichen.

Entscheidend für die Durchsetzung von mehr innergewerkschaftlicher Demokratie ist der Ausbau eines gewerkschaftlichen Vertrauensleutesystems und der gewerkschaftlichen Organisation an der Basis, vor allem in den Betrieben, die Erfüllung dieser Organisationen mit echtem

gewerkschaftlichem Leben und ihre Einbeziehung in den Entscheidungsprozeß wichtiger gewerkschaftlicher Fragen.

Es geht um die Durchsetzung der Wahl der gewerkschaftlichen Leitungen von unten nach oben, der periodischen Rechenschaftspflicht der übergeordneten Leitungen in Zahlstellen, Ortsgruppen und Mitgliederversammlungen sowie einer demokratischen Möglichkeit der Abwählbarkeit von Leitungsmitgliedern, wenn sie ihrer Aufgabe nicht nachkommen. Delegierte zu Gewerkschaftstagen und zum Bundeskongreß des ÖGB ebenso wie alle Leitungen müssen nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes gewählt werden. Den unteren Organisationseinheiten der Gewerkschaften muß das Recht zustehen, Anträge an den Bundeskongreß des ÖGB zu stellen.

Bei Aufstellung wichtiger Forderungen, insbesondere Lohn- und Gehaltsforderungen, ebenso wie bei deren Abschlüssen, müssen die Mitglieder in Form von Urabstimmungen mitbestimmen können. Die Gewerkschaftspresse muß demokratisiert und einer ständigen demokratischen, innergewerkschaftlichen Diskussion aller wichtigen Fragen der Gewerkschaftsbewegung geöffnet werden.

GEGEN PRIVILEGIEN

3.1.3. Unabdingbare Voraussetzung für die Durchsetzung des Willens des Volkes ist, daß sich Vertreter des Volkes in jeder Vertretungskörperschaft nicht vom Volk und seinen Lebensbedingungen loslösen. Die KPÖ steht auf dem Grundsatz, daß alle gewählten Mandatäre eine ihrem Verdienstentgang und dem Grade ihrer Verantwortung entsprechende finanzielle Entschädigung erhalten. Die Höhe dieser Entschädigung muß aber in vertretbarem Verhältnis zum durchschnittlichen Arbeitseinkommen stehen und darf sich nicht an die privilegierten Gewinne des Kapitals und seiner Manager anlehnen. Das gilt für Minister, Landesregierungsmitglieder, Gemeindevandatare, aber auch für Betriebsräte, Kammerräte, Funktionäre der Sozialversicherungen usw. Die KPÖ fordert daher, daß alle Sonderprivilegien für Mandatäre (teilweise Steuerbefreiung, Sonderpensionen usw.) beseitigt und ihre Bezüge auf eine mit den durchschnittlichen Arbeitseinkommen vergleichbare Höhe gesenkt werden.

Einkünfte für Tätigkeiten (zum Beispiel als öffentlich Bedienstete), die während der Mandatsbekleidung nicht ausgeübt werden, dürfen grundsätzlich nicht bezogen werden.

Tätigkeiten, deren Zielsetzung der ausgeübten öffentlichen Funktion widerspricht, dürfen von öffentlichen Mandataren nicht, auch nicht über Mittelsmänner, Treuhänder usw., ausgeübt werden.

Für die Altersversorgung öffentlicher Mandatare haben die Bestimmungen des ASVG (oder andere, für die vorher von dem Mandatar ausgeübte Tätigkeit geltende Bestimmungen, wie zum Beispiel das Beamtendienstrecht) Anwendung zu finden.

3.1.4. Das verstärkte Eingreifen staatlicher (und sozial-partnerschaftlicher) Organe in Wirtschaftsvorgänge hat angesichts gewaltiger Profitmöglichkeiten des Kapitals zu einer alarmierenden Zunahme von Korruption, Schmiergeldannahme, „schwarzen Konten“ usw. in Verbindung mit öffentlichen Planungen, Aufträgen usw. geführt. Auf der Grundlage dieses Systems haben auch in den Reihen höchster SP-Manager die Korruptionsfälle alarmierend zugenommen. Auch für sie gilt das Gesetz kapitalistischer Moral: Bereichert euch, wenn ihr könnt — auch auf Kosten öffentlicher Mittel.

Diese Methoden widersprechen jedem demokratischen Empfinden und bringen überdies die Demokratie insgesamt in Mißkredit.

Die KPÖ fordert daher verschärfte Kontrolle bei Auftragsvergaben durch die öffentliche Hand, verschärfte Kontrollen der Abrechnung, Verschärfung der strafgesetzlichen Bestimmungen bei Wirtschaftsverbrechen und deren Anwendung ohne Rücksicht auf politische oder sonstige Hintermänner.

FÜR WAHLRECHTSREFORM

3.2. Wir bejahen die Errungenschaften der parlamentarischen Demokratie und des allgemeinen Wahlrechts, die in Österreich nicht das Bürgertum, sondern die Kämpfe der Arbeiterklasse durchgesetzt haben. Aber undemokratische, einengende Klauseln schränken das Wahlrecht auf allen Ebenen ein. Es fehlen entfaltete Formen der direkten Demokratie als Ergänzung und Kontrolle für die Vertretungsdemokratie. Dies fördert die dem staatsmonopolistischen Kapitalismus eigene Tendenz zur Aushöhlung der Demokratie, zur Umwandlung formal-demokratischer Institutionen in Vollzugsorgane der mächtigsten Schichten des Großkapitals. Dies verstärkt Stimmungen des Unglaubens an die Demokratie.

3.2.1. Die KPÖ fordert eine grundlegende Wahlrechtsreform, die auf allen Ebenen die Gleichheit aller Stimmen, die konsequente Durchsetzung des Verhältniswahlrechts, den

Grundsatz des Wahlheimnisses und die gleichen Möglichkeiten der Wahlwerbung, unabhängig von der Kapitalkraft der wahlwerbenden Gruppen, verwirklicht. Dazu fordern wir insbesondere:

- Für die Nationalratswahl hat zur Ermittlung der Mandatsverteilung ganz Österreich einen einzigen Wahlkreis zu bilden, wobei durch keinerlei Sperrklauseln die Stimmen für kleinere Parteien entwertet werden dürfen;
- für Landtags- und die Wiener Gemeinderatswahlen haben zur Ermittlung der Mandatsverteilung die jeweiligen Bundesländer einen einzigen Wahlkreis zu bilden, wobei auch hier keinerlei Sperrklauseln gegen kleinere Gruppen zulässig sind;
- die Forderung nach Unterstützungserklärungen für Bundespräsidenten-, Nationalrats-, Landtags-, Gemeinderats-, aber auch Betriebsräte-, Kammerwahlen usw. widerspricht der Wahrung des Wahlheimnisses und muß abgeschafft beziehungsweise stark reduziert werden;
- die Gleichheit der Bedingungen der Wahlwerbung muß für alle demokratischen Parteien gesetzlich durch Garantie gleicher Sendezeit im ORF, durch Sicherstellung gleicher Plakatflächen usw. gesichert werden.

3.2.2. Die gesetzliche Verankerung von Volksbefragungen, Volksabstimmungen und Volksbegehren ist ein Fortschritt. Aber durch die Ausschließung bedeutender Fragen von der Behandlung durch Formen der direkten Demokratie sowie durch die erforderliche Zahl von Unterstützungserklärungen können diese Möglichkeiten nicht oder nicht genügend wirksam werden. Die KPÖ fordert daher im Interesse einer Entfaltung der direkten Demokratie:

- Beseitigung der gegenwärtigen Ausschließung so wichtiger Fragen wie Wahlgesetzgebung, Politikerbezüge, Abgaben- und Tarifrfragen, Personalfragen und andere von der Behandlung durch Volksbegehren;
- Herabsetzung der notwendigen Unterstützung eines Volksbegehrens auf höchstens 2,5 Prozent aller Wahlberechtigten.

3.2.3. Die KPÖ unterstützt die in jüngster Zeit immer zahlreicher werdenden Bürgerinitiativen, die die Beseitigung echter Mißstände (vor allem in Verbindung mit der zunehmenden Umweltgefährdung und -zerstörung, aber auch gegen Ungerechtigkeiten durch Behörden usw.) anstreben. Wo sich fortschrittsfeindliche Bewegungen in solche Initiativen einschalten oder sie auslösen, führen wir einen politischen Aufklärungskampf, um solche Bewegungen nicht in die Sackgasse der Technikfeindlichkeit, der Konsumeinschränkung und eines Wachstumsstopps drängen zu lassen.

VERBOT NEOFASCHISTISCHER ORGANISATIONEN UND PROPAGANDA!

3.3. Zur Entfaltung der Demokratie gehört unbedingt deren konsequente Verteidigung, deren Schutz gegen die zunehmend aktiver werdenden antidemokratischen und neofaschistischen Bestrebungen. Dabei müssen die im Verfassungsrang stehenden Grundsätze des österreichischen Staatsvertrages und des Verbotsgesetzes konsequent durchgeführt werden. Die Demokratie darf ihren Todfeinden nicht die Möglichkeit geben, sie zu untergraben und schließlich zu gefährden. Dabei sind neben kleinen offen neonazistischen Splittergruppen vor allem solche Organisationen gefährlich, in denen Großdeutschtum und Deutschnationalismus (zum Beispiel im Turnerbund, im Kärntner Heimatdienst) von neofaschistischen Kräften in der Führung auf eine größere Zahl vor allem junger Mitglieder verbreitet wird.

3.3.1. Die KPÖ fordert daher im Sinne des österreichischen Staatsvertrages und des Verbotsgesetzes:

- Verbot aller neofaschistischer, deutschnationaler, gegen die Existenz nationaler Minderheiten in Österreich wirkender, Rassenhaß und Völkerverhetzung verbreitender und militaristischer Organisationen. Insbesondere muß der in Österreich immer noch wirksame Antisemitismus bekämpft werden;
- Verbot jeder neofaschistischen Propaganda, besonders auch der Einfuhr solcher Propagandaerzeugnisse aus dem Ausland, besonders der BRD;
- Gewährleistung einer umfassenden antifaschistischen Aufklärung, besonders an den Schulen, aber auch im ORF und anderen Medien, unter Einbeziehung der Organisationen der Widerstandskämpfer. Entfernung aller deutschnationalen Elemente aus den Schulbüchern;
- die UN-Konvention über das Verbot jedes Eintretens für nationalen, rassischen und religiösen Haß, das zur Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalttätigkeit anstiftet, muß konsequent in die österreichische Gesetzgebung aufgenommen und auch verwirklicht werden.

DEMOKRATISIERUNG DES BUNDESHEERES

3.4. Ein Bundesheer, das zwar in der Ersten Republik auf österreichische Arbeiter schoß, aber 1938 gegen den Österreich vernichtenden Hitler-Faschismus keinen Schuß abgab, ist kein Schutz, sondern eine Gefahr für Österreich. Die

Stellung der Kommunisten zum Bundesheer wird bestimmt durch ihr Bekenntnis zur Demokratie, Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs, zum österreichischen Staatsvertrag und zur Lebensnotwendigkeit des Kampfes um weltweite Entspannung und Abrüstung.

3.4.1. Obwohl der Klasseninhalt jeder Armee durch den Klassencharakter des Staates bestimmt ist, ist es möglich und notwendig, einen Einsatz einer österreichischen Armee gegen die österreichische Arbeiterklasse auszuschalten. Die KPÖ fordert daher:

- Radikalen Abbau der sogenannten Bereitschaftstruppe, die zum Großteil aus Berufssoldaten besteht; Reduzierung des Berufskaders auf ein für ein Milizheer notwendiges Mindestmaß.
- Beseitigung der sogenannten Objektschutzeinheiten und anderer eindeutig für inneren Einsatz bestimmter Bundesheerorgane.
- Echte Reduzierung des Wehrdienstes auf sechs Monate und Einstellung aller Zwangsverpflichtungen.
- Uneingeschränkte Geltung aller staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten auch im militärischen Bereich.
- Ein Soldatenvertretergesetz, das die Rechte der Soldatenvertreter in umfassender Weise regelt.
- Schluß mit jeder Form von sinnlosem Barrasdrill und schikanösen Ausbildungsmethoden.

3.4.2. Die KPÖ lehnt eine Wehrpolitik ab, die die Glaubwürdigkeit der Neutralität untergraben muß. Sie fordert die Auflösung aller Bindungen an die Streitkräfte der NATO, die unserer Neutralität zuwider laufen.

Der Staatsvertrag ist hinsichtlich der Bewaffnung des Bundesheeres strikt einzuhalten. Die KPÖ unterstützt alle jene patriotischen Kräfte im Bundesheer, die für die strikte Einhaltung der Neutralität unseres Landes eintreten.

3.4.3. Unter der Bezeichnung „geistige Landesverteidigung“ wird jetzt im Bundesheer antidemokratischer Geist und neutralitätsfeindlicher Militarismus gepflegt, der oft bis zu psychologischer Kriegführung gegen „den Osten“, also unsere sozialistischen Nachbarländer und vor allem gegen die Sowjetunion, gesteigert wird. An seine Stelle muß die Erziehung zum Frieden, zu einem Geist der Entspannung treten. Vor allem muß die Wahrheit über die jüngste Vergangenheit Österreichs, der Untergang durch den faschistischen Angriff Hitler-Deutschlands und die Befreiung unter maßgebender Beteiligung der sozialistischen Sowjetunion immer wieder in Erinnerung gerufen werden. Die

Kommunisten, die in der schwersten Zeit Österreichs die größten Blutopfer auch beim bewaffneten Kampf für das Wiederentstehen unserer Heimat gebracht haben, dürfen nicht länger im Bundesheer diskriminiert werden.

3.4.4. Die KPÖ fordert eine generelle Einschränkung der Militärausgaben, insbesondere aller jener Ausgaben, die sich aus der gegenwärtigen antidemokratischen und neutralitätsfeindlichen Orientierung der Wehrpolitik ergeben.

3.4.5. Die Kommunisten achten jeden, der aus dem jetzt begründeten Unbehagen über die Funktion des Bundesheeres den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigert. Wir sehen in den bewußten Zivildienern mögliche Bündnispartner im gemeinsamen Kampf gegen Militarismus, für Frieden und Abrüstung. Die KPÖ hält es aber für richtig, daß fortschrittliche junge Menschen den Präsenzdienst im Bundesheer leisten, um dort im Sinn von Demokratie, Fortschritt und konsequenter Verteidigung unserer Neutralität zu wirken.

FÜR DAS RECHT AUF GESINNUNGSFREIHEIT

4. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Freiheit der Gesinnung und der Religion nimmt eine zentrale Stellung in dem UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Menschenrechte ein. Dank dem Kampf der österreichischen Arbeiterbewegung und dem Sieg über den Faschismus konnte in Österreich dabei einiges erreicht werden. Durch die Herausbildung der großen Kapitalmonopole und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, durch die Verstärkung vor allem des ökonomischen Drucks, werden der Mehrheit des Volkes aber gerade diese Grundrechte vorenthalten beziehungsweise mehr und mehr ausgehöhlt, können aus Angst vor drohenden wirtschaftlichen Benachteiligungen immer weniger in Anspruch genommen werden. Ihre Durchsetzung und Behauptung kann nur in ständigem solidarischem Kampf erfolgen.

4.1. Die KPÖ kämpft gegen die zunehmende Diskriminierung am Arbeitsplatz durch Versetzung auf schlechtere Arbeitsplätze, ja sogar Entlassungen nur wegen der fortschrittlichen Gesinnung von Arbeitern, Lehrern oder anderen Bediensteten. Sie fordert, daß die für solche Maßnahmen unmittelbar Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

4.2. Die KPÖ tritt für Verwirklichung von Freiheit für Forschung und Lehre ein, also auch für die Möglichkeit marxistischer Wissenschaftler, zu forschen und zu lehren und ihre Weltanschauung frei zu vertreten.

4.3. Die KPÖ tritt für die Freiheit der kulturellen und künstlerischen Tätigkeit ein, die gegenwärtig vor allem von den manipulierenden Einflüssen des Kunstmarktes aufs schwerste beeinträchtigt ist.

GEGEN MEDIENMONOPOLE

4.4. Eine ernste Gefahr für die Freiheit der Meinungsäußerung stellt die Monopolisierung der Massenmedien dar. Angesichts dieses Monopols kann von einer Meinungsfreiheit keine Rede sein. Auch die angebotene Meinungsvielfalt ist nur scheinbar.

4.4.1. Große Bedeutung hat dabei die Presse- bzw. Medien-gesetzgebung. Das Medienrecht muß neben der Pressefreiheit als Gegengewicht gegen Manipulation und Meinungsmonopol das Grundrecht aller Menschen auf objektive, wahrheitsgemäße und allseitige Information durch die Medien festlegen und auch durchsetzbar machen. Aufgabe der Medien ist es, dem Menschen jene Informationen zu übermitteln, die ihn befähigen, seine Interessen wahrzunehmen. Zur Pressefreiheit gehört im Sinne der UNO-Menschenrechtskonvention unbedingt das Verbot von Kriegs- und Rassenhetze in den Medien.

4.4.2. Obwohl das staatliche Radio- und Fernsehmonopol im Rahmen des „sozialpartnerschaftlich“ organisierten staatsmonopolistischen Kapitalismus in gleichem Sinne wie private Medienmonopole wirkt, tritt die KPÖ gegen seine Zerschlagung und gegen die Auslieferung der (alten und jetzt neu vordringenden) elektronischen Medien an privatkapitalistische Medienkonzerne auf. Die verfassungsmäßige Bestimmung des Rundfunks als „öffentliche Aufgabe“ darf nicht geändert, sondern muß ihrem Inhalt nach endlich voll verwirklicht werden. Die KPÖ fordert, daß zumindest die im ORF-Gesetz enthaltene Verpflichtung zur „Wahrung des Grundsatzes der Objektivität“ und zur „Wiedergabe und Vermittlung der Vielfalt der im öffentlichen Leben vertretenen Meinungen“ eingehalten und nicht länger die für die menschliche Entwicklung gegenwärtig bedeutendste gesellschaftliche Strömung, nämlich der Sozialismus, fast nur verzerrt und durch die Brille von dessen Feinden vermittelt wird.

4.4.3. Angesichts dieser Lage auf dem Gebiet der Medien ist es für die KPÖ von größter Bedeutung, durch ihre eigenen Publikationen, vor allem die kommunistische Tageszeitung, aber auch ihre Bezirks-, Orts- und Betriebszeitungen des

Gewerkschaftlichen Linksblocks, der bürgerlichen Meinungsmanipulation entgegenzuwirken.

4.4.4. Auch auf anderen Gebieten des Medienwesens tritt die KPÖ für demokratische, österreichische Lösungen ein. Sie fordert ein Filmförderungsgesetz, das nicht den Kommerzin-teressen, sondern dem künstlerischen Filmschaffen im Geist fortschrittlicher Strömungen unseres Volkes dient. Sie tritt gegen die Überflutung Österreichs mit westdeutschen Zeit-schriften und Verlagszeugnissen auf.

FÜR DIE RECHTE NATIONALER MINDERHEITEN

4.5. Rechte nationaler Minderheiten sind Grundfragen der Freiheitsrechte und der Demokratie. Die Kommunisten tre-ten als Internationalisten, Antifaschisten und österreichische Patrioten für die volle Gleichberechtigung aller Menschen, unabhängig von Nationalität, Rasse oder Religion ein. Unser Eintreten für die Klasseninteressen der Arbeiterklasse, für die Interessen aller arbeitenden Menschen, schließt das Eintreten für politische, soziale, wirtschaftliche und kultu-relle Rechte der nationalen Minderheiten ein. Nationalisti-sche Verhetzung, besonders der Deutschnationalismus, hat sich in der Geschichte unseres Landes als lebensbedrohend erwiesen.

4.5.1. Die KPÖ tritt mit besonderem Nachdruck für die volle Erfüllung des Artikels 7 des Staatsvertrags ein. Hin-sichtlich der Rechte der nationalen Minderheiten konnte dank dem Druck der Minderheiten und mit ihnen solidari-scher demokratischer Kräfte einiges erreicht werden. Indes wird das sogenannte „Volksgruppengesetz“ seinem Inhalt und Umfang nach nicht den Bestimmungen des Artikels 7 des Staatsvertrages gerecht und stellt einen Versuch dar, den Staatsvertrag zu umgehen. Die KPÖ unterstützt die Angehö-rigen der nationalen Minderheiten im Kampf um die Erfül-lung des Artikels 7 des Staatsvertrags und führt selbst den Kampf um dessen Erfüllung im Zusammenhang mit dem allgemeinen demokratischen und antifaschistischen Kampf in Österreich.

Die KPÖ fordert Minderheitenschutzbestimmungen sowie gesellschaftliche Maßnahmen, die verhindern sollen, daß Angehörige der nationalen Minderheiten benachteiligt wer-den, wenn sie ihre Rechte in Anspruch nehmen.

Sie fordert die Anwendung des Artikels 7, Abschnitt 5, gegen jene Vereine und Organisationen, die den nationalen Minderheiten ihren Charakter als solche nehmen und ihnen die Gleichberechtigung vorenthalten wollen.

Die KPÖ wendet sich auch gegen Versuche, durch herab-würdigende Behandlung von Angehörigen der Minderheit oder ausländischen Arbeitern in österreichischen Medien einen neuen „österreichischen“ Chauvinismus zu erzeugen.

FREIE ENTWICKLUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR JEDEN

5. Je mehr die herrschende Bourgeoisie zur Aufrechterhal-tung monopolistischer Privilegien des Reichtums und der Macht sich gegen ihre früheren Ideale und Ziele der persönli-chen Freiheit und Entwicklungsmöglichkeiten wandte, desto mehr ging auch der Kampf um Ausbau und Erhaltung der persönlichen Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten jedes einzelnen auf den gemeinschaftlichen Kampf der Arbeiter-klasse und der Arbeiterbewegung über. Die revolutionäre Arbeiterbewegung tritt heute als einzige Kraft konsequent für die Möglichkeit zur Entfaltung jeder persönlichen Bega-bung, vor allem junger Menschen, für echte Gleichberechtigung der Frau, für wirkliche Gleichheit aller vor dem Gesetz ein.

5.1. Die revolutionäre Arbeiterbewegung ist unversöhnli-cher Gegner aller Kultur- und Bildungsprivilegien. In ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Privilegien, gegen Verbil-dung und Manipulierung in Kultur und Bildung wird mitent-schieden, in welchem Maß die arbeitenden Menschen sich als Persönlichkeiten entwickeln, zur Einsicht in die gesellschaftli-chen Triebkräfte und zu sozialistischem Bewußtsein gelan-gen. Daß in die UNO-Menschenrechtspakte das Recht auf Erziehung und Ausbildung sowie auf Teilnahme am kulturel-len Leben aufgenommen wurde, ist ein bedeutender Fort-schritt, auf den sich die Arbeiterbewegung in allen Ländern stützen kann.

5.1.1. Eine Kernfrage bei der Durchsetzung des Menschen-rechts auf zeitgemäße Ausbildung ist die Durchsetzung einer demokratischen Schulreform, vor allem der einheitlichen Gesamtschule für die Zehn- bis Fünfzehnjährigen. Die KPÖ ist für diese Gesamtschule als einheitlichen Schultyp, für die gemeinsame Erziehung von Buben und Mädchen in allen Fächern ohne Leistungsgruppen; für Lernziele, die für alle normal lernenden Kinder bei gezielter Förderung der Benachteiligten erreichbar sind; für eine polytechnische Erziehung, die als Bestandteil der Allgemeinbildung, das Verständnis für den modernen Produktionsprozeß und für die Arbeitswelt fördert sowie die Berufswahl erleichtert.

5.1.2. Die KPÖ ist für demokratische Lehrinhalte, die der historischen Bedeutung der Arbeiterbewegung gerecht wer-

den und zu Demokratie, zu solidarischem Eintreten für gemeinsame Interessen, für Frieden und Völkerfreundschaft erziehen.

5.1.3. Die KPÖ tritt ein:

- Für Vorschuleinrichtungen, die der Benachteiligung der Kinder der Werktätigen entgegenwirken;
- für Ausbau aller Formen der kostenlosen Nachmittagsbetreuung von Schülern;
- für Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 im Interesse eines intensiveren, schülerorientierten Unterrichts;
- für gleiche Ausbildungsmöglichkeiten von Buben und Mädchen;
- für gemeinsame Ausbildung der Lehrer und Erzieher (Volksschule, Hauptschule, AHS);
- für Mitsprache der Schüler und Eltern bei allen Fragen der Schulordnung, der Lehrinhalte und der Unterrichtsformen;
- für die Ausbildung aller Schüler und Lehrer an öffentlichen staatlichen Schulen und Lehranstalten;
- für volle Trennung von Kirche und Schule.

5.1.4. Um jedem Jugendlichen das Recht auf eine qualifizierte und zukunftsorientierte Berufsausbildung zu sichern, tritt die KPÖ für eine umfassende Reform der Berufslehre ein. Sie fordert insbesondere die gesetzliche Verankerung des Rechts auf Berufsausbildung und die Schaffung der dafür notwendigen materiellen Voraussetzungen. Diese Berufsausbildung muß gleichzeitig ein hohes Maß an Allgemeinbildung vermitteln, die zum Verstehen der Arbeits- und Lebenswirklichkeit befähigt, und eine umfassende Berufsqualifikation, die dem jeweils neuesten Stand und der überblickbaren künftigen Entwicklung Rechnung trägt.

Dazu fordert die KPÖ:

- Eingliederung der Berufsausbildung in das öffentliche Bildungswesen, also Beseitigung der Oberaufsicht der Handelskammer, der Vertretung des Kapitals.
- Möglichkeiten des Übertritts in weiterführende Schulen.
- Ausbau der betrieblichen, überbetrieblichen, staatlichen und öffentlichen Lehrwerkstätten und deren Finanzierung durch einen aus Unternehmerbeiträgen zu entrichtenden Ausbildungsfonds.
- Ausbau der Kontrollmöglichkeiten durch Lehrlinge und Vertreter der arbeitenden Bevölkerung.

5.1.5. Um Erwachsenen die frühere Bildungsbenachteiligung überwinden zu helfen und das Schritthalten mit der Entwicklung der Produktivkräfte zu ermöglichen und um zu verhindern, daß Kapitalisten aus diesem Bildungsbedürfnis noch Profit schlagen, tritt die KPÖ für eine Eingliederung der

Erwachsenenbildung in das öffentliche Bildungswesen, für kostenlose Weiterbildungs- und Umschulungskurse sowie für bezahlten Bildungsurlaub ein.

5.1.6. Die KPÖ kämpft für eine umfassende demokratische Hochschulreform. Diverse „Reorganisierungen“ haben grundsätzlich nichts daran geändert, daß der Anteil der Kinder von Arbeitern und Bauern unter den Studenten weit unter ihrem Anteil an der Bevölkerung liegt. An den wichtigsten Fakultäten herrscht nach wie vor ein bürgerliches Meinungsmonopol. Formal zugestandene Mitbestimmungsrechte für Studenten und Assistenten werden abgebaut und ausgehöhlt.

Die KPÖ tritt ein:

- Für einen Ausbau der Hochschulkapazitäten;
- für eine demokratische Stipendienreform und Schaffung von ausreichendem Wohnraum für Studenten, als Voraussetzung für einen Abbau der Bildungsprivilegien;
- für die Vermittlung gesellschaftswissenschaftlicher Inhalte, auch in naturwissenschaftlich-technischen Studienrichtungen, bei Verwirklichung des Grundsatzes von Freiheit der Forschung und Lehre;
- für gleichberechtigte Mitbestimmung von Professoren, Assistenten und Studenten;
- für eine soziale Absicherung für Assistenten.

5.1.7. Als Klassenherrschaft von Privilegierten verstärkt oder erschwert der Kapitalismus den Massen den Zugang zu Errungenschaften der Kultur. Zugleich benützt er auch kulturelle Mittel, um — insbesondere unter Einsatz der Massenmedien — die arbeitenden Menschen nach Bedürfnissen des Kapitals zu beeinflussen.

Die KPÖ tritt daher ein:

- Für jede nur mögliche Erleichterung und Förderung des Zugangs der arbeitenden Menschen zu den Leistungen und Errungenschaften des fortschrittlichen österreichischen Kulturerbes;
- für eine Förderung der kulturellen Selbsttätigkeit der arbeitenden Menschen, für Pflege von Volkskultur und Kunst, für systematische Entwicklung demokratischer Kulturansprüche;
- für die Errichtung von Kultur- und Kommunikationszentren der Bevölkerung mit Selbstverwaltung, für Demokratisierung bestehender Volksbildungshäuser;
- für ausreichende soziale Absicherung der Kunst- und Kulturschaffenden;
- für eine großzügige Förderung produktiver kultureller Tätigkeit ohne behördliche Auflagen. Subventionierung und Unterstützung von Kunst- und Kulturinitiativen und Verei-

nen, deren Tätigkeit geeignet ist, das demokratische Leben in Gemeinden, Regionen und Ländern zu fördern;

● für Förderung und Verbreitung demokratischer Kulturinhalte im ÖGB.

Die KPÖ bekämpft die krasse Benachteiligung schöpferischer Kulturarbeit zugunsten einer reproduzierenden Repräsentationskunst.

Die KPÖ wirkt nach Kräften dahin, daß die Arbeiterbewegung für die sozialen und demokratischen Forderungen der Kulturschaffenden eintritt und diese sich in wachsender Zahl mit dem Kampf der Arbeiterbewegung für eine neue Gesellschaft ohne Kultur- und Bildungsprivilegien verbünden.

FÜR GLEICHBERECHTIGUNG DER FRAU

5.2. Das gleiche Recht für Mann und Frau ist ein grundlegendes Menschenrecht, das auch in den UNO-Menschenrechtspakten festgehalten ist. Diese Gleichberechtigung ist in Österreich zwar in der Verfassung verankert, aber so wie in allen kapitalistischen Ländern im Leben nicht verwirklicht. Frauen und Mädchen werden diskriminiert und doppelt — als Frau und als Erwerbstätige — ausgebeutet.

5.2.1. Der Kampf gegen die Diskriminierung, Unterdrückung und insbesondere gegen die Ausbeutung der Frau ist entscheidender Teil des Kampfes der KPÖ. Sie tritt dabei insbesondere für die Rechte der Frau auf:

- Arbeit und Berufsausbildung ohne jede Diskriminierung, auf Beseitigung des geteilten Arbeitsmarktes und die Öffnung auch der technischen Berufe für Mädchen und Frauen;
- gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit;
- Beseitigung der Unterbewertung der Arbeit in sogenannten traditionellen Frauenberufen;
- gleiche Entfaltungsmöglichkeit in Bildung, Weiterbildung, Qualifizierung und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten;
- Beseitigung aller sie diskriminierenden Bestimmungen in Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen;
- Gleichstellung der Mutterschaftskarenzzeit mit der Präsenzdienstzeit in allen arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüchen;
- Ausschaltung der alten Rollenklischees über die Frau aus den Lehrinhalten der Schulen und den Massenmedien;
- Schutz der Frau vor entwürdigender Vermarktung als Sexobjekt;
- besonderen Schutz der Frau vor Gewalt.

DEMOKRATIE UND FAMILIE

5.2.2. Die KPÖ tritt dafür ein, daß die im Familienrecht verankerte gleichberechtigte Partnerschaft von Mann und

Frau im Leben verwirklicht wird. Dazu sind nicht nur Liebe, Freundschaft, Solidarität und Aufgabenteilung im Haushalt notwendig, sondern die Er kämpfung solcher gesellschaftlicher Zustände, die es erst ermöglichen, daß die Frau wirklich gleichberechtigte Partnerin werden kann und nicht ihre eigene Entwicklung aufgeben oder zurückstellen muß.

Die Lage der Familie und das Zusammenleben der Menschen in der Familie ist abhängig von der herrschenden Gesellschaftsordnung. Auf Grund ihrer Einbindung in das kapitalistische System kann die Familie im Privatbereich nicht jene Probleme lösen, die der Kapitalismus hervorruft und nicht bewältigen kann.

Der Kampf um die Lösung dieser Probleme im gesellschaftlichen Bereich kann nur erfolgreich sein, wenn er auch mit einer Änderung des Bewußtseins im Hinblick auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben in der Familie verbunden ist.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Einbeziehung der Frau in den gesellschaftlichen Kampf ist die Überwindung traditioneller Rollenklischees und der damit verbundenen einseitigen Belastung der Frau in der Familie. Die KPÖ kämpft für eine Familienpolitik, die auf wirtschaftlichem, steuerlichem und sozialem Gebiet sowie im Bereiche des Gesundheits- und Wohnungswesens Voraussetzungen für gute Lebensbedingungen für die Familie schafft.

Gleichzeitig tritt sie für die notwendigen Bewußtseinsveränderungen ein, die ein besseres Zusammenleben von Frau und Mann, von Eltern und Kindern in der Familie fördern.

5.2.3. Die Hauptverantwortung für die Schaffung von guten und ausreichenden Einrichtungen für die Betreuung und Erziehung der Kinder aller Altersstufen — natürlich in Verbindung mit und unter Kontrolle der Eltern — trägt die Gesellschaft. Die Mehrfachbelastung vor allem der berufstätigen Mutter muß abgebaut und so ein Haupthindernis für deren Selbstentfaltung beseitigt werden. Gemeinschaftliche Formen der Kindererziehung sind, soweit sie die Gewähr fortschrittlicher und demokratischer Erziehung geben, zu fördern.

Die KPÖ fordert:

- Kommunale Einrichtungen und Förderung von gegenseitiger Hilfe zur Entlastung der Familie von Hausarbeit;
- ausreichende Mittel von Bund, Ländern und Gemeinden für genügend viele und qualitativ hochwertige Einrichtungen für Kinder aller Altersstufen; ganztägig geöffnete Kinderkrippen, Kindergärten, Horte, Tagesheime und Ganztagschulen zum Nulltarif für die Betreuung und zum Selbstkostentarif für das Essen müssen es allen Eltern ermöglichen, diese Einrichtungen in Anspruch zu nehmen;

- Ausbau der Familienplanungsberatungen; Durchführung der Fristenlösung in allen öffentlichen Krankenhäusern auf Kasse;
- Verbesserung des Mutterschutzes, Verlängerung der Schutzfrist auf 20 Wochen und wahlweise Möglichkeit der Karenzzeit für beide Elternteile;
- Dynamisierung der Familien- und Kinderbeihilfe;
- beitragsfreie rückwirkende Anerkennung von insgesamt drei Jahren pro Kind für Kindererziehung als Ersatzzeit für den Pensionsanspruch; in Hinkunft auch wahlweise für Mann und Frau;
- Gleichstellung von Lebensgemeinschaften mit Ehen.

FÜR SINNVOLLE FREIZEITGESTALTUNG

5.3. Für jeden Menschen, besonders für die Jugend, ist die sinnvolle Gestaltung der Freizeit von großer Bedeutung zur Entfaltung persönlicher Fähigkeiten und des Wohlbefindens.

5.3.1. Die KPÖ tritt ein für:

- Erziehung der Kinder und Jugendlichen zur aktiven Freizeitgestaltung im Rahmen des Schulunterrichts;
- bessere Förderung demokratischer Kinder- und Jugendorganisationen sowie von selbständigen Kultur- und Freizeitinitiativen;
- verstärkten Bau und jugendgerechte Einrichtung von kostenlosen Freizeiteinrichtungen und Jugendzentren in Selbstverwaltung.

FÜR DEMOKRATISCHE SPORTFÖRDERUNG

5.4. Von größter Bedeutung für die Gesundheit der Jugend und für eine sinnvolle Freizeitgestaltung ist die sportliche Betätigung. Aber die Förderung des Sports ist immer stärker an kommerzielle Interessen gebunden. Das betrifft nicht nur den Spitzensport. Auch ein beachtlicher Teil der Sportvereine kann nicht mehr ohne Sponsor existieren. Die Sportförderung aus Budgetmitteln wurde nicht vergrößert. Dieser Zustand wirkt sich bereits auf den gesundheitlichen Zustand vor allem der Schulkinder aus. Auch die Sportberichterstattung in den Massenmedien ist vor allem auf den reinen Berufssport (Formel-I-Rennen, Profiboxen, Fußball usw.) ausgerichtet, was beim ORF sogar dem gesetzlichen Auftrag zur Förderung des Interesses der Bevölkerung an aktiver sportlicher Bewegung widerspricht.

5.4.1. Die KPÖ fordert daher ein umfassendes Konzept für den Schulsport mit dem Ziel, die Kinder und Jugendlichen

mit dem Sport vertraut zu machen und für den Amateursport zu gewinnen. Wir fordern besonders:

- Eine Stunde täglich Sportunterricht an den Volks-, Haupt- und allgemeinbildenden höheren Schulen;
- verbindlichen Sportunterricht auch in den Berufsschulen;
- Beginn sportlicher Betätigungsmöglichkeit schon im Kindergarten.

5.4.2. Zur Sicherung der Grundlagen des Breitensports ist die Sicherung und Erhaltung bestehender und die Neuschaffung von Sportanlagen gesetzlich und materiell zu gewährleisten. Die öffentliche Hand muß dafür die volle Verantwortung übernehmen und sämtliche öffentliche Sportanlagen den Sportvereinen unentgeltlich zugänglich machen. Vor allem Amateursportvereine müssen durch ausreichende direkte Subventionen durch Bund, Länder und Gemeinden unterstützt und von allen Steuern und Abgaben befreit werden.

5.4.3. Wir Kommunisten treten auch für die Förderung des Leistungssports ein. Daher muß der den Sport schädigende Einfluß des Kapitals zurückgedrängt, die berufliche Weiterbildung aller Spitzensportler und ihre ständige gründliche sportärztliche Betreuung gesichert werden.

5.4.4. Wir treten für die Demokratisierung des Sportlebens ein:

- Dazu gehört die Ausschaltung der deutschnationalen und antiösterreichischen Ideologie, wie sie im ÖTB vertreten wird.
- Gegenüber den Eingriffen von Politikern im Landes- und Bundesmaßstab in das Sportgeschehen muß das Mitspracherecht der Sportler und ihrer Funktionäre verstärkt werden.
- Im Sinn der völkerverbindenden Rolle des Sports tritt die KPÖ für den Ausbau der internationalen Sportbeziehungen mit allen demokratischen Ländern ein, wobei sich besonders die Zusammenarbeit mit den auf sportlichem Gebiet führenden sozialistischen Ländern für den österreichischen Sport auf das fruchtbarste bewährt hat.

FÜR GLEICHEN ZUGANG ZUM RECHT

5.5. Zu den von der UNO festgelegten Menschenrechten gehört das Recht der Gleichheit vor den Gerichten sowie das Recht auf gleichmäßigen Schutz durch das Gesetz. Der Zugang zum Recht ist trotz aller Fortschritte noch keineswegs für alle sozialen Schichten in gleicher Weise gesichert. Wir fordern daher eine demokratische Justizreform.

5.5.1. Wir verlangen die Verwirklichung des verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechts auf Mitwirkung des Volkes an der Rechtssprechung in allen ihren Zweigen. Wir verlangen insbesondere die demokratische und direkte Wahl aller Laienrichter durch das Volk, die Abschaffung der undemokratischen Parität von Dienstnehmer- und Unternehmerbeitzern im arbeits- und sozialgerichtlichen Verfahren.

5.5.2. Wir verlangen: Ausdehnung des kollektiven Klagerrechts der Arbeiterkammern und Gewerkschaften, insbesondere auf alle Streitfälle des Arbeits- und Sozialrechts. Erweiterung des kollektiven Klagerechtes auf Betriebsräte.

5.5.3. Wir verlangen: Maßnahmen zur Überwindung der krassen Benachteiligung minderbemittelter Volksschichten in allen Zweigen des Gerichts- und Verwaltungsverfahrens; eine tiefgreifende Reform des Verwaltungsverfahrensrechtes; eine Demokratisierung des Dienstrechtsverfahrens. Wir fordern die Schaffung eines demokratischen Polizeirechtes; die Schaffung wirksamer Voraussetzungen, damit der Strafvollzug den Resozialisierungszweck erfüllen kann.

* * *

Es ist die wichtigste Aufgabe aller Kommunisten, im Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen, für die Verwirklichung grundlegender Menschenrechte, alle Betroffenen zusammenzuschließen. Nur durch gemeinsamen Kampf, nur durch die Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialisten und Menschen christlicher Weltanschauung können die errungenen Rechte verteidigt und weitere Rechte durchgesetzt werden. Die Herstellung dieser Aktionseinheit ist nicht eine taktische, kurzfristige Aufgabe, sondern ein strategisches, langfristiges Ziel unserer gesamten politischen Tätigkeit. Dabei muß jede Aktion um einzelne Forderungen und Rechte immer mit der Diskussion über die gesellschaftlichen Zusammenhänge verbunden werden. Das Erkennen der Gründe für die Angriffe der Herrschenden und Privilegierten auf Errungenschaften der Arbeiterbewegung und für ihren Widerstand gegen die volle Verwirklichung wesentlicher Menschenrechte ist Voraussetzung für das Erkennen der Notwendigkeit, den Kapitalismus insgesamt zu überwinden und an seiner Stelle eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

